D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 28
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

10. Juli 1981
Preis 1 DM

Westberlin:

CDU-Senat zwischen Reaktion und Schwäche

hae. Westberlin. In Westberlin sind die Widersprüche zwischen der Staatsmacht und der demokratischen und Arbeiterbewegung schroff. Der Stobbe-Senat ist letzten Endes daran gescheitert. Die CDU hat den Verfall der Regierung Stobbe gefördert, aus dem Kalkül heraus, abzusahnen, sich nach 30 Jahren in der Opposition an die Regierung zu bringen, unter demagogischer Ausnutzung der Erscheinungen von Korruption, Bestechlichkeit und der Unfähigkeit der sozialliberal geführten Senatskoalition, die aufbrechenden scharfen Widersprüche unter Kontrolle zu bringen. Sie kündigte den politischen Wechsel an. Mit dem Wahlergebnis war klar, daß sie das gesteckte Ziel nicht erreicht hat und ein von ihr gebildeter Senat, einen offen reaktionären Kurs weder einschlagen noch durchhalten kann. Das hat die Auseinandersetzungen innerhalb der CDU verschärft, u.a. dadurch, daß der rechte Flügel der CDU sich mit nur einem Senator unterrepräsentiert fühlte.

Die Regierungserklärung Weizsäckers mußte Aufschluß geben, ob der CDU-Senat sich aufschwingen würde, trotz der wackligen Parlamentsmehrheiten einen klaren Kurs auf Verstärkung der Reaktion zunehmen, oder ob Schwankungen des Senats zum Prinzip erhoben werden. Geworden ist aus der Ankündigung des politischen Wechsels ein blasser Abklatsch des CDU-Programms, zurecht-

macht und der demokratischen und Arbeiterbewegung schroff. Der Stobbe-Senat ist letzten Endes daran gescheitert. Die CDU hat den Verfall der Regierung Stobbe gefördert, aus dem Kalkül heraus, abzusahnen, sich nach 30 Jahren in der Opposition an die Regierung zu bringen, unter demagogischer Ausnutzung der Erscheinungen von Korruption, Bestechlichkeit und der Unfähigkeit der sozialliberal geführten Senatskoalition, die aufbrechenden scharfen Widersprüche unter Kontrolle zu bringen. Sie kündigte den politischen Wechsel an. Mit dem Wahlergebnis war klar, daß sie das gesteckte Ziel nicht erreicht hat und ein von ihr gebildeter Senat, einen offen reaktionären Kurs weder einschlagen noch durchhalten kann. Das hat die Auseinandersetzungen innerhalb der CDU verschärft, u.a. dadurch, daß der rechte Flügel der CDU sich mit nur einem Senator unterrepräsentiert fühlte.

Die Regierungserklärung Weizsäckers mußte Aufschluß geben, ob der CDU-Senat sich aufschwingen würde, trotz der wackligen Parlamentsmehrheiten einen klaren Kurs auf Verstärkung der Reaktion zunehmen, oder ob Schwankungen des Senats zum Prinzip erhoben werden. Geworden ist aus der Ankündigung des politischen Wechsels ein blasser Abklatsch des CDU-Programms, zurecht-

gebogen auf Vereinbarkeit mit FDP-Positionen. Noch während der Abgabe der Regierungserklärung mußte der Senat eine schwere politische Niederlage hinnehmen, beigebracht duch die Mieter- und Hausbesetzerbewegung. Ursache für diese Niederlage war, daß der Innensenator Lummer eine Provokation gegen die Hausbesetzer gestartet hatte mit der Räumung eines Spekulationsobjektes. Die Antwort der Bewegung war deutlich genug, daß der Bausenator kurze Zeit später Verhandlungen ankündigte, ein Gedanke, der vorher ausdrücklich zurückgewiesen wurde. Mit der Polizeiaktion hatte Lummer den Senat auch im Parlament in die Minderheit gebracht. Mittlerweile hat Senator Lummer durch Beschlagnahme von Filmen beim SFB sich ein zweites Mal so gründlich in die Nesseln gesetzt, daß selbst der Tagesspiegel als Förderer der CDU bei den Wahlen die Frage aufwirft, ob der Posten des Innensenators wirklich richtig besetzt ist.

Der Kurs, den die CDU gern steuern möchte und doch nicht kann, kommt am deutlichsten in der Wohnungspolitik heraus. Neben den altbekannten Maßregeln der CDU zur Förderung der Investitionsneigung im Wohnungsbau tritt Weizsäcker für die Verlängerung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen ein, was schon dem alten Senat und Abgeordnetenhaus als Zugeständnis abgepresst wurde. Die Mietpreisbindung hat bisher die Hausbesitzer daran gehindert, die Mieten in schwindelnde Höhen zu treiben auf der Basis der vorhandenen Wohnungsnot, weil jede Mieterhöhung durch Beschluß des Abgeordnetenhauses genehmigt werden muß. Damit aber die Hausbesitzer von dieser Regelung keinen Schaden nehmen, tritt Weizsäcker dafür ein, daß die Mietpreisbindung ab 1983 nicht mehr für neu abgeschlossene Mietverträge gelten soll, angeblich, weil nur so der weitere Verfall des Altbaubestandes verhindert werden kann. Praktisch würde diese Regelung die Mietpreisbindung illusorisch machen und den Verfall rasant beschleunigen, weil der Hausbesitzer daran interessiert wird, die alten Mieter rauszuekeln, um neue Mietverträge mit höheren Mieten abzuschließen. Die Mietpreisbindung, die für Westberlin seit langem heiß umkämpft ist, soll auf kaltem Wege beseitigt werden. Aber dafür hat der CDU-Senat nicht die Abgeordnetenhausmehrheit, denn hier getrauen sich die Umfall-Abgeordneten der FDP nicht mitzustimmen. Das haben sie gegenüber der Presse schon zu verstehen gegeben. Damit ist ein wichtiger Punkt der Regierungserklärung schon vor der Aussprache im Parlament demontiert. Ganz abgesehen davon, daß die vorhandenen Probleme im Wohnungsbau von der CDU überhaupt nicht gelöst werden können. Denn die Kapitalisten, die den CDU-Senat gefördert haben, werden jeden Schritt zur Verbesserung des Wohnungsbaus über Abschöpfung von Bodenwertgewinnen und Einschränkung der Spekulation bekämpfen – und mit ihnen die CDU.

von dieser Regelung keinen Schaden nehmen, tritt Weizsäcker dafür ein, daß die Mietpreisbindung ab 1983 nicht mehr für neu abgeschlossene Mietverträge gelten soll, angeblich, weil nur so der weitere Verfall des Altbaubestandes verhindert werden kann. Praktisch würde diese Regelung die Mietpreisbindung illusorisch machen und den Verfall rasant beschleunigen, weil der Hausbesitzer daran interessiert wird, die alten Mieter rauszuekeln, um neue Mietverträge mit höheren Mieten abzuschließen. Die Mietpreisbindung, die für Westberlin seit langem heiß umkämpft ist, soll auf kaltem Wege beseitigt werden. Aber dafür hat der CDU-Senat nicht die Abgeordnetenhausmehrheit, denn hier getrauen sich die Umfall-Abgeordneten der FDP nicht mitzustimmen. Das haben sie gegenüber der Presse schon zu verstehen gegeben. Damit ist ein wichtiger Punkt der Regierungserklärung schon vor der Aussprache im Parlament demontiert. Ganz abgesehen davon, daß die vorhandenen Probleme im Wohnungsbau von der CDU überhaupt nicht gelöst werden können. Denn die Kapitalisten, die den CDU-Senat gefördert haben, werden jeden Schritt zur Verbesserung des Wohnungsbaus über Abschöpfung von Bodenwertgewinnen und Einschränkung der Spekulation bekämpfen – und mit ihnen die CDU.

Die Bemerkungen zur Haushaltslage machen den Eindruck, daß Weizsäcker – ähnlich wie Lummer gegenüber den Hausbesetzern – die Schärfe der Auseinandersetzung völlig unterschätzt: Die „Sparsamkeit" der CDU, an den Sozialleistungen zu kürzen und die Subventionen an die Kapitalisten auszudehnen, wird in kürzester Frist die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, auf deren Rücken es zunächst ausgetragen werden soll, gegen den Senat aufbringen. Auch die vom Senat beabsichtigten Änderungen im Kita-Bereich werden dem Senat sauer werden. Die Regelung, daß für jedes Kind in einer öffentlichen Kita nur 40 DM Unkosten gezahlt werden müssen, ist erst vor einigen Jahren erkämpft worden. Seitdem gibt es einen chronischen Mangel an Kita-Plätzen. Anstelle des Ausbaus dieser Kitas, die von den Lohnabhängigen dringend gebraucht werden, will der CDU-Senat die gestaffelte Kostenbeteiligung wieder einführen, angeblich weil es sozial gerechter ist und Platz schaffen würde für die wirklich bedürftigen Kinder. Das ist verlogen, weil ohnehin nur noch Härtefälle Aufnahme in die Kitas finden. Die Neuregelung der Kitas soll aber Geld freimachen, um eine Erziehungsbeihilfe zu zahlen. Diese Politik charakterisiert der ÖTV-Dialog so: „Die Bevorzugung der berufstätigen Frau soll durch die Subventionierung ihrer traditionellen Rolle als Kindererzieherin und Hausfrau abgelöst werden." Die im wahrsten Sinne des Wortes reaktionäre Politik der CDU wird die Auseinandersetzung hier nur noch schärfer hervortreiben, was den Senat keineswegs haltbarer macht.



Frankreich: Nachdem die ersten Verhandlungen zwischen Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaften um die Einführung der 35-Stunden-Woche noch gescheitert waren, haben jetzt bei den Verhandlungen am 6. Juli die Kapitalisten einer 39-Stunden-Woche zugestimmt. Am 17. Juli soll die vertragliche Einigung vollzogen werden. Über die genauen Modalitäten war bei Redaktionsschluß wenig bekannt. Die Kapitalisten haben aber angedeutet, sie wollten für ihr „Entgegenkommen" Zugeständnisse.

Vor dem Parteitag der PVAP

Kein Ende der Spannungen und des äußeren Drucks auf Polen abzusehen

gek. Es wird nun doch wohl dieselbe Partei sein, keine grundlegend reformierte und geänderte, die nach dem außerordentlichen Parteikongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Macht ausüben wird. Der Kongreß, der am 14. Juli beginnt, soll am 19. Juli beendet werden; es ist möglich, daß er verlängert wird. Der Delegiertenkörper besteht zu 80% aus Leuten, die bisher keine hohen Funktionen in der Partei ausgeübt haben. So um die 30% der Delegierten sollen Mitglieder der „Solidarność" sein. Von den bisherigen 250 Mitgliedern des ZK haben nur noch 50 ein Delegiertenmandat erhal-



Frankreich: Nachdem die ersten Verhandlungen zwischen Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaften um die Einführung der 35-Stunden-Woche noch gescheitert waren, haben jetzt bei den Verhandlungen am 6. Juli die Kapitalisten einer 39-Stunden-Woche zugestimmt. Am 17. Juli soll die vertragliche Einigung vollzogen werden. Über die genauen Modalitäten war bei Redaktionsschluß wenig bekannt. Die Kapitalisten haben aber angedeutet, sie wollten für ihr „Entgegenkommen" Zugeständnisse.

Vor dem Parteitag der PVAP

Kein Ende der Spannungen und des äußeren Drucks auf Polen abzusehen

gek. Es wird nun doch wohl dieselbe Partei sein, keine grundlegend reformierte und geänderte, die nach dem außerordentlichen Parteikongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Macht ausüben wird. Der Kongreß, der am 14. Juli beginnt, soll am 19. Juli beendet werden; es ist möglich, daß er verlängert wird. Der Delegiertenkörper besteht zu 80% aus Leuten, die bisher keine hohen Funktionen in der Partei ausgeübt haben. So um die 30% der Delegierten sollen Mitglieder der „Solidarność" sein. Von den bisherigen 250 Mitgliedern des ZK haben nur noch 50 ein Delegiertenmandat erhal-

ten. Zwei Mitglieder und zwei Kandidaten des Politbüros sind ebenfalls nicht gewählt worden. Die Wahlen in der Partei waren ja zum ersten Mal geheim und frei; früher war es so gewesen, daß die Parteitagsdelegierten von den jeweiligen Leitungsebenen „vorgeschlagen" und dann in pro-forma-Wahlen „aufgestellt" wurden. Demgegenber sind das jetzt fast revolutionäre Änderungen. Überraschungen sind nach wie vor nicht ausgeschlossen.

Und trotzdem – der Putschversuch der reaktionären Fronde in der Partei, die gestützt auf den Drohbrief der KPdSU die Führung Kania/Jaruzelski hatte stürzen wollen (vgl. KVZ 26/81), hat den Effekt gehabt, eben diese Führung zu stärken. Kania, der ehemalige Chef der Staatssicherheit, und Jaruzelski, der Oberkommandierende der Armee, waren machterfahren genug, dies voll zu nützen. Durch massive persönliche Intervention haben sie erreicht, daß die Hauptvertreter des rechten Flügels auf den Regionalkonferenzen doch noch gewählt wurden, weitgehend außerhalb des Statuts. Es ist damit vorprogrammiert, daß sie auch im neuen ZK und Politbüro sitzen werden. Zugleich haben sie dem eigentlichen Reformflügel, den Vertretern der Betriebsparteikomitees, rigoros die Flügel gestutzt. Viele Arbeiter haben unter diesen Bedingungen gar nicht erst kandidiert. Ernsthafte Alternativanträge zum vorgeschlagenen Parteiprogramm und den übrigen Dokumenten sind bisher nicht gestellt. Kania hat sofort nach Abschluß der Wahlen ein „Aktiv", d.h. einen engeren Kreis von Delegierten zu einer Vorbereitungskonferenz zusammengeholt, um den reibungslosen Verlauf zu sichern.

Nach dem fehlgeschlagenen Putsch auf der letzten ZK-Tagung hat die Führung der KPdSU ihre Taktik der Lage angepaßt. Gromyko ist, nicht als Außenminister der Sowjetunion, sondern als Politbüromitglied, faktisch Stellvertreter Breschnews, uneingeladen in Warschau erschienen (so sind die Sitten) und hat sich Bericht erstatten lassen. Er dürfte die Bedingungen der Sowjetunion neu formuliert haben: angemessene Repräsentation des Moskauflügels im neuen ZK und Politbüro; milimetergenaue Einhaltung der

um den reibungslosen Verlauf zu sichern.

Nach dem fehlgeschlagenen Putsch auf der letzten ZK-Tagung hat die Führung der KPdSU ihre Taktik der Lage angepaßt. Gromyko ist, nicht als Außenminister der Sowjetunion, sondern als Politbüromitglied, faktisch Stellvertreter Breschnews, uneingeladen in Warschau erschienen (so sind die Sitten) und hat sich Bericht erstatten lassen. Er dürfte die Bedingungen der Sowjetunion neu formuliert haben: angemessene Repräsentation des Moskauflügels im neuen ZK und Politbüro; milimetergenaue Einhaltung der

Bündnisverpflichtungen, ebenso wie der Zahlungs- und Lieferverpflichtungen; keine konstitutionellen weiteren Zugeständnisse an „Solidarność" (etwa in der Frage der Arbeiterselbstverwaltung); und vorrangige Sicherung des Verwaltungs- und Sicherheitsapparats.

Die militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion werden derweil weitergetrieben. Woche für Woche finden gemeinsame sowjetisch-polnische Militärübungen statt, „unter realen Kampfbedingungen", wie es im Fernsehen hieß. Übungen in Schlesien folgten solchen in Pommern, die wohl noch im Gang sind. Die sowjetischen Truppen in Polen sind erheblich verstärkt und im ganzen Land disloziiert; 55 moderne Großhelikopter für Landeoperationen sind, ebenso wie anderes schwere Gerät, stationiert worden.

In dem frostigen Kommuniqué, das nach dem Abschluß des Gromyko-Besuchs herausgegeben wurde, wird das eigentliche Thema, die Parteitagsvorbereitungen, mit Schweigen übergangen; der Parteitag kann also stattfinden, die Sowjetunion behält sich alles weitere vor. Zugleich wird die Existenz Polens selbst als Staat auf das Abkommen von Potsdam bzw. auf den Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" vom Mai 1945 zurückgeführt, den die Sowjetunion damals mit einer durch nichts legitimierten polnischen Regierung schloß und der ihr faktische Besatzungsrechte in Polen einräumt.

Massiver Druck auf Polen auch auf

Besuchs herausgegeben wurde, wird das eigentliche Thema, die Parteitagsvorbereitungen, mit Schweigen übergangen; der Parteitag kann also stattfinden, die Sowjetunion behält sich alles weitere vor. Zugleich wird die Existenz Polens selbst als Staat auf das Abkommen von Potsdam bzw. auf den Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" vom Mai 1945 zurückgeführt, den die Sowjetunion damals mit einer durch nichts legitimierten polnischen Regierung schloß und der ihr faktische Besatzungsrechte in Polen einräumt.

Massiver Druck auf Polen auch auf

der Comecon-Konferenz in Sofia. Die Aufstellung eines gemeinschaftlichen Hilfsprogramms wurde direkt verweigert, Polen auf Einzelabkommen mit den Regierungen verwiesen. Allerdings zeigten sich auf demselben Treffen in Sofia auch schwerwiegende Differenzen der anderen Teilnehmerstaaten des RGW mit der Sowjetunion. So beklagte Ungarn laut die Verschlechterung seiner terms of trade mit der Sowjetunion um 20% in 5 Jahren. Ein Gipfeltreffen zur Ausräumung der Differenzen ist für Jahresende angesetzt.

Für Polen schafft das nur minimale Erleichterung. Die Wirtschaftskrise vertieft sich noch weiter; das Nationalprodukt ist um 16% im Vergleich zum Vorjahr gefallen. Gerade deswegen kann die Arbeiterbewegung nicht stillhalten. Streikbereitschaft ist in den schlesischen Bergbaurevieren angekündigt, weil die Bergarbeiter nicht einmal auf ihre Lebensmittelkarten das Notwendige erhalten. Streikbereitschaft in den Häfen, wegen Nichterfüllung von Zusagen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Und ein Grundsatzkonflikt bei der Fluggesellschaft LOT, weil der von der Belegschaft (zum ersten Mal in Polen) gewählte Direktor von der Regierung abgelehnt wurde. Auch darin ist unmittelbar die Hand des sowjetischen Oberherrn deutlich, der die polnischen Verkehrswege als „vital" für seine eigene Sicherheit erklärt hat. Die kommende Woche wird, wieder einmal, entscheidend für Polen – wie schon mehrmals seit dem Beginn der Streiks vor fast einem Jahr. Und wie vielleicht noch mehrfach in den kommenden Monaten.

Im Westen nichts Neues?

Schmidt und Mitterrand auf dem EG-Gipfel

Von Bernhard Peters

„Der Europäische Rat ... hat mit Interesse von Vorschlägen Kenntnis genommen, die darauf gerichtet sind, die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen und der Rechte der Arbeitnehmer zu fördern. In diesem Zusammenhang wurde von einem ‚Raum sozialen Fortschritts' gesprochen", heißt es in der „Zusammenfassung der Beratungen des Europäischen Rats durch den Vorsitz". Zwischen den Zeilen liest man die höfliche Verachtung Helmut Schmidts und Maggi Thatchers für die altmodischen Ideen, die der französische Staatspräsident in ihrer Runde vortrug. Mitterrand forderte, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit an die erste Stelle der EG-Wirtschaftspolitik zu setzen; er trat für Arbeitszeitverkürzung ein, für Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, für eine Entwicklung des europäischen Binnenmarkts, für die Förderung von Investitionen in „Zukunftsindustrien"; er kritisierte die Wirtschaftspolitik Japans und der USA. Das alles ist nicht gerade revolutionär, aber es ist vom Ansatz her weit von dem entfernt, was (bei allen Unterschieden) Reagan, Thatcher und Schmidt gegenwärtig für notwendig halten.

Helmut Schmidt war nachher am meisten bemüht, die Differenzen zu verkleinern. Aber gerade für ihn und für die ganze SPD muß die Politik Mitterrands und der sozialistisch-kommunistischen Regierung ein Pfahl im Fleische, eine schwer erträgliche Herausforderung sein, repräsentieren sie doch Ansprüche auf Veränderungen, die unsere Regierung längst aus ihrem „Handlungsspielraum" verwiesen hat. In einem hämischen Kommentar vergleicht Dieter Wild im „Spiegel" die Lage in Frankreich mit der Regierungsübernahme durch die SPD im Jahr 1969; die Konzeptionen Mitterrands spiegelten „in ihrer Reformbegeisterung noch jenen ungebrochenen Glauben an die Macht der Politik und die Machbarkeit gesellschaftlicher Veränderungen wider, der Ende der 60er Jahre in Europa blühte" und den er für anachronistisch hält.

Gewiß, die Politik Mitterrands ist im strengen Sinn reformistisch. Aber anachronistisch? Was kann anachronistischer sein angesichts der Entwicklung des heutigen Kapitalismus als die Propagierung des blanken Wirtschaftsliberalismus, der heilsamen Wirkung des „freien Spiels der Marktkräfte" und der „Privatinitiaitve"? In ihrer Gründungserklärung (1864) würdigte die I. Internationale den Kampf um den Zehnstundentag: „Dieser Kampf um die gesetzliche Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er sich, abgesehen von der aufgeschreckten Habgier, tatsächlich um den großen Gegensatz dreht zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Angebot und Nachfrage, die die politische Ökonomie der Bourgeoisie bilden, und zwischen der durch soziale Voraussicht und Einsicht beherrschten sozialen Produktion, die die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Und darum war das Zehnstundengesetz nicht nur ein großer praktischer Erfolg; es war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal unterlag im hellen Licht des Tages die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse." Die Programme der Sozialisten und der KPF proklamieren eine solche „politische Ökonomie der Arbeiterklasse". Insofern steht dieser heutige französische Reformismus in prinzipiellem Gegensatz zu einer Politik, die sich der „politischen Ökonomie der Bourgeoisie" mehr oder weniger bedingungslos unterwirft.

Der Vergleich zur Politik der SPD (und anderer westeuropäischer Sozialdemokraten) in den 60er Jahren ist in mehr als einer Hinsicht verfehlt. Die französischen Sozialisten entwickeln in ihrem Programm eine Strategie des „Bruchs" in der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Weg zum Sozialismus, anders als die SPD, die von vornherein die Sachzwänge der „sozialen Marktwirtschaft" akzeptierte und jetzt die Konsequenzen trägt. Bei allen Bedenken und Fragen, die man gegenüber diesem Konzept haben kann, bleibt doch wahr: Die Tatsache, daß sich der massenhafte Wille zu gesellschaftlicher Veränderung in dieser Form auf dieser politischen Ebene Ausdruck verschafft hat, hat die Lage in Westeuropa bereits verändert. Die „Heilige Allianz" der europäischen Ordnungsmächte Westdeutschland, England und Frankreich unter ihrem amerikanischen Protektor ist geplatzt.

Finanzierungslücken bei Tornado und den neuen Fregatten

ped. Der Untersuchungsausschuß des Bundestages zum Fall Tornado ist eingerichtet worden, um zu klären a), wie die Finanzlücke beim MRCA Tornado entstand, und b), was Verteidigungsminister Apel von der Finanzlücke gewußt habe. Als Ergebnis hält der Zwischenbericht vom 1. Juli fest, daß in dem fraglichen Zeitraum von Juni 79 bis November 80 Berge von Akten im Verteidigungsministerium und der Bundeswehr davon zeugen, daß mehr oder weniger jeder damit Befaßte die Finanzierungsprobleme kannte. Andererseits konnte Apel nicht nachgewiesen werden, daß er vor November 80 (vor dem Wahltag) von dem bedrohlichen Ausmaß der Finanzierungslücke etwas gewußt habe.

Da sind Briefe abgeschickt, aber nicht angekommen, Akten persönlich gezeichnet, aber nicht „studiert" worden – und so konnte man Apel halt nichts nachweisen.

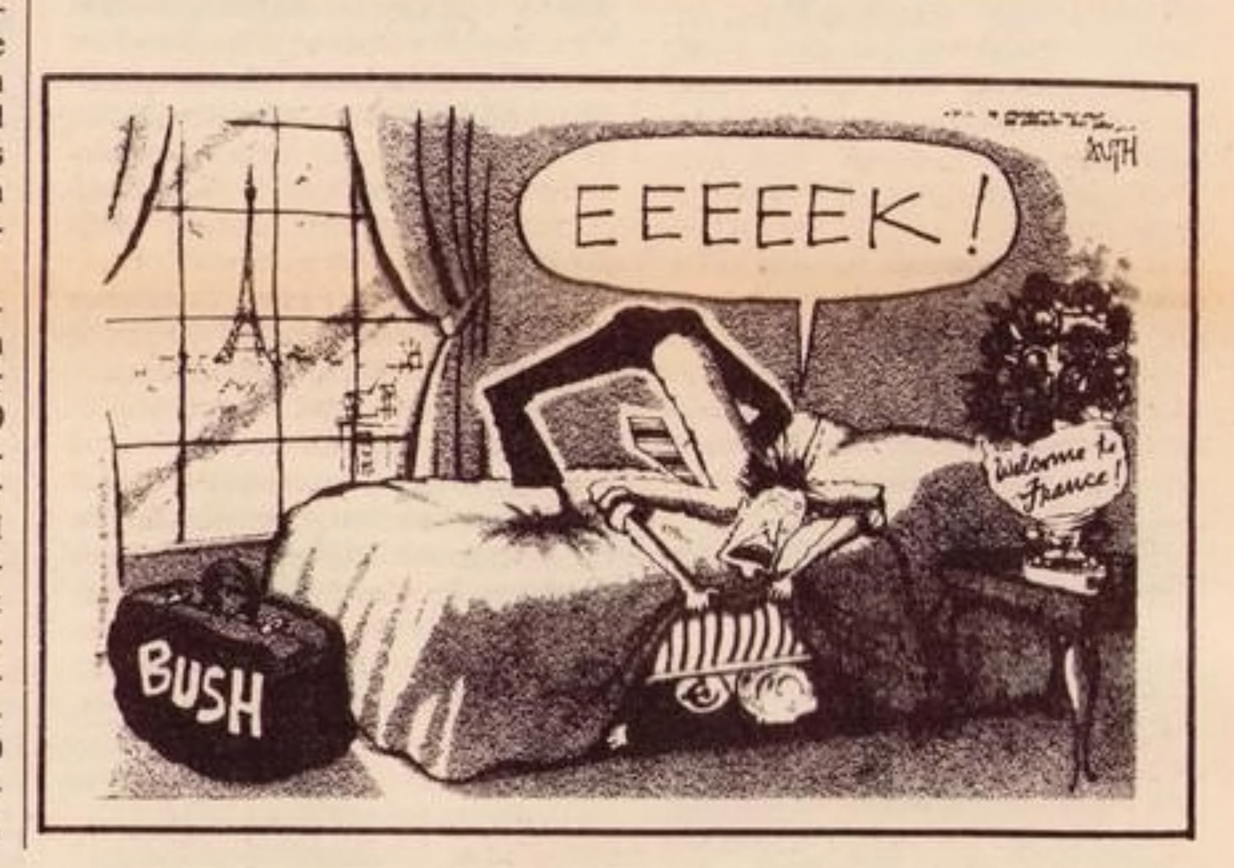
Der CDU/CSU-Oppostion ist es zweifellos gelungen, der SPD den Geruch „Einfältig in den Moskaureisen, leichtfertig in der Verteidigungspolitik" anzuhängen. Andererseits hat die SPD/FDP die Wahlen im vergangenen November gewonnen, während ein Auffliegen der Tornado-Finanzierungslücke während des Wahlkampfes ihr nur Stimmen hätte kosten können.

Über die Ursachen der Finanzierungslücke gibt es wenig zu berichten. Die Kapitalisten holen aus dem Markt raus, was drinne ist. Der Markt für Rüstungsgüter, um die es hier geht, ist eingeschränkt, die Konkurrenz gering, die Konditionen anscheinend blendend und der Beamtenapparat (wie man vom Lookhed-Fall weiß, bis zu den Königshäusern) korrupt. Vertraglich hat sich die Panavia die Rechtsverbindlichkeit ihrer Nachforderungen für die Entwicklungs- und Herstellungskosten der Tornado sichern lassen. Der Bund muß zahlen, auf jeden Fall wenn es sich um derartige Kapitalinteressen handelt, wie sie hinter der Luftfahrtindustrie stehen.

Jetzt hat sich der Generalunternehmer für den Bau der sechs Fregatten F 122 der Bundeswehr, der Bremer Vulkan mit Nachforderungen von 400 Mio. DM (zu heutigen Preisen) gemeldet, während der Auftragswert der Fregatten bereits von 2,5 Mrd. DM 1979 auf rund 3,5 Mrd. DM heute angewachsen ist. Diese Nachforderung ist vorerst vom Haushaltsausschuß zurückgewiesen worden mit der Begründung, daß für nachträgliche Änderungswünsche der Marine höchstens 10 Mio. DM zusätzlich in Rechnung gestellt werden könnten. Bleibt es dabei, so ist eine Pleite des Bremer Vulkans nah, vor allem weil mit der Generalunternehmerschaft für die F 122 eine Kalkulation für die Zukunft angestellt wurde, die nicht aufzugehen scheint. Weder ist absehbar, ob die von der Bundesmarine geplanten 6 weiteren Fregatten in Auftrag gegeben werden – auf jeden Fall nicht als Anschlußauftrag –, noch stellte sich das erhoffte Exportgeschäft mit Fregatten ein, von der Schiffbaukrise ganz abgesehen. Kommt der Bremer Vulkan ins Stolpern, verbessert dies nur die Bedingungen des Bankkapitals, die Werftkrise strukturell zu bereinigen; durch Stillegungen, Rationalisierungen und Konzentration zu einer wieder schlagkräftigen Kapitalsphäre umzubilden.

Einige Fragen sind mit den wachsenden Kosten der verschiedenen Waffensysteme aufgeworfen, werden aber durch diese Behandlung mittels Untersuchungsausschuß eher in den Hintergrund gedrängt werden. Zum einen die hohen Kosten die mit progressiven Wachstum den Lohnabhängigen aufgezwungen werden. Kanonen statt Butter – man braucht dieses Schlagwort nicht ins Extrem zu verkehren, daß etwas Wahres daran ist, wird bereits der Haushaltsentwurf für 1982 zeigen, mit seinen Kürzungen der sozialen, konsumtiven Ausgaben vor allem zugunsten der investiven, die Bedingungen der Kapitalakkumulation verbessernden Staatsausgaben, aber auch zugunsten des Wachstums der Verteidigungsausgaben. Darüber wirft sich um so schärfer die eigentlich entscheidende Frage auf: Sind diese Waffensysteme notwendig, welchen Zwecken dienen sie? Zweifellos werden alle Waffen solange ihr Einsatz unter dem NATO-Befehl der US-Supermacht steht, ein militärischer Faktor des Krieges und nicht seiner Verhinderung sein. Westdeutsche Waffen in der gegenwärtigen Konstellation der Kräfte können aber gegenüber, d.h. unabhängig von den beiden Supermächten, und mit Aussicht auf Erfolg nur im Verbund mit den anderen westeuropäischen Ländern, ein Faktor der Kräfte des Friedens sein. Denn nicht von den europäischen Staaten, sondern ihren jeweiligen Allianzen mit einer der beiden Supermächte, von letzteren, geht die Kriegsgefahr aus.

Im Zusammenhang des Kampfes gegen den NATO-Doppelbeschluß, gegen die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes wird es notwendig sein, ausgehend von der Perspektive eines blockfreien, unabhängigen Europas zugleich die militärischen Konsequenzen eines solchen Kurses zu diskutieren und die herrschende Militärpolitik, wie sie sich in Tornados, Fregatten etc. niederschlägt einer Kritik zu unterziehen. Der Verteidigung eines blockfreien Europas wäre mehr gedient als mit der MRCA mit „tiefen Tunnels" und einem allgemeinen, umfassenden Milizsystem, sowie festen Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen mit den Völkern und Ländern der Dritten Welt, die die Rohstoffversorgung wesentlich sicherer machen würden als es die Fregatten je könnten. Die Fragen alternativer Verteidungspolitik sind unter den Militärs längst aufgeworfen. Sie gehören aber in die politische Beratung um eine Politik gegen den drohenden Krieg heute in Westdeutschland.



Unterschieden) Reagan, Thatcher und Schmidt gegenwärtig für notwendig halten.

Helmut Schmidt war nachher am meisten bemüht, die Differenzen zu verkleinern. Aber gerade für ihn und für die ganze SPD muß die Politik Mitterrands und der sozialistisch-kommunistischen Regierung ein Pfahl im Fleische, eine schwer erträgliche Herausforderung sein, repräsentieren sie doch Ansprüche auf Veränderungen, die unsere Regierung längst aus ihrem „Handlungsspielraum" verwiesen hat. In einem hämischen Kommentar vergleicht Dieter Wild im „Spiegel" die Lage in Frankreich mit der Regierungsübernahme durch die SPD im Jahr 1969; die Konzeptionen Mitterrands spiegelten „in ihrer Reformbegeisterung noch jenen ungebrochenen Glauben an die Macht der Politik und die Machbarkeit gesellschaftlicher Veränderungen wider, der Ende der 60er Jahre in Europa blühte" und den er für anachronistisch hält.

Gewiß, die Politik Mitterrands ist im strengen Sinn reformistisch. Aber anachronistisch? Was kann anachronistischer sein angesichts der Ent-

heutige französische Reformismus in prinzipiellem Gegensatz zu einer Politik, die sich der „politischen Ökonomie der Bourgeoisie" mehr oder weniger bedingungslos unterwirft.

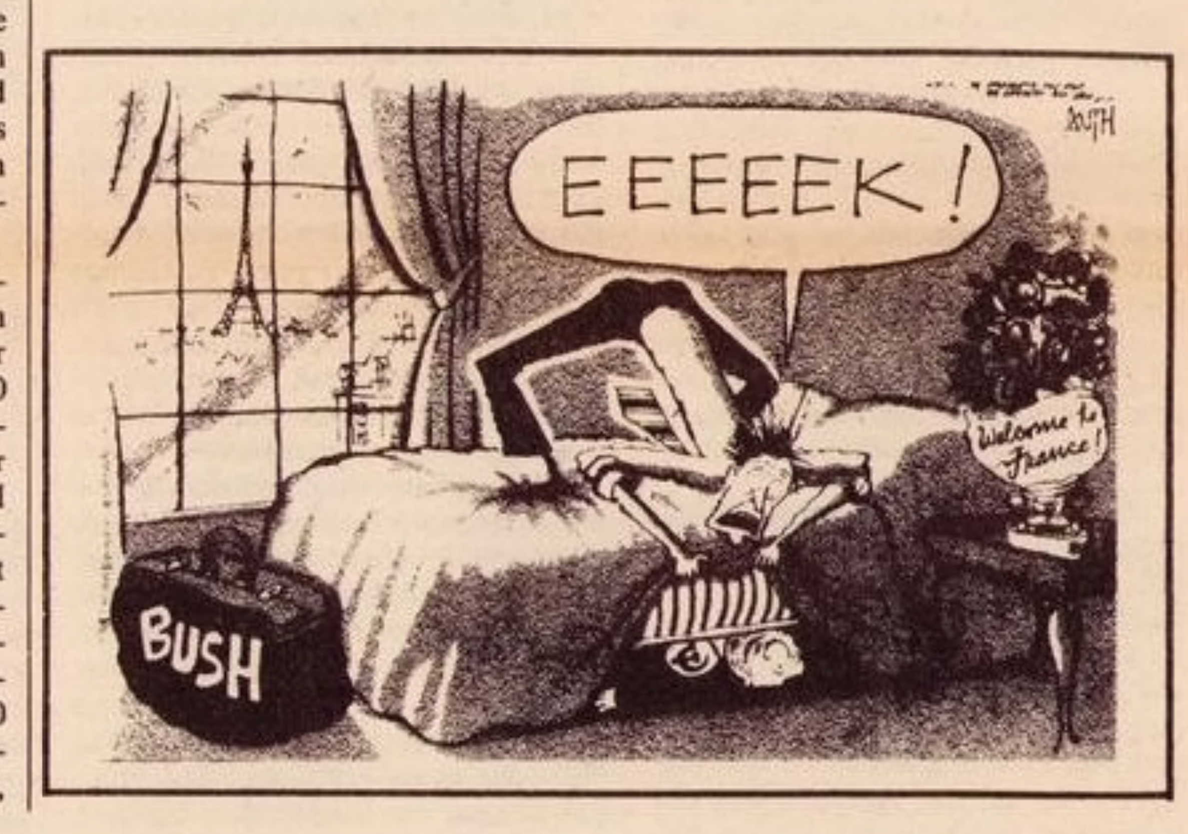
Der Vergleich zur Politik der SPD (und anderer westeuropäischer Sozialdemokraten) in den 60er Jahren ist in mehr als einer Hinsicht verfehlt. Die französischen Sozialisten entwickeln in ihrem Programm eine Strategie des „Bruchs" in der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Weg zum Sozialismus, anders als die SPD, die von vornherein die Sachzwänge der „sozialen Marktwirtschaft" akzeptierte und jetzt die Konsequenzen trägt. Bei allen Bedenken und Fragen, die man gegenüber diesem Konzept haben kann, bleibt doch wahr: Die Tatsache, daß sich der massenhafte Wille zu gesellschaftlicher Veränderung in dieser Form auf dieser politischen Ebene Ausdruck verschafft hat, hat die Lage in Westeuropa bereits verändert. Die „Heilige Allianz" der europäischen Ordnungsmächte Westdeutschland, England und Frankreich unter ihrem amerikanischen Protektor ist geplatzt.

Über die Ursachen der Finanzierungslücke gibt es wenig zu berichten. Die Kapitalisten holen aus dem Markt raus, was drinne ist. Der Markt für Rüstungsgüter, um die es hier geht, ist eingeschränkt, die Konkurrenz gering, die Konditionen anscheinend blendend und der Beamtenapparat (wie man vom Lookhed-Fall weiß, bis zu den Königshäusern) korrupt. Vertraglich hat sich die Panavia die Rechtsverbindlichkeit ihrer Nachforderungen für die Entwicklungs- und Herstellungskosten der Tornado sichern lassen. Der Bund muß zahlen, auf jeden Fall wenn es sich um derartige Kapitalinteressen handelt, wie sie hinter der Luftfahrtindustrie stehen.

Jetzt hat sich der Generalunternehmer für den Bau der sechs Fregatten F 122 der Bundeswehr, der Bremer Vulkan mit Nachforderungen von 400 Mio. DM (zu heutigen Preisen) gemeldet, während der Auftragswert der Fregatten bereits von 2,5 Mrd. DM 1979 auf rund 3,5 Mrd. DM heute angewachsen ist. Diese Nachforderung ist vorerst vom Haushaltsausschuß zurückgewiesen worden mit der Begründung, daß für nachträgliche Änderungswünsche der Marine höchstens 10 Mio. DM zusätzlich in Rechnung gestellt werden könnten. Bleibt es dabei,

zialen, konsumtiven Ausgaben vor allem zugunsten der investiven, die Bedingungen der Kapitalakkumulation verbessernden Staatsausgaben, aber auch zugunsten des Wachstums der Verteidigungsausgaben. Darüber wirft sich um so schärfer die eigentlich entscheidende Frage auf: Sind diese Waffensysteme notwendig, welchen Zwek-

und Ländern der Dritten Welt, die die Rohstoffversorgung wesentlich sicherer machen würden als es die Fregatten je könnten. Die Fragen alternativer Verteidungspolitik sind unter den Militärs längst aufgeworfen. Sie gehören aber in die politische Beratung um eine Politik gegen den drohenden Krieg heute in Westdeutschland.



Gespräche zu Abrüstungs-Fragen – BRD und DDR

ror. Am 3. Juli fanden in Berlin, DDR, Gespräche zwischen dem stellvertretenden Außenminister der DDR und dem Beauftragten der Bundesregierung „zu aktuellen Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung" (ND) statt. Beide Seiten legten ihre bekannten Standpunkte dar. Die Bundesregierung hatte ihrerseits schon im Vorfeld der Konsultationen erklärt, daß es nicht um konkrete Abmachungen ginge, da beide Staaten fest in die Bündnissysteme integriert seien, die Gespräche dienten der gegenseitigen Berechenbarkeit. Die Pressen der DDR und BRD sind dennoch einig, die Gespräche sind wichtig. Daß es gerade um konkrete Abmachungen gehe, darauf wies Robert Havemann in seinem Schreiben an den Bundeskanzler hin. Er forderte, daß die beiden deutschen Staaten eine Politik für die Auflösung der Militärbündnisse, ohne Diktat der Supermächte betreiben müsse. Eine Antwort des Bundeskanzlers steht aus.

CDU-Vorstöße zur Reform des Bildungswesens

acm. Nachdem die Bildungssenatorin Laurien von Westberlin für den Parteitag in Hamburg – Thema: „Zukunftschancen der jungen Generation" – in einem Thesenpapier schon die Kürzung der Schulpflicht bis zum 12. Schuljahr angekündigt hat, ließ sich am letzten Wochenende auf dem Parteitag der baden-württembergischen CDU der Sutttgarter Kultusminister Mayer-Vorfelder für seine Ausführungen zur „Kurskorrektur" in der Bildungspolitik feiern. Gegen die Verwissenschaftlichung des Unterrichts gelte es wieder Werte in der Schule zu vermitteln: Eine bestimmte Anzahl Volkslieder müßten die Schüler können, Auswendiglernen sei per se sinnvoll. Der Unterricht müsse strikt auf die Verfassung von Baden-Württemberg zugeschnitten sein, was heißt, Ehrfurcht vor Gott, Nächstenliebe, Liebe zu Heimat und Volk und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Schluß gemacht werden müsse mit der „Demokratisierung der Schule" und der „überzogenen Kritik an den Institutionen des Staates" im Unterricht. Auch in den Religionsunterricht müsse mehr eingegriffen werden – denn zu viele Abiturienten verweigerten den Wehrdienst. Ansonsten solle ein „Bollwerk gegen Konfliktpädagogik und Emanzipationslehre" zumindest in Baden-Württemberg errichtet werden.

Nürnberg: Staatsanwaltschaft erhebt 82 Anklagen

meu.Nürnberg. Überwiegend wegen schwerem Landfriedensbruch hat jetzt die Staatsanwaltschaft gegen 82 der 141 verhafteten KOMM-Besucher Anklage erhoben. Sie bedauert in einer Presseerklärung, daß 59 Ermittlungsverfahren eingestellt werden mußten, die Beweisnot gegen diese Tatverdächtigen sei auf „massive Verdunklungsmaßnahmen bis zur Alibibeschaffung durch Meineide zurückzuführen." Justizminister Hillermeier lobt diese Härte. Die Eltern der Verhafteten rufen zum 10.7.81 zu einer Kundgebung in Nürnberg auf gegen Polizei- und Justizwillkür, gegen Einschränkung der Demonstrationsfreiheit. Sie fordern vor allem „Volle Freisprechung und Rehabilitierung ALLER". Auf der Kundgebung werden u.a. ein Gewerkschaftsvertreter und der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hirsch sprechen.

Einigung über die Hochschulfinanzierung

acm. Bund und Länder haben sich im Vermittlungsausschuß über die Hochschulfinanzierung geeinigt, womit auch der Haushalt zur Verabschiedung freisteht und eingereichte Klagen der Länder beim Bundesverfassungsgericht zurückgezogen werden. Die Einigung sieht vor, daß die 1981 begonnenen Hochschulbauten fortgesetzt werden und die Länder die fehlenden Bundesmittel in Höhe von 440 Mio. DM vorfinanzieren sowie auch 400 Mio. DM für Großgeräte und kleinere Neubauten. Der Bund wird in Raten die Vorleistungen zurückzahlen. Matthöfer hat sich über die Einigung befriedigt erklärt. Am 10. Juli muß er vor dem Bundesrat antreten und die Ergebnisse verkünden.

Rebmann über „Werbung für eine terroristische Vereinigung"

gek. Bei 150 Ermittlungsverfahren, die wegen Unterstützung des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen zu Beginn des Jahres eingeleitet wurden, sei der Tatbestand der „Werbung für eine terroristische Vereinigung" erfüllt, hat Generalbundesanwalt Rebmann auf einer Pressekonferenz mitgeteilt. Das Eintreten für Verbesserung der Haftbedingungen sei durchaus nicht strafbar, so Rebmann gegenüber der öffentlichen Kritik an den Massenverhaftungen, die auf seinen Auftrag erfolgten. Hier sei es aber um die *Kampf*bedingungen der RAF-Gefangenen gegangen. Und dies unterstütze jeder, der Name und/oder Emblem der RAF auf einem Flugblatt oder Transparent erwähne. Klar? – Rebmann teilte außerdem mit, daß seine Behörde gerade dabei sei, den Begriff des „Aussteigers" aus der Terrorszene zu definieren. Der Anfang des Jahres festgenommene Peter Boock zum Beispiel sei kein echter Aussteiger. – Rebmann verwahrte sich gegen jede Reform des Paragraphen 129a, des Kontaktsperregesetzes, des Verteidigerausschlußgesetzes und Verbots der Mehrfachverteidigung sowie des Rechts auf anonyme Zeugenaussagen polizeilicher Verbindungsmänner vor Gericht.

Polizei schießt wehrlosen Jugendlichen in den Rücken

anm.Braunschweig. In der Nacht zum Sonntag hat die Polizei einem Jugendlichen, der aus Angst vor der Polizei weglief, mit einer Maschinenpistole in den Rücken geschossen. Der 17jährige ringt mit dem Tod. Falls er überlebt, wird er querschnittsgelähmt bleiben. Der Polizeibericht behandelt den Vorgang so: „... aus dessen Pistole sich aus bisher ungeklärter Ursache ein Schuß löste." Die Frage, warum sie einen wehrlosen Jugendlichen mit drei Polizeiwagen gejagt haben und warum sie dabei die Maschinenistole im Anschlag hatten, wird gleich ausgeklammert. Gegen dieses Vorgehen haben am Montag 400 Menschen demonstriert. Weitere Aktionen sollen folgen.

Kleine Beamte dürfen nicht groß abgebildet werden!

(AP)/kvz. Polizeibeamte im mittleren und einfachen Dienst sind keine „Personen der Zeitgeschichte" und dürfen daher ohne ausdrückliche Genehmigung nicht zwecks Veröffentlichung einzeln photographiert werden. Das hat das Frankfurter Landgericht in zweiter Instanz im Fall eines Hamburger Pressephotographen entschieden, der im Herbst letzten Jahres in Gorleben einen Oberstabsmeister des Grenzschutzes geknipst und das Photo später veröffentlicht hatte. Wie das Gericht hervorhob, liegt eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts vor, wenn kleine Beamte bei der Ausführung von Weisungen groß abgebildet würden.

Zwei Fünftel haben keine abgeschlossene Berufsausbildung

(AP)/kvz. 39% aller Bürger der BRD und Westberlins haben nach Auskunft der Bundesanstalt für Arbeit keine abgeschlossene Berufsausbildung. Eine krasse Ungleichheit ergibt sich dabei zwischen den Geschlechtern: von den Frauen sind es 53%, von den Männern 24%. Diese Zahlen hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BfA ermittelt.

Eindrücke und Gespräche

Poznań, Warschau im Juni

Von Gerd Koenen

„Totalabfahrt" sagt Andrzej gern, auf deutsch, wenn er die gegenwärtige Lage in seinem Land auf den Begriff bringen will. Den Ausdruck hat er vom letzten Besuch in Westdeutschland. ,,Totally crazy, völlig verrückt" erscheint ihnen alles, den Studenten vom neuen, selbstverwalteten Studentenverband NZS. Auf Andrzejs T-Shirt spreizt ein polnischer Adler mit den eingearbeiteten Initialen NZS rabiat seine Federn gegen einen unsichtbaren Feind. Dem Adler fehlt die Krone. ,,Druckfehler", sagt Andrzej mit vollem Ernst und grinst dazu. An der zerrissenen Jeansjacke die Plakette *AE*. Jeder trägt in Polen jetzt eine, zwei, drei oder eine ganze Brust voll Plaketten. *AE* taucht gerade massenweise auf und heißt: ,,Antisozialistisches Element". Als solches sieht sich Andrzej unbedingt, und wenn er darüber spricht, schüttelt er seinen struppigen Schädel vor Vergnügen, lacht aus seinen von der letzten durchgemachten Nacht verquollenen kleinen Augen, verzieht spöttisch sein volles Kindermündchen. Jetzt wird er dem Kommunisten aus Westdeutschland einmal stecken, wie das mit dem Kommunismus ist.

Geschichte

Andrzej ist mir gleich wie ein wiederauferstandener Schlachtschitze vorgekommen (jener kleine, verbürgerlichte, runtergekommene Adel, der für die polnischen Freiheitskämpfe des 18. und 19. Jahrhunderts immer die Offiziere gestellt hat), und das stimmt verblüffend. Die polnische Geschichte wird heute noch einmal neu geschrieben. 1980–1976–1970–1968–1956 steht als wortlose Zahlreihe auf dem Denkmal in Poznań für die Gefallenen des ,,polnischen Oktober" 1956. Für die große Mehrzahl der Polen reicht diese Zahlenreihe weiter zurück: über 1945 nach 1942 (da wurde Andrzejs Onkel in Katyn erschossen, mit ihm der Kern des polnischen Offizierskorps, das 1939 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten war), und 1939 – den Überfall Hitler-Deutschlands und die ,,vierte Teilung" Polens – weiter bis 1920. Das ist nun vielleicht nicht mehr jedermanns Auffassung, aber Andrzejs: damals fiel sein Großonkel in den Kriegen Pilsudskis gegen die russische Rote Armee. Dieser Großonkel habe das erste polnische ,,LeichtPferdeRegiment" begründet gehabt, berichtet er schwärmerisch, mit seiner starken Vorliebe für deutsche Sprachungetüme. Und als ein solches donnert denn in voller Schlachtordnung das Erste Polnische ,,Leicht-PferdeRegiment" (franz. Chevaux legers) über die alten Gebiete Ostpolens bzw. der Ukraine, je nachdem.

Andrzej ist mit seiner Geschichtsschreibung hier noch längst nicht am Ende. Von den ersten Wodkas beflü-

ben. 1980–1976–1970–1968–1956 steht als wortlose Zahlreihe auf dem Denkmal in Poznań für die Gefallenen des ,,polnischen Oktober" 1956. Für die große Mehrzahl der Polen reicht diese Zahlenreihe weiter zurück: über 1945 nach 1942 (da wurde Andrzejs Onkel in Katyn erschossen, mit ihm der Kern des polnischen Offizierskorps, das 1939 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten war), und 1939 – den Überfall Hitler-Deutschlands und die ,,vierte Teilung" Polens – weiter bis 1920. Das ist nun vielleicht nicht mehr jedermanns Auffassung, aber Andrzejs: damals fiel sein Großonkel in den Kriegen Pilsudskis gegen die russische Rote Armee. Dieser Großonkel habe das erste polnische ,,LeichtPferdeRegiment" begründet gehabt, berichtet er schwärmerisch, mit seiner starken Vorliebe für deutsche Sprachungetüme. Und als ein solches donnert denn in voller Schlachtordnung das Erste Polnische ,,Leicht-PferdeRegiment" (franz. Chevaux legers) über die alten Gebiete Ostpolens bzw. der Ukraine, je nachdem.

Andrzej ist mit seiner Geschichtsschreibung hier noch längst nicht am Ende. Von den ersten Wodkas beflü-gelt, stimmt er ein polnisches Lied mit Refrain in deutscher Sprache an: ,,Nicht schießen, BrüderPreußenPosten" (weiß der Teufel, ob das wieder eine Wortschöpfung von ihm ist), ,,Parole heißt: Der erste Grenadier vom Osten". Das, belehrt er mich, stamme vom Aufstand 1863/64, natürlich gegen die Russen. Da hätten sich die geschlagenen polnischen Legionen des Morgens nach Absprache über die preußischen Linien gerettet, wo sie im Zweifelsfall dann eben doch eher hingehört hätten, nämlich nach Westen. Zum Westen nämlich gehöre Polen geschichtlich, führt Andrzej mit großer Geste aus, es sei das Bollwerk gegen die Russen. Wir kennten alle die Russen nicht, die Polen aber kennen sie! – Zeit für mich, die ,,Warszawianka" anzustimmen. Hätten da nicht, 1905, die Volksmassen in Rußland wie in Polen vereint gegen den Zarismus gekämpft? Was heißt denn da: ,,die Russen"! – Da komme ich gerade richtig. Ausgerechnet die ,,Warszawianka"! Das Lied hätten die Kommunisten auch auf ihre übliche Art gestohlen, das sei vom Aufstand von 1830/31, und natürlich auch gegen die Russen gewesen. Laut wird angestimmt. Es ist fünf Uhr morgens und schon wieder hell und heiß, die Nachbarn sind geduldig gegen unsere geschrienen Diskussionen und Lieder. Surrealerweise steht auf dem Haus gegenüber eine Sternwarte. Oder die Sternwarte sieht wie ein Wohnhaus aus. Egal. Der Wodka, in unerbittlichen Runden eingenommen (Brot und kalter Tee jeweils hinterher), hat uns in ein samtenes Zelt gesteckt, jetzt zeigt er die Faust. Wir pennen bis Mittag. Kubas Mutter grinst verständnisvoll und erheitert sich: was, nur einen Liter zu viert, das sei ja nichts.

Wodka

Bis wir ihn erst hatten! Selbst Wodka gibt's nicht mehr in den Geschäften, obwohl er schon unglaublich teuer geworden ist, 350 Zl. der halbe Liter. 4500 Zl. ist der durchschnittliche offizielle Monatslohn eines Arbeiters. Von dem kann allerdings niemand leben, jeder hat auf irgendeine Weise noch eine zweite, dritte und vierte Arbeit und Geldquelle. Beim Wodka hat inzwischen, wie bei den meisten Waren, eine brutale Dialektik von Knappheit und Hortung ihr Werk getan. Man muß eben nur auf die dunklen Plätze oder in die Lokale fahren, wo der gehortete Wodka und die Zigaretten verkauft werden. Da ist alles zu haben, nur fürs anderthalbfache oder doppelte. 1100 Zl. kosten hier unsere beiden Flaschen, plus 100. Zl. für eine dreiviertelstündige Taxifahrt.

Samisdat

Mitten in der Nacht haben Kuba und Andrzej (die Namen sind natürlich geändert) ein Defizit von 20000 Zl. in ihrem Verlag entdeckt. Ihr Verlag! Das ist eine Abzugsmaschine, diverse Beziehungen zu Druckern, die es nach Feierabend machen, Mädchen, die in der Bürozeit Matrizen betippen, Lageristen, die ihnen Papier zuschieben (2 Tonnen haben sie am Vortag gerade gekauft, alles Geld dafür zusammengekratzt; das muß dann in eine andere Stadt gebracht werden, mit einem Lastwagen, der ,,organisiert" werden muß); und dann ein Literaturlager wie ein Giftschrank. Ich darf einen Blick hineinwerfen. Viel der Zensur unterliegende Belletristik, wie die ungedruckten Werke von Milosz (dem diesjährigen Nobelpreisträger), oder ältere, wie Marek Hlaskos ,,Der achte Tag der Woche". Dann Gedichte, Gedichte. Streiklieder des NZS. Aktuelle Pam-

Wodka und die Zigaretten verkauft werden. Da ist alles zu haben, nur fürs anderthalbfache oder doppelte. 1100 Zl. kosten hier unsere beiden Flaschen, plus 100. Zl. für eine dreiviertelstündige Taxifahrt.

Samisdat

Mitten in der Nacht haben Kuba und Andrzej (die Namen sind natürlich geändert) ein Defizit von 20000 Zl. in ihrem Verlag entdeckt. Ihr Verlag! Das ist eine Abzugsmaschine, diverse Beziehungen zu Druckern, die es nach Feierabend machen, Mädchen, die in der Bürozeit Matrizen betippen, Lageristen, die ihnen Papier zuschieben (2 Tonnen haben sie am Vortag gerade gekauft, alles Geld dafür zusammengekratzt; das muß dann in eine andere Stadt gebracht werden, mit einem Lastwagen, der ,,organisiert" werden muß); und dann ein Literaturlager wie ein Giftschrank. Ich darf einen Blick hineinwerfen. Viel der Zensur unterliegende Belletristik, wie die ungedruckten Werke von Milosz (dem diesjährigen Nobelpreisträger), oder ältere, wie Marek Hlaskos ,,Der achte Tag der Woche". Dann Gedichte, Gedichte. Streiklieder des NZS. Aktuelle Pamphlete über ,,Zweierlei Patriotismus" und ähnliches. Und dann Geschichtliches: einige Hefte und Bücher, die dem Marschall Pilsudski größere Ehre widerfahren lassen; und gegen die Sowjetunion und Stalin gerichtete Literatur, dick vornan liegend Solshenizyns ,,Archipel Gulag". Na klar ein Giftschrank. Denn was verboten ist, das macht uns gerade scharf, sang Wolf Biermann vor Jahren.

Die Literatur wird ziemlich offen verkauft, zu reell hohen, aber fixen Preisen – es könnte das doppelte verlangt werden, aber solches Schwarzhändlertum ist streng verpönt. Feste Abnehmer sind verschiedene Betriebsorganisationen der Solidarność, die das weitervertreiben oder im Ausleihverfahren herumgehen lassen. Das meiste ist vervielfältigt, das wenigste gedruckt, nichts gesetzt, außer alten Reprints, die meist aus dem Westen reingeschmuggelt sind. Die Zensur ist gelockert, aber Druckplatten nach wie vor numeriert, Maschinen nicht käuflich, und Papier nur durch Schieberei zu bekommen.

,,FreiUnternehmerInitiative"

Das Defizit stammt, wie sich rausstellt, von nichts als den häufigen Rumfahrten, der einen Mahlzeit am Tag, und dem Wodka. Sie schlagen sich vor den Kopf. Na klar, allein heute 1200 Zl! Aber was solls, man lebt nur einmal. Für einen Arbeiterlohn ist man heute in Polen in einem dunklen Wohnloch festgebunden, kann recht und schlecht essen, wohnen, sich kleiden, und sonst – nichts. Andrzej, Kuba, alle diese Jungen wollen was machen, rumkommen, fliegen. Weiß Gott bescheidene Ausschweifungen. Und dann dieses Defizit. Aber sie haben schon einen Plan, wie sie es stopfen. ,,FreiUnternehmerInitiative" sagt Andrzej und grinst mich provozierend an. Jetzt winke ich geringschätzig ab: Da hätte er sich aber geschnitten, wenn er meinte, Kapitalismus sei solche Kleinkrämerei. Das sei auch schon planmäßige Großproduktion, nur unter der Kontrolle weniger. Hier in Polen, wie in der Sowjetunion, seien es auch wenige, die die Produktionsmittel kontrollierten, über den Staat und tatsächlich noch diktatorischer und planloser wie bei uns. Falsch, sagt Andrzej, hier gibt es keine Klasse, hier ist alles staatlich, niemand interessiert sich für irgendwas, die Arbeiter arbeiten höchstens vier Stunden am Tag, kriegen keine Löhne und können außerdem nichts kaufen. Im Westen kannst du was machen, was werden, die Arbeiter arbeiten acht Stunden, haben viel höhere Löhne und können sich was davon kaufen – also, was ist besser?

Vor dieser schlichten Logik kapituliere ich fürs erste ermattet. Was bei ihm als ,,FreiUnternehmerInitiative" läuft, ist die Vorstellung relativ freier gesellschaftlicher Tätigkeit. Wohl wahr, in Andrzejs Fall von einem typischen Nachgeborenen der alten besitzenden Klassen. Aber ein Stück weit hat selbst er noch recht gegen diesen absoluten Staatsmonopolismus, der die Gesellschaft überhaupt nicht organisieren kann; diese perverse Kombination aus staatlicher Mangelwirtschaft und privatem Spekulantentum, die sich gegenseitig bedingen.

Anarchy in the Poland?

Kuba, sein Kumpel und Kompagnon, hat eine weniger geschlossene Auffassung über das, was jetzt im Land geschieht. Für ihn, mit seinem ewigen ironischen Lächeln auf dem Harlekinsgesicht und in den flinken Augen, ist das eine Revolution ohne Vorbild, ohne festes Ziel, ohne vorgegebene Mu-

Löhne und können außerdem nichts kaufen. Im Westen kannst du was machen, was werden, die Arbeiter arbeiten acht Stunden, haben viel höhere Löhne und können sich was davon kaufen – also, was ist besser?

Vor dieser schlichten Logik kapituliere ich fürs erste ermattet. Was bei ihm als ,,FreiUnternehmerInitiative" läuft, ist die Vorstellung relativ freier gesellschaftlicher Tätigkeit. Wohl wahr, in Andrzejs Fall von einem typischen Nachgeborenen der alten besitzenden Klassen. Aber ein Stück weit hat selbst er noch recht gegen diesen absoluten Staatsmonopolismus, der die Gesellschaft überhaupt nicht organisieren kann; diese perverse Kombination aus staatlicher Mangelwirtschaft und privatem Spekulantentum, die sich gegenseitig bedingen.

Anarchy in the Poland?

Kuba, sein Kumpel und Kompagnon, hat eine weniger geschlossene Auffassung über das, was jetzt im Land geschieht. Für ihn, mit seinem ewigen ironischen Lächeln auf dem Harlekinsgesicht und in den flinken Augen, ist das eine Revolution ohne Vorbild, ohne festes Ziel, ohne vorgegebene Muster. Gerade das gefällt ihm. Am ehesten läßt er noch meinen Vergleich mit der Pariser Commune zu – spontan fällt ihm dazu ein, daß ja auch damals die Situation einer Belagerung gewesen sei, und belagert sei Polen heute auch –; ja, tatsächlich nehme jetzt die Gesellschaft Stück für Stück die Macht in die eigenen Hände, organisiere sich selbst, eigne sich die Produktionsmittel real an, oder fordere das jedenfalls. Aber von ,,Sozialismus" will er da nicht sprechen; er zieht den Begriff ,,soziale Bewegung" vor. Ja, es sei eine riesige soziale Bewegung, und ,,totally crazy". Alles ist darin, wie in einem großen Gärteig: Schlachtschitze Andrzej mit echter FreiUnternehmerInitiative, ,,Anarchy in the Poland?" (wie ein Warschauer Punk mit gelassener Miene auf seiner Lederjacke fragt), und, wenn ich darauf bestehe, auch Sozialismus – Kuba sieht es großzügig als ,,eine Frage der Terminologie, letzten Endes".

Solidarność

Jedermann geht in neuen Hauptquartier vom Regionalkomitee Masowsze der Solidarność frei ein und aus, Kuba und Andrzej noch etwas freier. Sie kennen jeden, speziell aber die Mädchen in der Presse- und Kommunikationsabteilung, die dort den Laden schmeißen. Man küßt sich zur Begrüßung innig auf die Wangen, zuerst aber wird die Hand geküßt. Gerade die Jüngeren pflegen ganz ausdrücklich diese traditionellen Formen. Anarchie mit Handkuß. Solidarność scheint in der Praxis auch eine Frauenbewegung zu sein. Die Frauen und Mädchen jedenfalls, das war uns schon in Poznań aufgefallen, sind die Säulen im gesegneten Durcheinander. Das sich so auf wunderbare Weise ordnet und sogar erhebliche Effektivität erreicht hat. Ein klarer Organisationsaufriß im Flur weist den Weg. Im Erdgeschoß stampfen die neuen Druckmaschinen. Ein tägliches Informationsbulletin erscheint. Eine Flut von Betriebszeitungen, von denen einige aushängen. Hier ist die Zensur endgültig überrollt. Eine offene Sprache wird gesprochen, gewagte Karikaturen gegen die Staatsmacht und den ,,großen Bruder".

Offiziell hat sich Solidarność dieser Tage aber äußerste Zurückhaltung auferlegt. Die eigenen Wahlen sind durchgezogen worden; die ganze Nacht hindurch hat die Warschauer Delegiertenkonferenz getagt und endlich eine reguläre Leitung gewählt. Bujak vom Ursus ist wieder Vorsitzender. Sonst zu wenige von den richtigen ,,Harten", den Arbeitern, findet Kuba. Eine ziemliche Anzahl Intellektueller, sowohl vom KOR als auch aus der katholischen Intelligenz.

Die Verantwortliche für Auslandskontakte mag so auf die Schnelle keine Gespräche und Interviews vermitteln, und das dürfte auch mit der Lage zusammenhängen. Hinter der äußeren Gelassenheit spürt man Nervosität.

Arroganz der Reaktion

Am Wochenende vorher in Poznań war es uns noch weit mehr aufgefallen: die merkwürdige Stille der Menschen zwischen dem geräuschvollen Verkehr. Es mag auch Einbildung gewesen sein. Aber in Warschau, auf der Straße, kam es mir wieder so vor. Viele stehen vor den Presse-Aushängen, stecken den Kopf in die Zeitung. Auf den Wahlkonferenzen der PVAP sind die Reaktionäre mit massivem Druck der Parteiführung, die selbst unter Druck von außen steht, durchgebracht worden; und das, obwohl sie demonstrativ herausfordernd auftreten. Dienstag abend können die ,,Kattowitzer" zum erstenmal im Fernsehen in einer Diskussionssendung auftreten, von Vertretern der Betriebsparteiorganisationen mit einiger Schärfe (oder schon Zurückhaltung?) angegriffen; sie replizieren mit lässiger Arroganz, erstaunlicherweise keine alten Funktionärsknochen, sondern elegant gekleidete Dozenten der Kattowitzer Parteischule, 30 oder 40 Jahre alt. Ihr ganzer Gestus gegenüber den Millionen Fernsehzuschauern besagt: macht nur, redet, denkt – die stärkeren Bataillone haben wir. Sehr wörtlich zu nehmen. Der



kam es mir wieder so vor. Viele stehen vor den Presse-Aushängen, stecken den Kopf in die Zeitung. Auf den Wahlkonferenzen der PVAP sind die Reaktionäre mit massivem Druck der Parteiführung, die selbst unter Druck von außen steht, durchgebracht worden; und das, obwohl sie demonstrativ herausfordernd auftreten. Dienstag abend können die ,,Kattowitzer" zum erstenmal im Fernsehen in einer Diskussionssendung auftreten, von Vertretern der Betriebsparteiorganisationen mit einiger Schärfe (oder schon Zurückhaltung?) angegriffen; sie replizieren mit lässiger Arroganz, erstaunlicherweise keine alten Funktionärsknochen, sondern elegant gekleidete Dozenten der Kattowitzer Parteischule, 30 oder 40 Jahre alt. Ihr ganzer Gestus gegenüber den Millionen Fernsehzuschauern besagt: macht nur, redet, denkt – die stärkeren Bataillone haben wir. Sehr wörtlich zu nehmen. Der



düstere, stumme Aufmarsch der Bataillone von ,,Solidarność" am Wochenende vorher in Poznań erscheint mir jetzt in anderem Licht.

Cegielski-Werke

Am Samstagabend schon waren 20000 vor die Cegielski-Werke geströmt, von wo sich die erste Arbeiterdemonstration damals, im Juli 1956, in Bewegung gesetzt hatte, nachdem ihre Forderungen abgelehnt worden waren. Jetzt lau-





fen wir in einem dichten, hastenden, nur leise sprechenden Menschenstrom zum Werk hinaus, über die ganze Breite der von der Miliz abgesperrten Straße. Deren Mannschaftswagen stehn zurückgezogen in Seitenstraßen.

Ganz Poznań scheint an diesen Gedenktagen eins zu sein mit Solidarność. Plakate in buchstäbliche *allen* Schaufenstern: das schwarze Kreuz, das wie ein Hammer geformt ist, und die rotweiße Fahne, wo das Rot aufspritzt ins weiße Feld, wie beim Aufschlag eines Geschosses. Eine Plakatkunst der einfachsten und allgemein verständlichen Symbole, die diese Bewegung entwickelt hat, mit einer langen Tradition freilich. Nachmittags gab es schon eine Ausstellung mit Malereien und Zeichnungen im Kulturhaus der Cegielski-Werke. Eine weite Spanne künstlerischer Ausdrucksformen wird vorgestellt, aber *eine* Aussage. Da reckt sich ein stilisierter, blutroter polnischer Adler, in dem sich die inneren Lebenskräfte wieder regen – ein Geäst von Adern und Muskeln, das näher besehen aus streikenden Arbeitern besteht, die sich wie der Adler selbst, ,,Brüder zur Sonne, zur Freiheit", recken. Etwas weiter, in Tusche, die Silhouette eines sowjetischen Panzerschützen, darunter die lakonischen Jahreszahlen: 1956–1981.

Den ganzen Tag über schon haben die Cegielski-Arbeiter, mit weißen

weiße Feld, wie beim Aufschlag eines Geschosses. Eine Plakatkunst der einfachsten und allgemein verständlichen Symbole, die diese Bewegung entwickelt hat, mit einer langen Tradition freilich. Nachmittags gab es schon eine Ausstellung mit Malereien und Zeichnungen im Kulturhaus der Cegielski-Werke. Eine weite Spanne künstlerischer Ausdrucksformen wird vorgestellt, aber *eine* Aussage. Da reckt sich ein stilisierter, blutroter polnischer Adler, in dem sich die inneren Lebenskräfte wieder regen – ein Geäst von Adern und Muskeln, das näher besehen aus streikenden Arbeitern besteht, die sich wie der Adler selbst, ,,Brüder zur Sonne, zur Freiheit", recken. Etwas weiter, in Tusche, die Silhouette eines sowjetischen Panzerschützen, darunter die lakonischen Jahreszahlen: 1956–1981.

Den ganzen Tag über schon haben die Cegielski-Arbeiter, mit weißen

Schiffchen auf dem Kopf und roten Armbinden die Ordner und Organisatoren des Festakts, das Gelände weiträumig abgesperrt. In karger Silhouette steht das Denkmal, ein Kreuz als Hohlform inmitten eines Industriegerüsts. Um Punkt sechs eröffnet das Heulen der Werkssirene die Feier. Dann eine wirbelnde, aus metallischen Trommeln und schrillen Sirenentönen komponierte Festmusik Pendereckis, merkwürdige Mischung aus Archaischem und Modernem, Schwertertanz,

Leserbriefe

Keine Waffen von den USA

Zum Kommentar „Komplizierte Gruppierung der Kräfte in Asien“ (KVZ 26/81, Seite 7)

In seinem Artikel stellt sich Lutz Plümer hinter die Waffenlieferung der USA an die VR China mit der Begründung, China gehe es um die „nationale Unabhängigkeit und die Sicherung des Weltfriedens“. Aus der Sicht Chinas betrachtet und angesichts eines gewiß nicht abzuleugnenden Drucks der Sowjetunion erscheint diese Begründung zunächst verständlich, trotzdem muß ich mich von dem Artikel distanzieren, vor allem von dem zweiten Teil der Begründung. Ich sehe in den Waffenlieferungen in erster Linie einen geschickten strategischen Schritt der USA zur Erhaltung einer totalen Hegemonie (Vormachtstellung) auf der Welt (welche anderen Gründe könnte man für die Versuche Strauß' nennen, sich mit China zu arrangieren?). Bringt man nämlich diese Waffenexporte mit der NATO-Politik der USA (Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD und anderen NATO-Ländern; Waffen, die von den USA gesteuert werden!) in Verbindung, so ergibt sich ein Bild, welches ausreichen müßte, die ganze Menschheit in Angst und Schrecken zu versetzen: Die USA ist dann nicht mehr „nur“ in der Lage, einen nuklearen Angriffskrieg auf die Warschauer-Pakt-Staaten auf europäischen Boden zu beschränken, sondern kann obendrein die UdSSR in einen Zweifrontenkrieg zwingen, was unwillkürlich zu einem Sieg der USA führen würde, die auf der dann halb zerstörten Erde die Möglichkeit hätte, einen Kapitalismus extrem sozialdarwinistischer Art aufzubauen. Ich sehe in den Waffenlieferungen der USA an die VR China eine Erhöhung der Kriegsgefahr auf internationaler Ebene und möchte mich deshalb von ihnen distanzieren. Doch darf man nicht übersehen, daß die USA Waffen und Militärberater an Regierungen schickt, die diese zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung benutzt (z.B. nach El Salvador). Ein kommunistisches Land hat auch die moralische Verpflichtung, sich mit der Arbeiterbewegung weltweit zu solidarisieren und so keine Waffen von Händen anzunehmen, an denen das Blut unschuldiger Menschen und für Befreiung kämpfender Arbeiter klebt. Mein Brief soll außerdem kein Bekenntnis zur Sowjetunion sein. Auch von dieser Macht möchte ich mich distanzieren, komme aber nicht umhin, abschließend folgendes festzustellen: Die USA stellen die größere Bedrohung des Weltfriedens dar.

T.K., Langenfeld

Revolutionaristisch statt reformistisch?

Zum Artikel „Kommunalpolitik – reformistisch oder revolutionär“ (KVZ 26/81, Seite 4)

Vielleicht hätte der Autor besser geschrieben: reformistisch oder revolutionaristisch? Oder sollte es höchst revolutionär sein, den bewaffneten Aufstand und die Diktatur des Proletariats in den Vordergrund zu stellen und dabei die Entfaltung der Demokratie als zweitrangig zu behandeln (dabei das eigentliche Ziel vollständig aus den Augen zu verlieren.)?

Ich möchte einige Punkte dieses Artikels in Frage stellen:

1. kann man die Gemeinderäte wahrscheinlich nicht dem bürgerlichen zentralstaatlichen Parlament gleichsetzen. Zwar sind die Gemeinderäte keine arbeitende Körperschaft, sind weder rechenschaftspflichtig noch abwählbar, haben aber vor allem keine gesetzgebende Funktion, sodaß sie in hohem Grade selber den Entscheidungen von Bundes- und Länderregierungen unterworfen sind. Das sagt nichts über den Charakter der Räte aus, aber immerhin handelt es sich nicht um dasselbe wie den Bundestag. Daß der Charakter im großen und ganzen bürgerlich ist (trotz der vielfältigen Widersprüche zum Zentralstaat), kann man heute m.E. nicht daraus ableiten, daß in der (wahrscheinlich nordrheinwestfälischen) Gemeindeordnung „nur“ festgelegt ist: „Die Verwaltung der Gemeinden wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt. Die Bürgerschaft wird durch den Rat vertreten“, und daß „darüberhinaus keine Rechte der Massen festgelegt“ seien. Der Charakter ergibt sich vielmehr daraus, daß im wesentlichen eben bürgerliche Parteien gewählt werden. Schließlich gibt es auch bislang selten für die Massen interessante Alternativen.

2. Dem Autor geht es offenbar um radikalere Kritik des Parlamentarismus: „Es stellt sich die Frage der Herstellung der lokalen Selbstregierung, der Eroberung der Macht. Und die wird mit aller Wahrscheinlichkeit nicht in der Form vor sich gehen können, daß die Massen immer mehr Kontrolle über die Parlamente erkämpfen und sich ihre Vertreter hineinwählen.“

Die Sache soll anders ablaufen: Wie die Pariser Kommune und die Oktoberrevolution gezeigt hätten, würden die Betriebsräte im wesentlichen zu Organen des bewaffneten Aufstands und des neuen Staates. „Diese Organisation des Staates wird sich gerade neben den Parlamenten entwickeln, weil sie am schnellsten und zuverlässigsten den Willen der breiten Volksmassen in die Tat umsetzt.“

Diese Meinung teilen die Franzosen ganz offenbar nicht. Und die demokratische Bewegung in Westdeutschland sieht das auch etwas anders. Nicht, daß sie außerhalb des Parlaments nichts machte, im Gegenteil; aber gleichzeitig wird versucht, Einfluß auf die Parlamente zu nehmen als auch die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten selbst zu ändern – durch allgemeine Wahlen. Das erscheint mir auch ganz vernünftig.

Ehrlich gestanden kann ich mir nicht vorstellen, wie es zur Entscheidung der Machtfrage zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse kommen soll, solange die Arbeiterklasse die SPD wählt, solange die Arbeiterklasse nicht selbständig als Partei imstande ist, ihre Vertreter ins Parlament zu schicken und dort die Mehrheit zu ihren Gunsten zu ändern.

3. „z.B. Hausfrauen, Rentnern usw. (könnten) zeitweilig von den Wahlen der Machtorgane ausgeschlossen sein. Dieses Problem ist vorab theoretisch nicht ohne weiteres lösbar.“ Das sei wohl auch nicht so entscheidend, sondern die „unmittelbare Bewaffnung des Volkes selbst ... Darin besteht das Wesen der Kommune ...“

Sagen wir rund 10 Millionen Hausfrauen, ein paar Millionen Rentner und soundsoviel usw. von der Macht ausgeschlossen – in einem Wahlprogramm klänge das jedenfalls nicht sehr überzeugend. Und die Volksbewaffnung soll das Wesen der Kommune ausmachen? Marx schrieb im „Bürgerkrieg in Frankreich“ (Beijing-Ausgabe) Seite 77: „Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ Die Sache hat nämlich einen bestimmten Zweck, was aus dem Artikel von thm überhaupt nicht hervorgeht, es erscheint eher als Selbstzweck.

Dabei will ich nicht leugnen, daß es sich so entwickeln mag, daß sich eine Arbeiterregierung neben dem Parlament herausbildet, daß die Betriebsräte als Organe des bewaffneten Aufstandes fungieren werden. Aber welche Anzeichen gibt es heute, die darauf hindeuten? Meines Erachtens ist eine Entwicklung viel wahrscheinlicher (mal davon abgesehen, daß der Krieg dazwischenkommt), in der die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung versuchen, ihre Interessen über das Parlament geltend zu machen. Und erst, wenn's so nicht weitergeht, die Bewegung aber weiter will, dann wird der Parlamentarismus auch überwunden werden. Ob durch bewaffneten Aufstand oder ohne, muß man das oder kann man das überhaupt „theoretisch vorab lösen“? Der Autor meint ja, ich meine eher nein.

4. Kritik des Reformismus der DKP – ja. Aber ist das geschickt, ohne auf die Möglichkeiten der Aktionseinheit einzugehen?

L.H., Koblenz

Oberflächlich

Zum Artikel „Veränderungen innerhalb der Betriebsräte zugunsten klassenkämpferischer Positionen. Stärkung der DGB-Gewerschaften“ (KVZ 24/81, Seite 13)

... Von den Problemen, die auch gerade in diesen Betriebsratswahlen wieder deutlich geworden sind, kein Wort und kein Begriff. Damit wird aber verhindert, daß der Blick auf die Schwachstellen gelenkt wird und notwendige Aktivität entwickelt wird.

Kein Wort verliert Dobberkau, daß es bezüglich der Vertretung ausländischer Arbeiter in den Betriebsräten eine schreiende Untervertretung nach wie vor gibt. Diese rührt zu einem beachtlichen Teil daher, daß deutsche Arbeiter und Angestellte Ausländer nur ausnahmsweise und Türken so gut wie gar nicht wählen, was umgekehrt nicht der Fall ist. Unserer Beobachtung nach gibt es sogar die öfter auftretende Erscheinung, ausländische Aktivisten aus den Betriebsräten abzuwählen. Dies ist ein Reflex auf die unterschiedliche Beteiligung der verschiedenen Belegschaftsgruppen an den Aktionen in der letzten Tarifbewegung. Und natürlich auch auf die absichtsvollen Hinweise der Geschäftsleitung (und nicht nur der), daß man italienische bzw. türkische Verhältnisse hier nicht wolle. Was ja auch eine Reihe von Verdrehungen einschließt.

Kein Wort auch davon, daß es ziemliche Probleme bei der Angestelltenpolitik gibt. So war eine Reaktion auf den Tarifkampf auch die Wahl nichtgewerkschaftlicher Angestellter in die Betriebsräte in solchem Umfang, daß man schon von einer Tendenz sprechen muß.

Desweiteren können wir auch nicht feststellen, daß die Jugendarbeit oder die Vertretung von Frauen in den Betriebsräten so problemlos sei, als daß es sich nicht lohne, hier ein Wort darüber zu verlieren.

Wir kritisieren damit das Gleiche, was wir auch schon bei der haltlosen Berichterstattung zur Metalltarifauseinandersetzung festgestellt haben, daß immer nur die Oberfläche gesehen wird, immer das, was manifest ist, nicht das was ursächlich, was zugrunde liegt ...

E., Ludwigsburg

Fortsetzung von Seite 3

Maschinengestampfe, Fabrik- und Polizeisirene in einem. Schauspieler rezitieren Gedichte, Vers für Vers rollt wie in Salven über einen atemlosen Platz. Die Tribüne ist umlagert von einem Kranz gestickter Fahnen, getragen von Delegationen der Betriebsorganisationen von Solidarność, die aus allen Landesteilen hergeströmt sind. Erst für den zweiten Akt erscheint die hohe Geistlichkeit. Wir lassen uns in der Schar der Photoreporter vor den winkenden Kardinälen mittreiben ins Zentrum der Feier, vor die Tribüne, die von weihrauchschwenkenden Chorknaben und lilanen Würdenträgern feierlich okkupiert und ausgefüllt wird. Von „Freiheit, Recht und Brot“, wie die Festlosung heißt, handelt Kardinal Marcharski in seiner Predigt, mehr ei-

Vielleicht hätte der Autor besser geschrieben: reformistisch oder revolutionaristisch? Oder sollte es höchst revolutionär sein, den bewaffneten Aufstand und die Diktatur des Proletariats in den Vordergrund zu stellen und dabei die Entfaltung der Demokratie als zweitrangig zu behandeln (dabei das eigentliche Ziel vollständig aus den Augen zu verlieren.)?

Ich möchte einige Punkte dieses Artikels in Frage stellen:

büne gesprungen und hält eine improvisierte Rede, mit seiner rauhen, trockenen, aufwühlenden Stimme, in abgehackten Sätzen. Immer wieder „konterrevolutionär“, „anarchistisch“, „antisozialistisch“ – es geht um die Angriffe auf Solidarność. Walesa ermahnt die Anwesenden eindringlich, sich auf keinerlei Provokation, wenn sie geplant sein sollte, einzulassen. Ein ungewöhnlicher, die Leute sichtbar irritierender Abschluß. Noch stummer als auf dem Herweg strömen sie zurück. Die Miliz bleibt in den Seitenstraßen.

Sonntag, 28. Juni

Am frühen Morgen schon hat sich der Festplatz gefüllt. Um 10 Uhr ist die Menge unübersehbar. Einige Transparente: „Nie wieder soll ein Pole auf einen Polen schießen“. Auch: „Nieder

1. kann man die Gemeinderäte wahrscheinlich nicht dem bürgerlichen zentralstaatlichen Parlament gleichsetzen. Zwar sind die Gemeinderäte keine arbeitende Körperschaft, sind weder rechenschaftspflichtig noch abwählbar, haben aber vor allem keine gesetzgebende Funktion, sodaß sie in hohem Grade selber den Entscheidungen von Bundes- und Länderregierungen unterworfen sind. Das sagt nichts über den Charakter der Räte aus, aber immerhin handelt es

zogen sind. In endloser Reihe ziehen wiederum die Betriebsdelegationen der „Solidarność“, aber auch Bauern mit geradegeschmiedeten Sensen in traditioneller Tracht und Gruppen von Pfadfindern, einzeln und feierlich vor das Monument und senken dort dreimal ihre Fahne zum Schwur. Das ist wie ein Appell vor der letzten Schlacht; und soll es wohl sein.

Unter denen, die ihre Fahnen vor dem Denkmal senken, sind – mit demonstrativem Beifall, aber auch Oho!-Rufen bedacht – einige Parteigrundorganisationen der PVAP. Und nicht wenige der Traditionsfahnen der Arbeiter, die dabei sind, tragen ihr „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Wieder das verwirrende Schauspiel von Altem, Überkommenem, und Modernem, neu Geschaffenem, in den Formen wie den Inhalten. Weiß der

wegung in Westdeutschland sieht das auch etwas anders. Nicht, daß sie außerhalb des Parlaments nichts machte, im Gegenteil; aber gleichzeitig wird versucht, Einfluß auf die Parlamente zu nehmen als auch die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten selbst zu ändern – durch allgemeine Wahlen. Das erscheint mir auch ganz vernünftig.

Ehrlich gestanden kann ich mir nicht vorstellen, wie es zur Entscheidung der Macht-

mit auch politischer Macht zu installieren. Am 12./13. Juli, also unmittelbar vor Beginn des Parteikongresses der PVAP, sind die provisorischen Betriebsräte aus ganz Polen zu einem Kongreß nach Lublin zusammengetrommelt. Die ganze Entwicklung stehe jetzt auf Messersschneide. Die Reformbewegung in der Partei, so schwungvoll sie auf der ersten Blick erscheint, habe schon gekuscht. Der Effekt der sowjetischen Drohungen gegen die Partei- und Staatsführung Kania/Jaruzelski ist, daß diese – insofern selbst mit der Drohung der Panzer – die Partei auf einer unbrauchbaren Kompromißlinie wieder in den Griff bekommen hätten. Ein Arrangement zeichne sich schon ab. H. schließt durchaus nicht aus, daß letzlich auch „Solidarność“ in irgendeiner Form „normalisiert“ werden könnte. Man

und die demokratische Bewegung versuchen, ihre Interessen über das Parlament geltend zu machen. Und erst, wenn's so nicht weitergeht, die Bewegung aber weiter will, dann wird der Parlamentarismus auch überwunden werden. Ob durch bewaffneten Aufstand oder ohne, muß man das oder kann man das überhaupt „theoretisch vorab lösen“? Der Autor meint ja, ich meine eher nein.

4. Kritik des Reformismus der DKP – ja.

Hunger und Militärzwang können sie durchaus niedergehalten werden, jedenfalls zunächst. Auf lange Sicht werde es natürlich für die Sowjetunion ein unkalkulierbares Risiko.

Diese Intervention kann vor, während und nach dem Parteikongreß kommen. Wahrscheinlich wird sie im Moment nicht nötig sein. Aber warum? Wegen der äußersten Zurückhaltung, die sich „Solidarność“ gegenwärtig auferlegt. Die Arbeiterbewegung aber könne nicht auf der Stelle treten. Dazu eben braucht es die Arbeiterselbstverwaltung, die Arbeiterräte. Darum werde es übrigens auch eine größere Auseinandersetzung in Solidarność selbst geben – die sei praktisch schon im Gange. Einige wollten auch auf lange Sicht zurückstecken, gerade in dem Punkt. Der Klerus dränge in die Richtung – nun ja. Die Pro-

tretung von Frauen in den Betriebsräten so problemlos sei, als daß es sich nicht lohne, hier ein Wort darüber zu verlieren.

Wir kritisieren damit das Gleiche, was wir auch schon bei der haltlosen Berichterstattung zur Metalltarifauseinandersetzung festgestellt haben, daß immer nur die Oberfläche gesehen wird, immer das, was manifest ist, nicht das was ursächlich, was zugrunde liegt ...

E., Ludwigsburg

Fortsetzung von Seite 3

Maschinengestampfe, Fabrik- und Polizeisirene in einem. Schauspieler rezitieren Gedichte, Vers für Vers rollt wie in Salven über einen atemlosen Platz. Die Tribüne ist umlagert von einem Kranz gestickter Fahnen, getragen von Delegationen der Betriebsorganisationen von Solidarność, die aus allen Landesteilen hergeströmt sind. Erst für den zweiten Akt erscheint die hohe Geistlichkeit. Wir lassen uns in der Schar der Photoreporter vor den winkenden Kardinälen mittreiben ins Zentrum der Feier, vor die Tribüne, die von weihrauchschwenkenden Chorknaben und lilanen Würdenträgern feierlich okkupiert und ausgefüllt wird. Von „Freiheit, Recht und Brot“, wie die Festlosung heißt, handelt Kardinal Marcharski in seiner Predigt, mehr eine politische Rede, oft von Beifall unterbrochen. Wie die Schauspieler vorher, spricht er ein unglaublich artikuliertes, jedes Wort genau formendes, fast singendes Polnisch. (Wie das nur die revolutionären Musternationen können, so die Franzosen.)

Dieser katholische Ritus ist hier der einer Massenbewegung. Und das ist sein Geheimnis. Hier wird etwas, was *allen heilig* ist, zelebriert. Die Standarten der Solidarność und die aufgestellten Feldkreuze und geschwenkten Weihrauchtöpfe auf der Bühne geben im Zwielicht eine fast unwirkliche Szenerie ab. Auch in den Gebeten herrscht Maria, die Mutter Polens, vor. Als virtuoser Lenker der Menge, die einen einzigen großen Chor bildet, betätigt sich ein dicklicher Priester in kurzem weißem Hemd: Heilig, Heilig, Heilig! Dem alten Bergarbeiter neben mir, mit seinem schäbig vergilbten Orden auf der aufgebürsteten schwarzen Uniform, schimmert es in den Augen, als die Fahnen gesenkt und geweiht werden.

Dann plötzlich hinten in der Menge Unruhe, laute Rufe, Klatschen, das sich fortsetzt, ein 20000faches Getuschel – dann kommt durch die sich teilende Menge, wie Moses durchs Rote Meer, trockenen Fußes im Eilschritt (wie immer) Lech Walesa mit Leibgarde gelaufen, Fäuste überm Kopf schüttelnd, geht nach vorn, begrüßt die Geistlichkeit. Und hat das Schlußprogramm schon durcheinander gebracht. Die Kundgebung ist für beendet erklärt – und dann ist er plötzlich auf die Tribüne gesprungen und hält eine improvisierte Rede, mit seiner rauhen, trockenen, aufwühlenden Stimme, in abgehackten Sätzen. Immer wieder „konterrevolutionär“, „anarchistisch“, „antisozialistisch“ – es geht um die Angriffe auf Solidarność. Walesa ermahnt die Anwesenden eindringlich, sich auf keinerlei Provokation, wenn sie geplant sein sollte, einzulassen. Ein ungewöhnlicher, die Leute sichtbar irritierender Abschluß. Noch stummer als auf dem Herweg strömen sie zurück. Die Miliz bleibt in den Seitenstraßen.

Sonntag, 28. Juni

Am frühen Morgen schon hat sich der Festplatz gefüllt. Um 10 Uhr ist die Menge unübersehbar. Einige Transparente: „Nie wieder soll ein Pole auf einen Polen schießen“. Auch: „Nieder mit dem Stalinismus!“ Die Szene ist auch hier wieder geschichtsbeladen. Das neue Denkmal – zwei Kreuze, die durch Taue verbunden sind (oder sind es antike Leichentücher?), davor der stilisierte Kopf des Adlers – steht neben der eindrucksvollen düsteren Statue von Mickiewicz, dem polnischen Nationaldichter. Auf diesem Platz fielen 1956 Schüsse, floß Blut.

Nach Musik und Rezitationen zu Beginn spricht der Arbeiter Matejka, – auf Krücken hochgeführt –; er hatte 1956 die Delegation der Cegielski-Arbeiter angeführt und war dafür ins Gefängnis geworfen worden. Er sagt: die Toten von 1956 haben der Bewegung von 1980 den Weg geebnet. – Dann Walesa. Eilt im Laufschritt hinauf, spricht wie immer völlig frei, wie improvisiert, und keine fünf Minuten lang. Wieder geht es darum, wie die polnischen Arbeiter beschimpft und verleumdet worden sind und es noch immer werden – jeder weiß, vovon er spricht. Und als er sagt: Solidarność wird immer gegen Ungerechtigkeit und Diktatur kämpfen, und damit von der Bühne geht, bleibt dieser letzte Satz schroff im Raum stehen, bis zögernd und dann umso stärker der Beifall einsetzt.

Wieder, noch opulenter als am Vortag, das Schauspiel und der Ritus der Messe. Wieder klingen diese Choräle mehr wie patriotische Kampflieder und sind es wohl auch. Vor allem die „Boguridza“, mit der alle polnischen Armeen, seit der Schlacht gegen die Deutschherrenritter, vor den Feind gezogen sind. In endloser Reihe ziehen wiederum die Betriebsdelegationen der „Solidarność“, aber auch Bauern mit geradegeschmiedeten Sensen in traditioneller Tracht und Gruppen von Pfadfindern, einzeln und feierlich vor das Monument und senken dort dreimal ihre Fahne zum Schwur. Das ist wie ein Appell vor der letzten Schlacht; und soll es wohl sein.

Unter denen, die ihre Fahnen vor dem Denkmal senken, sind – mit demonstrativem Beifall, aber auch Oho!-Rufen bedacht – einige Parteigrundorganisationen der PVAP. Und nicht wenige der Traditionsfahnen der Arbeiter, die dabei sind, tragen ihr „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Wieder das verwirrende Schauspiel von Altem, Überkommenem, und Modernem, neu Geschaffenem, in den Formen wie den Inhalten. Weiß der Teufel, was diese Pfadfinder mit den Lilien-Emblemen, angeführt von etlichen zerknitterten, dickleibigen, kurzbehosten alten Häuptlingen, für eine Tradition haben. Sicher keine übermäßig fortschrittliche. Aber hier sind sie Teil einer Front für Demokratie und Unabhängigkeit, die von der Arbeiterbewegung geführt wird, und darin gewinnen die tiefernsten, unmöglich uni-



formierten Jungen und Mädchen, die einen mit prallen Kaki-Shorts, die andern mit züchtigen, überknielangen grauen Röcken, wieder ein neues sympathisches Gesicht.

Gespräch mit H.

H., mit dem ich in Warschau spreche, ist einer der alten Widersacher des Regimes seit der demokratischen (und sozialistischen!) Bewegung von 1968. Er ist nervös und übermüdet. Jetzt, sagt er, *jetzt* muß es gelingen, ein System der Arbeiterselbstverwaltung als einen realen Faktor wirtschaftlicher und damit auch politischer Macht zu installieren. Am 12./13. Juli, also unmittelbar vor Beginn des Parteikongresses der PVAP, sind die provisorischen Betriebsräte aus ganz Polen zu einem Kongreß nach Lublin zusammengetrommelt. Die ganze Entwicklung stehe jetzt auf Messersschneide. Die Reformbewegung in der Partei, so schwungvoll sie auf der ersten Blick erscheint, habe schon gekuscht. Der Effekt der sowjetischen Drohungen gegen die Partei- und Staatsführung Kania/Jaruzelski ist, daß diese – insofern selbst mit der Drohung der Panzer – die Partei auf einer unbrauchbaren Kompromißlinie wieder in den Griff bekommen hätten. Ein Arrangement zeichne sich schon ab. H. schließt durchaus nicht aus, daß letzlich auch „Solidarność“ in irgendeiner Form „normalisiert“ werden könnte. Man dürfe die Wirkung nicht unterschätzen, die die reine *Untätigkeit* der Regierung für die Menschen und für die Bewegung habe. So oder so werde die Wirtschaftslage noch viel dramatischer als sie schon sei. Der Lebensstandard werde noch um Stufen sinken. Das würde auch so sein, wenn „Solidarność“ selbst bestimmen könnte. So einschneidend würden die notwendigsten Umstrukturierungen sein müssen. Die Frage sei: wer bezahlt? Bzw. was die Arbeiter angeht: für welchen *politischen Preis* werden sie bereit sein können, diese Krise mitauszubaden? Der politische Preis müsse heißen: Arbeiterselbstverwaltung.

Aber mit aller Wahrscheinlichkeit müsse dazu die Blockadepolitik der Regierung *durchbrochen* werden. Und das schließe die reale Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit des Konflikts mit der Sowjetunion ein. Darüber sollte man sich nicht täuschen: die Sowjetunion *habe* die Möglichkeit einer solchen militärischen Lösung. Man dürfe nicht vergessen, daß im Unterschied zur CSSR die sowjetischen Truppen schon im Land und im übrigen auch in Position stünden. Er habe festgestellt, daß die sowjetischen Regimenter vielfach den polnischen Garnisonen nur auf wenige Kilometer Entfernung gegenüber lägen, um sie blitzartig zu entwaffnen. Natürlich, einige würden sich schlagen, es werde auch einigen Volkswiderstand geben. Aber der sei vorerst ohne Chance. Wie die Betriebe verteidigen ohne Gewehre! Die Arbeiter haben keine. Mit Hunger und Militärzwang können sie durchaus niedergehalten werden, jedenfalls zunächst. Auf lange Sicht werde es natürlich für die Sowjetunion ein unkalkulierbares Risiko.

Diese Intervention kann vor, während und nach dem Parteikongreß kommen. Wahrscheinlich wird sie im Moment nicht nötig sein. Aber warum? Wegen der äußersten Zurückhaltung, die sich „Solidarność“ gegenwärtig auferlegt. Die Arbeiterbewegung aber könne nicht auf der Stelle treten. Dazu eben braucht es die Arbeiterselbstverwaltung, die Arbeiterräte. Darum werde es übrigens auch eine größere Auseinandersetzung in Solidarność selbst geben – die sei praktisch schon im Gange. Einige wollten auch auf lange Sicht zurückstecken, gerade in dem Punkt. Der Klerus dränge in die Richtung – nun ja. Die Programmdiskussion verlaufe schleppend, wenig deutlich. Die vorgelegten „Programmthesen“ seien von vielen als „zu gut“ (im Sinne von zu glatt) beurteilt worden, um jetzt die Basis für eine Einheit abzugeben. – H. reibt sich müde die Augen. Er sieht entscheidende Schwierigkeiten kommen, eine gefährliche Gratwanderung.

Rückfahrt

Eineinhalb Stunden muß ich anstehen, um endlich mein Zugticket kaufen zu können. Unfaßbar, welche Verluste an Arbeitszeit, Arbeitskraft, an Lebensenergien dies entnervende Schlangestehen kostet. Vier bis fünf Stunden, schätzt Kuba, braucht seine Mutter *täglich*, um einzukaufen. Die Lastträger sind die Frauen, die doch selbst berufstätig sind. Umso weniger wird natürlich produziert. Alles scheint sich in einem fehlerhaften Kreislauf zu bewegen.

Der Pole neben mir im Zug ist ein 35jähriger Jurist ohne Arbeit; jetzt hat er mit seinem Vater zusammen einen kleinen privaten Gärtnereibetrieb aufgemacht, um zu leben. „Aber was kann man schon produzieren, ohne Saatgut, ohne Dünger?“ Jetzt geht er für zwei Monate nach Westdeutschland arbeiten, ein paar DM verdienen. Als die DDR-Zöllner an der „Grenze der Freundschaft“ ihren ersten barschen Durchgang gemacht haben, zeige ich ihm mein Abzeichen „Poznań – Juni 1956“. Er lächelt trübe: „Hoffentlich brauchen wir nicht irgendwann ein Denkmal für 1981.“

AStA-Wahlen: Gewinne der linksunabhängigen und Fachschafts-Listen

jöf. Im folgenden ein erster – wenn auch unvollständiger – Überblick über die Studentenparlamentswahlen im Sommersemester 1981.

Universität Düsseldorf. Wesentliches hat sich hier nicht geändert. Die beiden großen Gruppierungen – die Unabhängigen-Liste (UL) und der RCDS haben die Zahl ihrer Sitze (UL 7, RCDS 5) gehalten. Die UL ist ein Zusammenschluß von Fachschaften und Fachbereichsgruppen der Medizin, Phil. Fak. und Math. Nat. Fak. Die UL konnten jedoch ihren Stimmenanteil von 35 auf 39% (= 1438) ausdehnen. Die Jusos hingegen verloren 1 Sitz und haben nur noch einen (251 Stimmen), der MSB (406) gewann einen und hat nun zwei, der SHB hat 1 Sitz (312). Der LHV, der 1980 schon keinen Sitz erreichte, kandidierte nicht mehr. Die liberale Aktion, die 1980 1 Sitz erreichte, ging in die Liste „RCDS + unabhängige Demokraten" auf, wodurch der RCDS einen Sitz gewann. Die Wahlbeteiligung sank von 38 (1980) auf 30%, was seine Ursache einmal im späten Wahltermin (kurz vor Semesterende) hat, und darin, daß diesmal keine Wahl zur Ablösung des rechten RCDS-AStA stattfand. Der AStA wird voraussichtlich weiter von UL, MSB, SHB und Jusos gebildet.

Universität Karlsruhe. Auch hier ist deutlich die Tendenz zu verzeichnen, daß die demokratischen, linksunabhängigen Zusammenschlüsse, gestellt von den Fachschaften, stark hinzugewinnen. In Karlsruhe bildet nun die Fachschaftenliste zusammen mit Jusos und SHB den UStA. Der MSB, der seinen Kandidaten für den AStA gegen die FS-Liste stellte, verlor und ist nicht mehr im AStA vertreten.

An der *PH Kiel* wird der AStA von den Fachschaftsgruppen in Koalition mit den Jusos gestellt. Bei der Wahl im SS 1981 fielen 12 Sitze an die Liste der Fachschaftsgruppen und 9 an die Jusos. 75% der Fachschaften haben auf einer einheitlichen Liste kandidiert. Von 1977 bis 1980 wurde der AStA ausschließlich von Jusos gestellt. Im letzten Jahr waren erstmals Fachschaften am AStA beteiligt, die Jusos hatten aber die Mehrheit. Die neue AStA-Koalition sieht ihre Hauptaufgabe derzeit in der Verhinderung der vom Kultusministerium geplanten Einführung des Drei-Fächer-Lehrers. Verstärkt will sie auch das politische Mandat wahrnehmen in Unterstützung des Kampfes gegen die Kriegsgefahr und der Förderung der Solidarität mit dem polnischen Volk.

Technische Hochschule Aachen. Die SP-Wahlen im SS 1981 brachten den Sturz der Reaktionäre (RCDS / SLH) aus dem AStA. Die Liste Unabhängiger Fachschaftler (LUFT) gewann einen Sitz hinzu (1241 Stimmen, 9 Sitze). Die Linke Liste (LiLi), ebenfalls von Fachschaften gestützt, hat 4 Sitze (643). Der MSB gewann 2 Sitze (jetzt 4648 Stimmen), vor allem deshalb, weil Ausländer auf seiner Liste kandidierten, die von ihren Landsleuten gewählt wurden. Der SHB hat 3 Sitze (527), der LHV ebenfalls 3 (537), die Jusos errangen im Gegensatz zum Vorjahr 1 Sitz (270). Der RCDS behielt seine 13 Sitze (1834). Große Verluste mußte der SLH hinnehmen, wodurch sich seine Sitzzahl halbierte (4668). Auseinandersetzungen gibt es um die AStA-Koalition. An die sich bereits abzeichnende Koalititon von LUFT, LiLi und LHV (16 Sitze) versucht vor allem der MSB für eine Beteiligung am AStA für die Fachschaftslisten unannehmbare Bedingungen zu stellen (Anspruch auf 1. AStA-Vorsitzenden, Konsensprinzip etc). Hinzu kommt, daß gerade die LUFT ein klares und bewußtes Programm für den AStA vertritt, was beinhaltet Solidarität mit Polen, Unterstützung des Kampfes für Frieden gegen die beiden Supermächte, gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Ost und West, gegen die Nutzung der Kernenergie usw. Die LiLi hingegen bezieht hier nicht klar Position. Eine Nichtbeteiligung von MSB und SHB wird auf Grund der programmatischen Differenzen von der LUFT favorisiert, die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Bereits sicher ist die Mitarbeit im vds.

Universität Bremen. Hier kandidierten im SS 1981 nur MSB, SHB, Jusos, die bisher auch den AStA stellten, und die Linke Liste, ein Zusammenschluß von Unorganisierten, Fachschaftlern sowie Mitgliedern des Komitees für Demokratie und Sozialismus und des KSB (KBW). Der RCDS, der 1980 mit 56 Stimmen 1 Sitz errang, kandidierte nicht mehr. Der MSB gewann 1 Sitz hinzu (10 Sitze, 559 Stimmen). Der SHB behielt seine 3 Sitze, verlor aber Stimmen. Die Jusos verloren 1 Sitz, haben jetzt 4. Die Linke Liste gewann beträchtlich Stimmen (142 gegenüber 38 beim MSB) und gewann 2 Sitze. Die Wahlbeteiligung sank von 25,2 auf 23,1%. Die Linke Liste will den Kampf gegen die Umstrukturierungs- und Sparmaßnahmen an der Bremer Universität unterstützen, die Solidarität mit Polen fördern und vor allem auch zur Verbindung der demokratischen Bewegung mit der Studentenbewegung beitragen.

An der *FH Koblenz* wird der neue AStA von einer Unabhängigen-Liste in Zusammenarbeit mit der Liste von „2. Semestern Sozialarbeit" gebildet, worin sich der verstärkte Widerstand gegen die verschärften Studienbedingungen ausdrückt. Der AStA tritt für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein und will sich auch mit „Aussperrung, Ökologie, Atomkraft, Rüstung, Berufsverboten, El Salvador und Afghanistan" auseinandersetzen. An der *Uni Marburg* konnte die „Grün-bunt-alternative-Liste" weiter Stimmen gewinnen und stellt weiterhin den AStA. Bei den Senatsastawahlen *Universität Heidelberg* erreichte die Liste für Fachschaften und UStA mit nahezu einer Verdoppelung ihrer Stimmen (von 6825 auf 12209) die absolute Mehrheit.

Wie bereits im Vorjahr drängt die Studentenbewegung verstärkt auf Zusammenschluß in Fachschafts- und linksunabhängigen Listen, die gegen die reaktionären und reformistisch-revisionistischen Verbände kandidieren. Sie haben im größeren Maße Stimmen gewonnen und sind an mehr ASten beteiligt, was in absehbarer Zeit die Verhältnisse im vds, den MSB/SHB zu ihrem Richtungsverband machen wollen, positiv ändern kann. Dies geht einher mit einer bewußteren Herausbildung und Vereinheitlichung auf politischen Programmen, die eben nicht nur Forderungen zur Hochschulausbildung, sondern auch den Zusammenschluß mit der demokratischen Bewegung und insbesondere die Bekämpfung der Kriegsgefahr und ihrer Verursacher, der beiden Supermächte, zunehmend beinhaltet. Ein erster Überblick zeigt bereits mehr oder weniger starke Verluste für die Jusos bei den Wahlen in diesem Semester. (Eine umfassendere Übersicht über die Wahlergebnisse wird im nächsten Materialheft „Hochschule / Studenten" vorgenommen.)



Stuttgart/Karlsruhe. Zum 1.8. werden in Baden-Württemberg mindestens 3500 Lehrer ohne Arbeit sein. Von 5800 Lehramtsbewerbern wurden nur 2200 eingestellt, davon allein 685 Mutterschaftsvertretungen. 975 erhielten einen Zwischenbescheid,d.h. sie können Stellen, die durch Nichtantritt oder Beurlaubungen jetzt frei werden, besetzen, müssen sich aber einem zusätzlichen „Einstellungsgespräch" unterziehen, das die GEW als „dritte Dienstprüfung" chrakterisiert. Landesweite Aktionen führte die GEW diese und vergangen Woche durch. In Stuttgart (Bild) demonstrierten am 4.7. 450. Bereits am 1.7. wurde von über 1000 Lehrern auf einer Personalversammlung eine Protestresolution verabschiedet. In Karlsruhe wurden 400 Unterschriften unter Briefe an Landtagsabgeordnete gesammelt, sowie Stände und Straßentheater durchgeführt. Diese Aktionen sieht die GEW als Vorbereitung für eine landesweite zentrale Demonstration mit dem DGB im Herbst in Stuttgart.

Demonstration und Proteste der Iraner in der BRD

chm. In mehreren Städten der BRD haben Demonstrationen und Aktionen iranischer und deutscher Studenten gegen die Absetzung Bani Sadrs und die blutige Verfolgung der Opposition im Iran stattgefunden.

Hamburg. In Hamburg demonstrierten am Samstag etwa 1000 iranische Studenten in der Innenstadt. Die Forderungen richteten sich gegen die Hinrichtungen der Oppositionellen – bis Samstag waren es ca. 70 – und für die Freilassung von drei Iranern, die sich in Hamburg in Untersuchungshaft befinden. Sie hatten zusammen mit anderen Iranern, insgesamt eine Gruppe von 50, nach Bekanntwerden der Nachricht von den ersten willkürlichen Hinrichtungen in Teheran und anderen Städten sich spontan entschlossen, das iranische Konsulat zu besetzen. Sie ersetzten die Khomeinyporträts durch Porträts der ermordeten Revolutionäre, ehe die Polizei drei von ihnen festnahm. Ihnen wird Körperverletzung, Raub und Freiheitsberaubung vorgeworfen. Inzwischen sind sie in unbefristeten Hungerstreik getreten.

Bremen. Die iranischen Organisationen CIS, CISNU und FIS haben in mehreren Aktionen den Büchertisch der reaktionären islamischen Organisationen UISA, Vereinigung Islamischer

Frankfurt. Der ASTA der Uni Frankfurt hatte zu einer Demonstration am 4.7. aufgerufen. Zur Vorbereitung der Demonstration fand am Abend davor ein Teach-In in der Universität statt. Anwesend bei dem Teach-In waren etwa 150 Leute. Nach den Einleitungsreferaten des ASTA, einer Redakteurin der taz und eines iranischen Komilitonen begann eine spannende Diskussion, in der versucht wurde, solche Fragen zu klären wie z.B. die nach der Massenbasis der IRP, der Lage der Bauern seit dem Sturz des Schahregimes, wie die ökonomische Lage im Iran jetzt aussieht, welche Stellung Bani Sadr zur linken Opposition einnimmt usw. Von den iranischen Organisationen beteiligten sich die Sympathisanten der Volksmoudjahedin und die undogmatische Fraktion der CISNU an der Diskussion. Auch ihre Parolen und Transparente – eindrucksvoll große handgemalte Porträts der ermordeteten iranischen Revolutionäre, so z.B. des Dichters Said Soltanpur – prägten die Demonstration am nächsten Tag, an der sich etwa 800 beteiligten. Die Demonstration führte durch die Zeil, wo viele Leute dem Redebeitrag zuhörten.

Köln: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst wehren sich gegen Stellenstreichung und Sozialabbau

UL, MSB, SHB und Jusos gebildet.

Universität Karlsruhe. Auch hier ist deutlich die Tendenz zu verzeichnen, daß die demokratischen, linksunabhängigen Zusammenschlüsse, gestellt von den Fachschaften, stark hinzugewinnen. In Karlsruhe bildet nun die Fachschaftenliste zusammen mit Jusos und SHB den UStA. Der MSB, der seinen Kandidaten für den AStA gegen die FS-Liste stellte, verlor und ist nicht mehr im AStA vertreten.

An der *PH Kiel* wird der AStA von den Fachschaftsgruppen in Koalition mit den Jusos gestellt. Bei der Wahl im SS 1981 fielen 12 Sitze an die Liste der Fachschaftsgruppen und 9 an die Jusos. 75% der Fachschaften haben auf einer einheitlichen Liste kandidiert. Von 1977 bis 1980 wurde der AStA ausschließlich von Jusos gestellt. Im letzten Jahr waren erstmals Fachschaften am AStA beteiligt, die Jusos hatten aber die Mehrheit. Die neue AStA-Koalition sieht ihre Hauptaufgabe derzeit in der Verhinderung der vom Kultusministerium geplanten Einführung des Drei-Fächer-Lehrers. Verstärkt will sie auch das politische Mandat

ein klares und bewußtes Programm für den AStA vertritt, was beinhaltet Solidarität mit Polen, Unterstützung des Kampfes für Frieden gegen die beiden Supermächte, gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Ost und West, gegen die Nutzung der Kernenergie usw. Die LiLi hingegen bezieht hier nicht klar Position. Eine Nichtbeteiligung von MSB und SHB wird auf Grund der programmatischen Differenzen von der LUFT favorisiert, die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Bereits sicher ist die Mitarbeit im vds.

Universität Bremen. Hier kandidierten im SS 1981 nur MSB, SHB, Jusos, die bisher auch den AStA stellten, und die Linke Liste, ein Zusammenschluß von Unorganisierten, Fachschaftlern sowie Mitgliedern des Komitees für Demokratie und Sozialismus und des KSB (KBW). Der RCDS, der 1980 mit 56 Stimmen 1 Sitz errang, kandidierte nicht mehr. Der MSB gewann 1 Sitz hinzu (10 Sitze, 559 Stimmen). Der SHB behielt seine 3 Sitze, verlor aber Stimmen. Die Jusos verloren 1 Sitz, haben jetzt 4. Die Linke Liste gewann

absolute Mehrheit.

Wie bereits im Vorjahr drängt die Studentenbewegung verstärkt auf Zusammenschluß in Fachschafts- und linksunabhängigen Listen, die gegen die reaktionären und reformistisch-revisionistischen Verbände kandidieren. Sie haben im größeren Maße Stimmen gewonnen und sind an mehr ASten beteiligt, was in absehbarer Zeit die Verhältnisse im vds, den MSB/SHB zu ihrem Richtungsverband machen wollen, positiv ändern kann. Dies geht einher mit einer bewußteren Herausbildung und Vereinheitlichung auf politischen Programmen, die eben nicht nur Forderungen zur Hochschulausbildung, sondern auch den Zusammenschluß mit der demokratischen Bewegung und insbesondere die Bekämpfung der Kriegsgefahr und ihrer Verursacher, der beiden Supermächte, zunehmend beinhaltet. Ein erster Überblick zeigt bereits mehr oder weniger starke Verluste für die Jusos bei den Wahlen in diesem Semester. (Eine umfassendere Übersicht über die Wahlergebnisse wird im nächsten Materialheft „Hochschule / Studenten" vorgenommen.)

Demonstration und Proteste der Iraner in der BRD

chm. In mehreren Städten der BRD haben Demonstrationen und Aktionen iranischer und deutscher Studenten gegen die Absetzung Bani Sadrs und die blutige Verfolgung der Opposition im Iran stattgefunden.

Hamburg. In Hamburg demonstrierten am Samstag etwa 1000 iranische Studenten in der Innenstadt. Die Forderungen richteten sich gegen die Hinrichtungen der Oppositionellen – bis Samstag waren es ca. 70 – und für die Freilassung von drei Iranern, die sich in Hamburg in Untersuchungshaft befinden. Sie hatten zusammen mit anderen Iranern, insgesamt eine Gruppe von 50, nach Bekanntwerden der Nachricht von den ersten willkürlichen Hinrichtungen in Teheran und anderen Städten sich spontan entschlossen, das iranische Konsulat zu besetzen. Sie ersetzten die Khomeinyporträts durch Porträts der ermordeten Revolutionäre, ehe die Polizei drei von ihnen festnahm. Ihnen wird Körperverletzung, Raub und Freiheitsberaubung vorgeworfen. Inzwischen sind sie in unbefristeten Hungerstreik getreten.

Bremen. Die iranischen Organisationen CIS, CISNU und FIS haben in mehreren Aktionen den Büchertisch der reaktionären islamischen Organisationen UISA, Vereinigung Islamischer
Studenten, angeprangert, die die Politik der IRP im Iran öffentlich rechtfertigt und die Morde an den Oppositionellen als Verteidigung des Islam begrüßt. Der Kanzler der Universität hatte vorsorglich die Polizei herbeigerufen. Sie knüppelte auf die iranischen Studenten ein unter dem Vorwand, die Kontrahenten voneinander trennen zu wollen. Anschließend wurde ein Koordinationskomitee aus ausländischen und deutschen fortschrittlichen Organsiationen gegründet, um die UISA politisch zu isolieren und gegen die Politik des ASTA zu protestieren. Der ASTA hatte sich auf Seiten der IRP und der revisionistischen Tudeh-Partei des Iran gestellt und in der Praxis die UISA in Schutz genommen.

Frankfurt. Der ASTA der Uni Frankfurt hatte zu einer Demonstration am 4.7. aufgerufen. Zur Vorbereitung der Demonstration fand am Abend davor ein Teach-In in der Universität statt. Anwesend bei dem Teach-In waren etwa 150 Leute. Nach den Einleitungsreferaten des ASTA, einer Redakteurin der taz und eines iranischen Komilitonen begann eine spannende Diskussion, in der versucht wurde, solche Fragen zu klären wie z.B. die nach der Massenbasis der IRP, der Lage der Bauern seit dem Sturz des Schahregimes, wie die ökonomische Lage im Iran jetzt aussieht, welche Stellung Bani Sadr zur linken Opposition einnimmt usw. Von den iranischen Organisationen beteiligten sich die Sympathisanten der Volksmoudjahedin und die undogmatische Fraktion der CISNU an der Diskussion. Auch ihre Parolen und Transparente – eindrucksvoll große handgemalte Porträts der ermordeteten iranischen Revolutionäre, so z.B. des Dichters Said Soltanpur – prägten die Demonstration am nächsten Tag, an der sich etwa 800 beteiligten. Die Demonstration führte durch die Zeil, wo viele Leute dem Redebeitrag zuhörten.

Köln: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst wehren sich gegen Stellenstreichung und Sozialabbau

sam.Köln. Über tausend Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Köln gingen am 2.7. auf die Straße. Das war eine erste größere Zusammenfassung des Protestes der städtischen Beschäftigten gegen die Sparpläne und die laufenden Rationalisierungsmaßnahmen der Stadt. Die ÖTV hatte zu einer Protestversammlung aufgerufen, weil am gleichen Nachmittag der „Ausschuß Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen" tagte und vorher schon ein Geheimpapier des Hauptamtes (städtisches Planungs- und Rationalisierungsamt) bekannt geworden war, nach dem 625,5 Planstellen gestrichen werden sollten.

Auf dieser Versammlung wurde einstimmig folgende Resolution verabschiedet: „Die Gewerkschaft ÖTV und die Teilnehmer der Prostestveranstaltung fordern die Mitglieder des Rates auf, umgehend die Aufhebung des Einstellungsstopps zu beschließen. Die Mitglieder des Rates sind weiter aufgefordert, – keinen Arbeitsplatzabbau bei der Stadt Köln vorzunehmen, – keine weiteren Mehrbelastungen städtischer Mitarbeiter durch zusätzliche Aufgabenverlagerungen, also schleichende Leistungserhöhungen, vorzunehmen, – auch zukünftig den Kölner Bürgern die Sicherstellung von Sozialleistungen zu gewähren, die modernen pädagogischen, pflegerischen und gesellschaftlichen Vorstellungen entsprechen, ... Die Gewerkschaft ÖTV und die Kolleginnen und Kollegen werden gemeinsam mit den Personalräten entschlossen für ihre Interessen kämpfen, wobei diese Protestversammlung nicht das einzige Mittel sein wird."

Im Anschluß an die Versammlung zogen die Teilnehmer zum Rathaus, um den dort tagenden Ausschuß zur Rede zu stellen. Der aber hatte sich sicherheitshalber einschließen lassen, um ungestört seine Sparpläne beschließen zu können. Über eine Stunde lang wurden daraufhin sämtliche Eingänge des Rathauses belagert. Am nächsten Tag konnte man in der Zeitung lesen, daß der Ausschuß dem Rat empfiehlt, 400 Stellen innerhalb der Stadtverwaltung zu streichen. Gegenüber der geplanten Streichung von 625,5 Stellen ist das ein „Verzicht", d.h. eine Reaktion auf den Widerstand der Beschäftigten.

Schon vorher hatte der Stadtrat Zugeständnisse machen müssen. Zur Vorbereitung der Stellenstreichungen wurde ab 15.5. ein sechswöchiger Einstellungsstopp erlassen und verkündet, daß die Verwaltung eine Rationalisierungskampagne führen würde, die „Aufgabenkritik" getauft wurde. Das sollte 200 unbesetzte Stellen und den Zustand geschaffener Tatsachen bringen. Doch schon am 25.6. mußte der Rat einstimmig den Einstellungsstopp für den Pflegebereich der Krankenanstalten und der Altenheime stoppen. Anlaß dazu war der Hungerstreik von drei Behinderten aus den Riehler Heimstätten und der Protest der Beschäftigten aus dem Krankenhausbereich. Der Verwaltungschef Bosch brachte das in der Presse zum Ausdruck. „Bei Engpässen werde ich einfach einstellen." Diese Teilaufhebung des Einstellungsstopps war ein Teilerfolg der Beschäftigten und Ausdruck der katastrophalen Situation in den Krankenhäusern. Von den 1014 Planstellen im Pflegebereich waren 56 unbesetzt, 43 Kündigungen lagen vor, mit weiteren Kündigungen wurde gerechnet. 25 Pflegerinnen hatten Schwangerschaftsurlaub. Von den 300 Arztstellen sind über 20 unbesetzt.

Diese Personalausdünnung sollte die „Aufgabenkritik" erzwingen, mit dem Ergebnis, daß die Beschäftigten zumindest einer Stellenstreichung keine Widerstand entgegenstellen würden. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. In allen Bereichen schließen sich die Beschäftigten mit Versammlungen, Resolutionen und Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Von den geplanten Streichungen sind vor allem der Sozialbereich mit 172 und der Kulturbereich mit 111,5 Planstellen (zusammen 45,5%) betroffen. Das bedeutet eine drastische Beeinträchtigung des Angebots z.B. in den Kindergärten, dem Jugendbereich, der Alten- und Behindertenpflege u.ä. Das ist der Kern der „Aufgabenkritik" des Rates. Für die Beschäftigten bedeutet sie Rationalisierung und Vergrößerung der Arbeitsbelastung, für die Bevölkerung Streichung von notwendigen Leistungen und Reproduktionsbedingungen.

Am 23.7. will der Rat endgültig entscheiden. Bis dahin gilt es für die Beschäftigten der Stadt, durch Verstärkung des Protestes und der Aktionen den Rat zu zwingen, die Besetzungssperre ganz aufzuheben und keinen Arbeitsplatzabbau zu beschließen.

Veranstaltungen

Kiel
Öffentliches Diskussionsforum: „Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen" (Kommunismus und Klassenkampf 6/81) und „Imperialismus, Sozialimperialismus und Probleme des Übergangs zum Sozialismus" (KuK 7/81), mit Peter Dobberkau, Mitglied des Ständ. Ausschuß des ZK des KBW
Kiel, Ällerbecker Kegelbahn
Montag, 13. Juli, 19.30 Uhr

Düsseldorf
Fragen zum Thema Imperialismus und Krieg. Diskussionsveranstaltung des KBW Düsseldorf, SP Saal des AStA der Universität Düsseldorf, Universitätsstraße
Samstag, 18. Juli, 15.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch für den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Chancen für ein atomwaffenfreies Europa

Gespräch mit Ken Coates, Direktor der Russell-Peace-Foundation

mab.Bremen. Rund 300 Leute waren zur Veranstaltung der Russell-Gruppe Bremen gekommen, die in Vorbereitung der Ankunft des Friedensmarsches 1981 am 3.7. durchgeführt wurde. Zu Beginn seines Referats entwickelte Ken Coates seine Sichtweise zur Lage Europas und der Europäer. Unter anderem vertrat er den Standpunkt, es gäbe keinen Grund, in Europa einen Krieg zu fürchten, der zwischen den europäischen Mächten ausgetragen werde. Trotzdem aber sei der europäische Kontinent einer der schwerstbewaffneten und waffenstarrendsten Kontinente der Welt, auf dem es mehr als 15000 Atomsprengköpfe gibt. An einem Beispiel versuchte er zu verdeutlichen, daß es bei dieser Bewaffnung nicht um Mittel für die Austragung von europäischen Konflikten geht: Als 1968 die SU in der Tschechoslowakei einmarschierte und damit einen europäischen Konflikt hervorbrachte, reagierten weder die europäischen Mächte noch die USA. Im Gegenteil war festzustellen, daß die USA im voraus genauestens über Einmarschpläne, Truppenstärke etc. informiert waren und nichts unternahmen.

Die Weltlage sei gegenwärtig gefährlich wie nie, und obwohl die Kriegsgefahr nicht von Europa ausgehe, sei Europa doch in diesen Krieg einbezogen. Dies zeige sich z.B. daran, daß vom Boden der BRD eines der größten Manöver der USA in letzter Zeit, der Versuch der Geiselbefreiung im Iran, ausgegangen sei. Dies mache deutlich, wie notwendig ein Zusammenschluß aller Kräfte, international wie in Europa, gegen den Krieg und für den Frieden sei. Gerade in der letzten Zeit zeige sich deutlicher denn je, daß die beiden Supermächte so handelten, als ob sie die Zustimmung ihrer Verbündeten einfach voraussetzen könnten. Weder sei z.B. 1979 der NATO-Nachrüstungsbeschluß noch die Stationierung der SS 20 in den Parlamenten der europäischen Länder diskutiert oder gar entschieden worden, sondern eben von den Supermächten.

Nun höre man, sagte Ken Coates weiter, dies seien notwendige Schritte zur Herstellung des Gleichgewichts und des Ausgleichs von Vorsprüngen.

Die Logik der Abschreckungstheorie sei aber auf beiden Seiten, Ost und West, die gleiche, nämlich Aufrüstung, um im nächsten Fall die „stärkeren Nerven", d.h. die stärkeren Waffenpotentiale zu haben.

Die schon 1955 von Kissinger entwickelte Doktrin des begrenzten Atomkrieges, durch die ermöglicht werden sollte, den Krieg wieder führbar zu machen, ohne die totale Vernichtung hinzunehmen, habe diese Logik nicht außer Kraft gesetzt. Für das hochentwickelte Europa mit seiner dichten Bevölkerung sei dieses Spiel mit Atomwaffen auf jeden Fall tödlich. Und zwar gerade auch trotz des gezielten Einsatzes, der mit der Neu-



Friedensmarsch 81. Für ein atomwaffenfreies West- und Osteuropa marschiert eine skandinavische Fraueninitiative von Kopenhagen nach Paris. 60 – 80 Frauen wollen die ganze Strecke laufen und werden jeweils streckenweise begleitet. Das Ziel ist, am 6. August in Paris ein großes Friedensfestival anläßlich des 36. Jahrestages des Bombenabwurfes auf Hiroshima und Nagasaki zu veranstalten. Am Wochenende waren in Bremen vielerlei Aktionen gegen die Atombewaffnung. Ein Schützenfest in Osterholz wurde – weil unter Teilnehme der amerikanischen Einheit „Hell of Wheels" – mit Farbeiern gestört.

tronenbombe oder den Mittelstreckenraketen propagiert werden soll, da die Sprengkraft einer einzigen solchen Atomwaffe heute z.B. ein Vielfaches der Hiroshima-Bombe ist. Diese Mutation zwischen Atomkrieg und Abschreckung bezeichnete Ken Coates als eine „gegenseitig zugesicherte Vernichtung".

Sicherheit durch Abschreckung, dies enthülle sich als Trugschluß. An einem Beispiel entwickelte Ken Coates eine weitere These. Es handele sich in Wirklichkeit in Ost wie in West für Europa nicht um Bündnisse, sondern um die jeweilige Zugehörigkeit zu Blöcken, in denen die gesamte Verantwortung bei den Supermächten liege. Vor einigen Jahren seien über den Umweg des Verrats von NATO-Plänen an die SU der westeuropäischen Presse Pläne über amerikanische Ziele zum Einsatz von amerikanischen Atomwaffen zugespielt worden. Diese Ziele seien außer mit Zielen in der SU auch u.a. mit 60 Zielen auf das blockfreie Jugoslawien, mit Zielen auf das neutrale Österreich und mit Zielen auf die verbündete BRD angegeben, die beim Vormarsch des Feindes dann ebenfalls zu Zielen des Atomwaffeneinsatzes würden.

Solche Pläne, so Ken Coates, könnten nie von einem europäischen Land aufgestellt werden, sondern nur von solchen Mächten, die ein Gebiet verplanen, das nicht ihr eigenes ist, nämlich die Supermächte. Deshalb sei es notwendig und für Europa wichtiger, dem Beispiel des Ministerpräsidenten von Zimbabwe, Mugabe, zu folgen, der in Reaktion auf die Zündung der ersten südafrikanischen Atombombe die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Afrika erhoben hat. In Europa müsse ein Weg gefunden werden, der vom Einsatz dieser Waffe wegführe.

Die Hoffnung auf ein atomwaffenfreies Europa sei keine undurchdachte oder unvorsichtige Forderung, beendete Ken Coates sein Referat, sondern habe bereits in Europa die politische Bedeutung einer Bewegung. Die Ablehnung der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Holland, Belgien, Skandinavien wie Italien und England seien wichtige Tatsachen in diesem Kampf. So sei auch der Frie-

mit Zielen in der SU auch u.a. mit 60 Zielen auf das blockfreie Jugoslawien, mit Zielen auf das neutrale Österreich und mit Zielen auf die verbündete BRD angegeben, die beim Vormarsch des Feindes dann ebenfalls zu Zielen des Atomwaffeneinsatzes würden.

Solche Pläne, so Ken Coates, könnten nie von einem europäischen Land aufgestellt werden, sondern nur von solchen Mächten, die ein Gebiet verplanen, das nicht ihr eigenes ist, nämlich die Supermächte. Deshalb sei es notwendig und für Europa wichtiger, dem Beispiel des Ministerpräsidenten von Zimbabwe, Mugabe, zu folgen, der in Reaktion auf die Zündung der ersten südafrikanischen Atombombe die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Afrika erhoben hat. In Europa müsse ein Weg gefunden werden, der vom Einsatz dieser Waffe wegführe.

Die Hoffnung auf ein atomwaffenfreies Europa sei keine undurchdachte oder unvorsichtige Forderung, beendete Ken Coates sein Referat, sondern habe bereits in Europa die politische Bedeutung einer Bewegung. Die Ablehnung der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Holland, Belgien, Skandinavien wie Italien und England seien wichtige Tatsachen in diesem Kampf. So sei auch der Frie-
densmarsch der skandinavischen Frauen Repräsentant für dieses Konzept, Mittel und Wege über alle Grenzen hinweg zu finden, die Stationierung zu verhindern und klar zu machen, daß Europa ein Leben vor sich hat.

In der anschließenden Diskussion ging Ken Coates auf die Frage ein, ob nicht die Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa auch zu eng für seine eigene Einschätzung sei, die davon ausgeht, daß es sich um Blöcke handelt, von denen sich Europa lösen müsse. Die Blockfreiheit sei eine tiefe Notwendigkeit für Europa. Aber das Problem sei zunächst, daß es diese Blöcke gibt und ein Weg gefunden werden müsse, der zur langsamen Auflösung dieser Blöcke führt. Dabei sei zu bedenken, daß im Westen häufig angenommen wird, die Länder Osteuropas hätten nicht die Freiheit, aus ihrem Bündnis auszutreten. Selten werde gesehen, daß diese Freiheit auch im westlichen Bündnis nicht gegeben sei. Dagegen könne man keinen ausgeklügelten Plan setzen, z.B. in welchem Verhältnis die Blöcke sich aufzulösen hätten, sondern nur einen subversiven Prozeß, der einem solchen Auflösungprozeß der Blöcke Raum verschaffe. So könne der Blockaustritt letztendlich nicht die alleinige Entscheidung eines Landes sein, sondern er setze einen internationalen Prozeß und die Bewegung der europäischen Völker voraus. Da die Supermächte dabei den Schlüssel in der Hand hielten, sei die Frage der Verhinderung der Stationierung von Atomwaffen und die atomare Entwaffnung der Supermächte eine Schlüsselfrage für die Erreichung der Blockfreiheit.

In einem Gespräch mit Ken Coates versuchten wir, diesen Fragen weiter nachzugehen. Zu dem Verhältnis zwischen der Forderung nach Blockfreiheit und der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa führte Ken Caotes aus, die Atomwaffe selber bedeute Vernichtung, und damit sei jedes weitergehende positive Ziel selbst ausgelöscht. Man könne sich darüber weiter unterhalten, wenn diese gefährliche Waffe beseitigt sei. Bei Erreichung *dieses* Zieles sehe er selbst schon so etwas erreicht, wie eine de facto Blockfreiheit. Zumindest würde dies ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen den Supermächten und den kleineren europäischen Mächten ergeben. Zwar seien die Bündnisse damit noch nicht abgeschafft und bestünden noch, doch seien sie dann seiner Meinung nach schon verändert.

Auf die Frage, ob das Argument, das gerade auch von seiten des Bundeskanzlers Schmidt oft genannt wird; nämlich daß die BRD ohne Stationierung der Mittelstreckenraketen erpreßbar sei, nicht auch für ein atomwaffenfreies Europa gegenüber den beiden Supermächten zuträfe, ging Ken Coates im weiteren ein. Ebenfalls auf unseren Einwand, ob nicht z.B. ein Einmarsch in Polen von seiten der SU ein Schlag für die Friedensbewegung insofern bedeute, als eine Abschreckung gegenüber der SU seitens des Westens plausibler erscheine und somit die Front gegen die Stationierung der US-

heit und der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa führte Ken Caotes aus, die Atomwaffe selber bedeute Vernichtung, und damit sei jedes weitergehende positive Ziel selbst ausgelöscht. Man könne sich darüber weiter unterhalten, wenn diese gefährliche Waffe beseitigt sei. Bei Erreichung *dieses* Zieles sehe er selbst schon so etwas erreicht, wie eine de facto Blockfreiheit. Zumindest würde dies ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen den Supermächten und den kleineren europäischen Mächten ergeben. Zwar seien die Bündnisse damit noch nicht abgeschafft und bestünden noch, doch seien sie dann seiner Meinung nach schon verändert.

Auf die Frage, ob das Argument, das gerade auch von seiten des Bundeskanzlers Schmidt oft genannt wird; nämlich daß die BRD ohne Stationierung der Mittelstreckenraketen erpreßbar sei, nicht auch für ein atomwaffenfreies Europa gegenüber den beiden Supermächten zuträfe, ging Ken Coates im weiteren ein. Ebenfalls auf unseren Einwand, ob nicht z.B. ein Einmarsch in Polen von seiten der SU ein Schlag für die Friedensbewegung insofern bedeute, als eine Abschreckung gegenüber der SU seitens des Westens plausibler erscheine und somit die Front gegen die Stationierung der US-
Mittelstreckenraketen ins Wanken gerate. Natürlich könne man diese Frage der Erpreßbarkeit nicht deutlich genug stellen und hinterfragen. Man müsse aber gleichzeitig dabei untersuchen, warum man erpreßbar sei. Dabei sei zu untersuchen, welche Klassen- und Kräfteverhältnisse in dem jeweiligen europäischen Land herrschen, wer erpreßbar ist und welchen Kräften diese Erpressung nutzt. So sei gerade am Beispiel Polens deutlich, daß ihr Problem nicht darin bestehe, daß Atomraketen auf ihr Land gerichtet seien. Am Beispiel Polens ließe sich aber auch deutlich machen, daß die Polen gegenwärtig in der Lage seien, alle gesellschaftlichen Fragen aufzuwerfen, außer der des Austritts aus dem Bündnis, was darauf hindeute, daß ohne eine Unterstützung der nationalen Bourgeoisie oder relevanter bürgerlicher Kräfte z.B. Blockfreiheit nicht zu erkämpfen sei. Dies sei auch eine starke Begründung dafür, daß auf europäischer Ebene und ausgehend von der Basis eine solche Bewegung aufgebaut werden müsse, die die Bedigungen für Blockfreiheit schaffen könne.

Was Bundeskanzler Schmidt angehe, so habe dieser wohl bald die Antwort zu geben, ob er alle Atomwaffen auf dem Boden der BRD stationieren wolle, wenn in Holland, Belgien und den skandinavischen Ländern die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen abgelehnt würde und von einer starken Bewegung in Italien, wie auch von seiten der Labour Party in England, eine Ablehnung zu erwarten sei.

Die Weltlage sei gegenwärtig gefährlich wie nie, und obwohl die Kriegsgefahr nicht von Europa ausgehe, sei Europa doch in diesen Krieg einbezogen. Dies zeige sich z.B. daran, daß vom Boden der BRD eines der größten Manöver der USA in letzter Zeit, der Versuch der Geiselbefreiung im Iran, aus-

bar zu machen, ohne die totale Vernichtung hinzunehmen, habe diese Logik nicht außer Kraft gesetzt. Für das hochentwickelte Europa mit seiner dichten Bevölkerung sei dieses Spiel mit Atomwaffen auf jeden Fall tödlich. Und zwar gerade auch trotz des gezielten Einsatzes, der mit der Neu-

tung".

Sicherheit durch Abschreckung, dies enthülle sich als Trugschluß. An einem Beispiel entwickelte Ken Coates eine weitere These. Es handele sich in Wirklichkeit in Ost wie in West für Europa nicht um Bündnisse, sondern um die jeweilige Zugehörigkeit zu Blöcken, in

Justizrache wegen Brokdorf

Immerhin: Mordvorwurf fallengelassen / Strafanzeigen gegen Gewerkschafter

bag.Bremen. Seit über 12 Wochen sitzt Michael Duffke aus der BBA in Itzhoe in Untersuchungshaft, festgenommen wegen Mordversuchs an einem Polizisten aus einem Sondereinsatzkommando (SEK) bei der Demonstration der 100000 in Brokdorf – der „Vorfall am Graben".

Was war vorgefallen? An der B 431, nordöstlich vom Baugelände, war der SEK-Mann Schütt, beauftragt mit Festnahme im Schutz knüppelnder Bereitschaftspolizisten, nach einer übereifrigen Jagd auf einen Demonstranten in einen knietiefen Wassergraben gefallen. Als er dort weiter auf den Demonstranten einschlug, erhielt er u.a. einige Schläge mit einem Holzknüppel auf den Helm und mit der flachen Seite einer Schaufel. Anschließend halfen

sen seit dem 4.3.81, daß Schütt bei dem Vorfall im Graben keine nachweisbaren Verletzungen erlitt und am 14.3.81 aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Mit der Behauptung, er sei im Graben durch Knüppel und Schaufel lebensgefährlich verletzt worden, erreichen sie, daß am 14.3.81 mit einem Foto der „Schläger vom Graben" in Presse und Fernsehen bundesweit gefahndet wird. Trotz der 5000 DM Belohnung gab es nach Berichten der Verteidiger nur anonyme Anrufe. Die Fahndungsfotos mußte sich die Staatsanwaltschaft unter Androhung von Beugehaft gegen den Fotografen und mittels Durchsuchung eines Anwaltsbüros beschaffen.

Eine Sonderkommission der Kripo

den Behandlung") erlitten habe. Geplant ist ein entsprechender Schauprozeß. Indessen wird Brokdorf weitergebaut.

In der Weberstraße prangt eine Inschrift „Brokdorf 81: Michael Duffke wurde eingeknastet, um die ganze Anti-AKW-Bewegung einzuschüchtern. Soliarität heißt: unser Kampf geht weiter!" Eben darum ist es auch wichtig, daß Michael Duffke bald freikommt. Wer ihm schreiben will: JVA Itzehoe, Bergstr. 5, 2210 Itzehoe.

Strafanzeigen gegen Gewerkschafter vom „Arbeitskreis Leben"

edd. Hamburg. Nachdem schon meh-

Justizrache wegen Brokdorf

Immerhin: Mordvorwurf fallengelassen / Strafanzeigen gegen Gewerkschafter

bag.Bremen. Seit über 12 Wochen sitzt Michael Duffke aus der BBA in Itzhoe in Untersuchungshaft, festgenommen wegen Mordversuchs an einem Polizisten aus einem Sondereinsatzkommando (SEK) bei der Demonstration der 100000 in Brokdorf – der „Vorfall am Graben".

Was war vorgefallen? An der B 431, nordöstlich vom Baugelände, war der SEK-Mann Schütt, beauftragt mit Festnahme im Schutz knüppelnder Bereitschaftspolizisten, nach einer übereifrigen Jagd auf einen Demonstranten in einen knietiefen Wassergraben gefallen. Als er dort weiter auf den Demonstranten einschlug, erhielt er u.a. einige Schläge mit einem Holzknüppel auf den Helm und mit der flachen Seite einer Schaufel. Anschließend halfen ihm andere Demonstranten aus dem Graben. Als die Polizei den hinter die Linien geratenen winkenden Kollegen nicht holen wollte, sondern mit massivem Tränengasgranateneinsatz in die Demonstranten schoß, kriegte auch Schütt von wütenden Demonstranten – inzwischen ohne Helm – eins übergebraten und ging zu Boden. Benommen und aus dem Ohr blutend wurde er zu einer nahen Sanitätsstation der AKW-Gegner gebracht und ärztlich versorgt. Der Verdacht auf Schädelbasisbruch durch den zweiten Vorfall) bestätigte sich schon am Abend des 28.2.81 nicht. Festgestellt wurde eine allenfalls leichte Gehirnerschütterung und Schädelprellung. Später wurde behauptet, es habe auch Lebensgefahr wegen Unterkühlung bestanden. Die Ärzte auf der Sani-Station hatten bereits um 16.30 Uhr einen Hubschrauber bei der Polizei zum Weitertransport angefordert. Trotz mehrmaliger Anmahnung kam der aber erst gegen 18 Uhr (vorher mußten Tieffliegerangriffe auf die abziehenden Demonstranten geflogen werden!) und flog dann auch noch erst zum Bauplatz, so daß Schütt – der schließlich selber in den Graben gefallen war – erst um 18.30 Uhr in die Klinik kam, aus rein polizeiinternen Gründen

Schütt war noch nicht im Krankenhaus, als durch die Medien kam, die Demonstranten hätten ihn als Geisel genommen. Sollte das den Schußwaffeneinsatz vorbereiten?

Polizei und Staatsanwaltschaft wissen seit dem 4.3.81, daß Schütt bei dem Vorfall im Graben keine nachweisbaren Verletzungen erlitt und am 14.3.81 aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Mit der Behauptung, er sei im Graben durch Knüppel und Schaufel lebensgefährlich verletzt worden, erreichen sie, daß am 14.3.81 mit einem Foto der „Schläger vom Graben" in Presse und Fernsehen bundesweit gefahndet wird. Trotz der 5000 DM Belohnung gab es nach Berichten der Verteidiger nur anonyme Anrufe. Die Fahndungsfotos mußte sich die Staatsanwaltschaft unter Androhung von Beugehaft gegen den Fotografen und mittels Durchsuchung eines Anwaltsbüros beschaffen.

Eine Sonderkommission der Kripo fahndete nach den „Mördern". Am 27.3. verhaftete sie Markus Mohr – mitten im Abitur aus Brunsbüttel, am 31.3. Michael Duffke („den Mann mit dem Knüppel") aus Bremen. Seither sitzt Michael in Itzehoe in Untersuchungshaft. Die Haftgründe sind fadenscheinig. So soll Michael Duffke in den Wochen vor seiner Festnahme 4 verschiedene Wohnungen gehabt haben, womit der Haftrichter den Eindruck erhalten will, er sei ein unsteter Herumtreiber und Berufsdemonstrant. Tatsächlich hat er im Herbst letzten Jahres seine Arbeit in Kiel aufgegeben, um mehr bei seiner Freundin in Bremen sein zu können, und mit ihr eine gemeinsame Wohnung angemietet. Bis zum Umzug blieb er bei ihr und sein Zeug teilweise in Kiel, um es nicht nochmal zwischenlagern zu müssen. Die Verteidigung präsentierte einen Arbeitsvertrag; der Haftrichter wirft ihm weiter die Arbeitslosigkeit als Bauarbeiter über den Winter vor! Der Staatsanwalt sieht Fluchtgefahr darin, daß Michael eine hohe Strafe zu erwarten habe, weil das Ermittlungsverfahren in der Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt hätte. So soll das Manöver nicht nur die Haft, sondern gleich noch das Urteil rechtfertigen.

Inzwischen wurde der Mordvorwurf fallengelassen. Zäh halten aber Staatsanwaltschaft und Haftrichter gegen die bisherigen Ermittlungsergebnisse daran fest, daß Schütt durch die Schläge mit Knüppel und Schaufel im Graben eine gefährliche Körperverletzung („mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung") erlitten habe. Geplant ist ein entsprechender Schauprozeß. Indessen wird Brokdorf weitergebaut.

In der Weberstraße prangt eine Inschrift „Brokdorf 81: Michael Duffke wurde eingeknastet, um die ganze Anti-AKW-Bewegung einzuschüchtern. Soliarität heißt: unser Kampf geht weiter!" Eben darum ist es auch wichtig, daß Michael Duffke bald freikommt. Wer ihm schreiben will: JVA Itzehoe, Bergstr. 5, 2210 Itzehoe.

Strafanzeigen gegen Gewerkschafter vom „Arbeitskreis Leben"

edd. Hamburg. Nachdem schon mehrere hundert Bußgeldbescheide gegen Brokdorfdemonstranten verhängt worden sind – darunter SPD-Landtagsabgeordnete, Stadträte der Grünen, Leute aus Bürgerinitiativen und selbst CDUler –, bedroht die Justiz jetzt mehrere Hamburger Gewerkschafter mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen. Sie waren beim Lautsprecherwagen des Aktionkreises „Arbeitskreis Leben, Gewerkschafter gegen Atom" festgenommen worden, nachdem dieser bereits von der Kundgebung am Bauplatz auf dem Rückweg nach Wilster war. IG Druck und Papier und GEW hatten offiziell zur Brokdorfdemonstration aufgerufen; 1600 Vertrauensleute und Betriebsräte hatten einen Aufruf gegen das AKW in Brokdorf in der „Morgenpost" veröffentlicht. Mit der Strafanzeige, die schwere Anklagen wegen gefährlicher Körperverletzung, Eingriff in den Straßenverkehr, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Nötigung, schweren Landfriedensbruch u.a. nach sich ziehen kann, soll jetzt gezielt gegen die Gegner des Kernenergieprogramms in den Gewerkschaften vorgegangen werden. Die Ortsdelegiertenversammlung der IG Drupa fordert für ihre betroffenen Mitglieder Rechtsschutz. Der AKL organisiert bundesweit die Solidarität unter Gewerkschaftern. (Solidaritätskonto: Michael Petersen, Postscheckamt Hamburg, Konto 138478 – 208, BLZ 20010020. – Nähere Informationen: AKL Hamburg, M. Petersen, Gustav Falke Str. 2, 2000 HH 13, Tel. 040/443946)

Umschichtungen innerhalb des Hanoier Regimes

lup. Mit dem Inkrafttreten der im Dezember 1980 verabschiedeten neuen vietnamesischen Verfassung ist eine Umbildung der Führungsspitze des Hanoier Regimes vorgenommen worden. Die Verfassug sieht die Einrichtung eines Staatsrats vor, der über dem Ministerrat steht. Vorsitzender des Staatsrats wurde Troung Chinh, bisher Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung. Der bisherige Ministerpräsident Pham van Dong bleibt Vorsitzender des Ministerrats. Parteivorsitzender ist nach wie vor Le Duan. Nichts abgekriegt bei der Postenschieberei hat offenbar der frühere Verteidigungsminister und Führer der Schlacht bei Dien Bien Phu, General Giap. Giap ist innerhalb des Politbüros zuständig für das vietnamesische Besatzungsregime in Kampuchea. Die sich immer deutlicher abzeichnende Niederlage der vietnamesischen Besatzertruppen hat offenbar innerhalb der vietnamesischen Führung den Stern Giaps sinken lassen.

Putschisten vom 23. Februar sollen vor Gericht

chm. Die spanische Regierung hat nach langem Zögern beschlossen, den 288 Mitgliedern der Guardia Civil, deren Beteiligung am Putschversuch vom 23.2. erwiesen ist, den Prozeß zu machen. Die Regierung hatte zuerst 11 Putschteilnehmer aussortiert, die sie als die „Aktivisten" bezeichnet hatte. Jetzt sollen alle vor Gericht kommen. Offensichtlich scheint es eine Abmachung zwischen Tejero und der Regierung zu geben, daß die an dem Putsch beteiligten Offiziere einem höheren Offizier ihrer Waffengattung übergeben werden, daß die Soldaten und Unteroffiziere von der Verantwortung entlassen werden. Die Regierung will sich an diese Abmachung nicht halten, da sie unter Druck erfolgt sei. Es hagelt schon Proteste von Teilen des Offizierskorps, daß „wie üblich demokratische Regierungen keine Ehre hätten und wortbrüchig" seien. Die Putschversuche der Streitkräfte, die seit dem Februar praktisch nicht aufgehört haben, waren der Anlaß für die spanische Regierung, doch noch diesen Prozeß anzukündigen und sich nicht an die Abmachung mit Tejero zu halten.

Reichlich Bewegung in der englischen Irland-Politik

thf. Die Thatcher-Regierung hat einen Plan vorgelegt, nachdem Irland ein Parlament bekommen soll, das dann zwischen Regierung und den irischen Gemeinderäten steht. Zu diesem Plan will die britische Regierung Gespräche mit den nordirischen Parteien führen. Paisely, Führer der nordirischen Reaktionäre, hat diesen Plan allerdings

chen. Die Regierung hatte zuerst 11 Putschteilnehmer aussortiert, die sie als die „Aktivisten" bezeichnet hatte. Jetzt sollen alle vor Gericht kommen. Offensichtlich scheint es eine Abmachung zwischen Tejero und der Regierung zu geben, daß die an dem Putsch beteiligten Offiziere einem höheren Offizier ihrer Waffengattung übergeben werden, daß die Soldaten und Unteroffiziere von der Verantwortung entlassen werden. Die Regierung will sich an diese Abmachung nicht halten, da sie unter Druck erfolgt sei. Es hagelt schon Proteste von Teilen des Offizierskorps, daß „wie üblich demokratische Regierungen keine Ehre hätten und wortbrüchig" seien. Die Putschversuche der Streitkräfte, die seit dem Februar praktisch nicht aufgehört haben, waren der Anlaß für die spanische Regierung, doch noch diesen Prozeß anzukündigen und sich nicht an die Abmachung mit Tejero zu halten.

Reichlich Bewegung in der englischen Irland-Politik

thf. Die Thatcher-Regierung hat einen Plan vorgelegt, nachdem Irland ein Parlament bekommen soll, das dann zwischen Regierung und den irischen Gemeinderäten steht. Zu diesem Plan will die britische Regierung Gespräche mit den nordirischen Parteien führen. Paisely, Führer der nordirischen Reaktionäre, hat diesen Plan allerdings
schon schroff abgelehnt. Bedeutend weitergehende Zugeständnisse an die Forderungen der irischen Patrioten will die Labour-Party. Eine innerparteiliche Kommission hat ein Papier vorgelegt, nachdem Nordirland zwar weiterhin zu Großbritannien gehören, die katholische Minderheit an der Regierung des Landes aber mehr mitwirken soll, und in dem davon die Rede ist, daß Irland politisch zur Republik Irland gehöre. Davon abweichend hat der Labour-Politiker und frühere Premierminister Großbritanniens, Callaghan, gefordert, Nordirland müsse das Recht auf staatliche Unabhängigkeit haben, und für die Protestanten in Nordirland müsse es die Möglichkeit geben, weiterhin Bürger Großbritanniens zu bleiben. Der Führer des linken Labour-Flügels, Benn, hat den Beginn des Truppenabzugs aus Nordirland gefordert.

Fehlgeschlagene revolutionäre Offensive in El Salvador

ddp/f. Die Offensive der Guerillaorganisationen in El Salvador gegen die Küstenstadt La Unioń ist Ende Juni weitgehend zum Erliegen gekommen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums des Regimes erklärte am 30. Juni, die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti FMLN habe ihre Einheiten aus dem Gebiet zum größten Teil wieder abgezogen. Reisende bestätigten, daß es am Dienstag nur noch vereinzelte Gefechte in der Umgebung der Stadt gegeben habe, auf die die Befreiungsbewegung am Wochenende zuvor ihren größten Angriff seit der steckengebliebenen Generaloffensive vom Januar gestartet hatte. Die amerikanische Botschaft in El Salvador teilte mit, die Zahl der US-Militärberater werde reduziert. 56 Berater wolle sie abziehen, hatte die amerikanische Regierung ursprünglich angekündigt, 14 Hubschrauberpiloten sollen in Kürze abgezogen werden.

Treffen zwischen der KPI und der KP Spaniens

chm. Parteidelegationen der KPI und der PCE unter der Leitung beider Parteisekretäre, Berlinguer und Carrillo, trafen sich Ende Juni zu Beratungen in Rom. Die Abschlußerklärung bekräftigt die Ablehnung jeder ausländischen Einmischung in Polen, sie bestätigt die Forderung beider Parteien nach sofortigem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und fordert das Selbstbestimmungsrecht für das Volk in der Westsahara unter Führung der F.POLISARIO. Die KPI und die PCE lehnen einen Eintritt Spaniens in die NATO ab, weil er die Spannungen im Mittelmeergebiet nur erhöhen würde. Sie fordern sofortige Verhandlungen über die Stationierung der Mittelstreckenraketen, um ihre Stationierung in den westeuropäischen Ländern zu verhindern. Den Wahlsieg Mitterrands und die Ernennung von vier Mitgliedern der KPF zu Ministern bewerten sie als Erfolg der Linkskräfte in West-

gebliebenen Generaloffensive vom Januar gestartet hatte. Die amerikanische Botschaft in El Salvador teilte mit, die Zahl der US-Militärberater werde reduziert. 56 Berater wolle sie abziehen, hatte die amerikanische Regierung ursprünglich angekündigt, 14 Hubschrauberpiloten sollen in Kürze abgezogen werden.

Treffen zwischen der KPI und der KP Spaniens

chm. Parteidelegationen der KPI und der PCE unter der Leitung beider Parteisekretäre, Berlinguer und Carrillo, trafen sich Ende Juni zu Beratungen in Rom. Die Abschlußerklärung bekräftigt die Ablehnung jeder ausländischen Einmischung in Polen, sie bestätigt die Forderung beider Parteien nach sofortigem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und fordert das Selbstbestimmungsrecht für das Volk in der Westsahara unter Führung der F.POLISARIO. Die KPI und die PCE lehnen einen Eintritt Spaniens in die NATO ab, weil er die Spannungen im Mittelmeergebiet nur erhöhen würde. Sie fordern sofortige Verhandlungen über die Stationierung der Mittelstreckenraketen, um ihre Stationierung in den westeuropäischen Ländern zu verhindern. Den Wahlsieg Mitterrands und die Ernennung von vier Mitgliedern der KPF zu Ministern bewerten sie als Erfolg der Linkskräfte in West-
europa. Sie betonen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen kommunistischen, sozialistischen aber auch anderen fortschrittlichen Kräften.

Karmal und Regierung in Kabul eingebunkert

Kämpfe in 23 von 29 Provinzen / SU erhöht Zahl der Soldaten um 30000



chm. Seit Beginn der Schneeschmelze in Afghanistan hat sich die Kampftätigkeit der Moudjahedin gegen die russischen Besatzertruppen erhöht. Vor allem in den Grenzprovinzen zur SU und im Süden häufen sich die Berichte über die militärischen Aktionen. Eine neue Front ist eröffnet worden im Westen des Landes, an der afghanisch-iranischen Grenze in der Provinz Herat. Da die russischen Truppen und die afghanische Regierung nur die Kontrolle über die großen Städte haben und teilweise auch über die sie verbindenden Straßen, konzentriert sich der Angriff der Moudjahedin auf die Städte. Die letzten Berichte vom 2.7. vermelden, daß sie immer noch Teile der zweitgrößten Stadt des Landes, Kandahar, 500 km südlich von Kabul gelegen, kontrollieren, ebenso Teile von Herat, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Westen. Der Kampf um diese beiden Städte geht schon seit März. Die Taktik der Guerilla ist: Umzingelung der Städte, Angriff auf die zentralen und öffentlichen Gebäude, zeitweilige Besetzung, Rückzug und dann erneuter Angriff. Dies ist gekoppelt mit Attentaten auf Vertreter der Regierung, Mitglieder der regierenden Parcham-Fraktion der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, DVAP, Offiziere, Polizei- und Geheimdienstbeamte. Eine bessere Koordinierung im militärischen Bereich zwischen den einzelnen Widerstandsfraktionen scheint zu existieren, auch ist das Niveau der Bewaffnung höher als vor einem Jahr. Immer mehr Abschüsse des sowjetischen Kampfhubschraubers MI 24 werden gemeldet, was sicherlich auch auf die von Ägypten gelieferten SAM 6 und 7 Raketen zurückzuführen ist. In den letzten Wochen hat sich vor allem die Kampftätigkeit in und um Kabul verstärkt.

30000 Soldaten aus der SU zusätzlich eingeflogen

Die Sowjetunion hat die Schneezeit benutzt, um ihre militärischen Stellungen zu festigen. Schweres Kriegsgerät ist eingeflogen worden zur Sicherung der Städte und der Militärstützpunkte in ihrer Nähe. Anfang April wurden zusätzliche 30000 Soldaten nach Afghanistan gebracht. Der größte Teil dieser Truppen ist in und um Kabul stationiert. Vor allem hier sind die russischen Invasoren darauf bedacht, die Kontrolle nicht den unzuverlässigen afghanischen Armeeeinheiten zu überlassen. Aus den festungsmäßig ausgebauten Städten versuchen sie, die Moudjahedin in den Bergen auszuräuchern, durch Flächenbombardements

Regierung, Mitglieder der regierenden Parcham-Fraktion der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, DVAP, Offiziere, Polizei- und Geheimdienstbeamte. Eine bessere Koordinierung im militärischen Bereich zwischen den einzelnen Widerstandsfraktionen scheint zu existieren, auch ist das Niveau der Bewaffnung höher als vor einem Jahr. Immer mehr Abschüsse des sowjetischen Kampfhubschraubers MI 24 werden gemeldet, was sicherlich auch auf die von Ägypten gelieferten SAM 6 und 7 Raketen zurückzuführen ist. In den letzten Wochen hat sich vor allem die Kampftätigkeit in und um Kabul verstärkt.

30000 Soldaten aus der SU zusätzlich eingeflogen

Die Sowjetunion hat die Schneezeit benutzt, um ihre militärischen Stellungen zu festigen. Schweres Kriegsgerät ist eingeflogen worden zur Sicherung der Städte und der Militärstützpunkte in ihrer Nähe. Anfang April wurden zusätzliche 30000 Soldaten nach Afghanistan gebracht. Der größte Teil dieser Truppen ist in und um Kabul stationiert. Vor allem hier sind die russischen Invasoren darauf bedacht, die Kontrolle nicht den unzuverlässigen afghanischen Armeeeinheiten zu überlassen. Aus den festungsmäßig ausgebauten Städten versuchen sie, die Moudjahedin in den Bergen auszuräuchern, durch Flächenbombardements



die Bauern der umliegenden Dörfer zu vertreiben, um die Bewegungsfreiheit und die Versorgung der Kämpfer einzuschnüren. Die Zahl der Flüchtlinge hat in Pakistan die 2 Mio. inzwischen überschritten, in Bezug auf den Iran schwankt die Gesamtzahl zwischen 900000 und 1,2 Mio. Die Zahl der russischen Sodaten beträgt inzwischen über 100000. Nach eigenen Schätzungen bräuchte die SU mindestens 300000 Soldaten, um die Widerstandsbewegung zerschlagen zu können, da die Kämpfe sich inzwischen auf 23 der 29 Provinzen des Landes erstrecken.

Die afghanische Armee weiter dezimiert

Allein in den Kämpfen um Kandahar in den vergangenen Wochen sind 1000 Soldaten und Offiziere mitsamt ihrer Ausrüstung desertiert. Das ist die Hälfte der 7. Infanteriedivision, die als eine der besonders zuverlässigen galt und deshalb von Kabul nach Kandahar in den Kampf geschickt worden ist. Inzwischen werden Oberschüler, Studenten und Verwaltungsbeamte in die Armee eingezogen. Die Wehrpflicht ist auf drei Jahre heraufgesetzt und das Wehrpflichtalter auf 16 Jahre gesenkt worden. Die Wehrpflichtigen erhalten einen Sold von 100 Afghani im Monat, das sind 4.50 DM! Wenn sie sich weiter verpflichten, werden sie mit 3000 Afghani geschmiert; als besonders nachahmenswertes Beispiel für die Jugend werden sie in der Presse abkonterfeit. Aber die eigentlichen Profiteure dieser „Volksstreitkräfte" sind die Offiziere. Ein Leutnant bekommt 6000 Afghani, ein Major gar 15000 Afghani – ein Drittel mehr als ein Universitätsprofessor und fünfmal so viel wie ein Lehrer. Das ist offensichtlich nicht ausreichend als Anreiz für die Verteidigung des

auf drei Jahre heraufgesetzt und das Wehrpflichtalter auf 16 Jahre gesenkt worden. Die Wehrpflichtigen erhalten einen Sold von 100 Afghani im Monat, das sind 4.50 DM! Wenn sie sich weiter verpflichten, werden sie mit 3000 Afghani geschmiert; als besonders nachahmenswertes Beispiel für die Jugend werden sie in der Presse abkonterfeit. Aber die eigentlichen Profiteure dieser „Volksstreitkräfte" sind die Offiziere. Ein Leutnant bekommt 6000 Afghani, ein Major gar 15000 Afghani – ein Drittel mehr als ein Universitätsprofessor und fünfmal so viel wie ein Lehrer. Das ist offensichtlich nicht ausreichend als Anreiz für die Verteidigung des
Karmal-Regimes. Seit einem Jahr gelingt es nicht, die Zahl von 30000, auf die die Armee von ursprünglich 85000 gesunken ist, in die Höhe zu treiben.

Der Riß zwischen den beiden Fraktionen der DVAP nicht gekittet

Bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen der Khalqis und Parchamis (Karmal) in der südlichen Stadt Ghazni vergangenen März sollen fünf russische Soldaten getötet worden sein. Die SU setzt seit etwa diesem Zeitpunkt die Karmalfraktion unter Druck, die Differenzen mit den Khalqis beizulegen. Zumal die Khalqis, die schon immer eher auf dem Land als in den Städten eine gewisse Basis besessen haben, jetzt versuchen, Kontakt zu den Widerstandskämpfern aufzunehmen. Ein großes Revirement im Kabinett und in der Parteispitze sollte die Versöhnung bringen. Der von Karmal als Botschafter in die Innere Mongolei verbannte Führer der Khalqi-Fraktion, Sarwari, ist extra nach Kabul angereist gekommen in Erwartung eines machtträchtigen Postens. Nichts von alledem ist geschehen: Nicht nur ist Sarwari wieder in der Inneren Mongolei, auch der stellvertretende Ministerpräsident Aryan, ein Khalqi, ist in den Revolutionsrat hinabbefördert worden, so daß kein Khalqi irgendeinen einflußreichen Posten im Kabinett mehr besitzt. Karmal stützt sich bei der Ausschaltung der Khalqis in der Regierung auf ihre schon geglückte Entfernung, teilweise durch Meuchelmorde, aus dem Offizierskorps und aus der Führung der Volksmiliz. Mit der Ernennung von Sultan Ali Kishtmand zum Premierminister, versucht er den Stamm Hazara, eine Minderheit in Zentralafghanistan, vor allem in der Provinz Bamyian konzentriert, zu gewinnen.

wieder in der Inneren Mongolei, auch der stellvertretende Ministerpräsident Aryan, ein Khalqi, ist in den Revolutionsrat hinabbefördert worden, so daß kein Khalqi irgendeinen einflußreichen Posten im Kabinett mehr besitzt. Karmal stützt sich bei der Ausschaltung der Khalqis in der Regierung auf ihre schon geglückte Entfernung, teilweise durch Meuchelmorde, aus dem Offizierskorps und aus der Führung der Volksmiliz. Mit der Ernennung von Sultan Ali Kishtmand zum Premierminister, versucht er den Stamm Hazara, eine Minderheit in Zentralafghanistan, vor allem in der Provinz Bamyian konzentriert, zu gewinnen.
In Zentralafghanistan ist es weder der afghanischen Regierung noch den russischen Invasoren bisher gelungen, einen Fußbreit Bodens zu gewinnen.

Abdalla Frangi (PLO) zum Wahlausgang in Israel

Exellenz, welchen Einfluß hat das Ergebnis der Parlamentswahlen in Israel auf den Friedensprozeß im Nahen Osten?

Wir haben diese Wahlen verfolgt. Wir haben auch schon seit einiger Zeit befürchtet, daß Menachem Begin an der Macht bleibt. Es sieht so aus, daß Menachem Begin wieder die Regierung bilden wird. Es sieht so aus, daß die Politik von Menchaem Begin mehr und mehr die Unterstützung bei der israelischen Bevölkerung findet, und das ist das Gefährliche an der Gesamtsituation. Und daher haben wir Angst, daß der Frieden im Nahem Osten in weite Ferne rückt und daß wir kaum in den kommenden Jahren mit Frieden rechnen können. Denn die Politik von Menachem Begin ist bekannt, nicht nur in Palästina, sondern auch hier in Europa und vor allem in Deutschland. Man hat ja vor zwei Monaten seine Attacken genau registriert gegen Bundeskanzler Schmidt und gegen Giscard d'Estaing und gegen jeden, der versucht hat, kritisch gegenüber seiner Politik zu sein, oder überhaupt einen anderen Standpunkt einzunehmen ... Nahum Goldmann hat vor kurzem erklärt, daß Menachem Begin die Existenz von Israel aufs Spiel setzt. Ich sage, daß Begin die Existenz der Palästinenser und Israels und der arabischen Staaten in der Umgebung aufs Spiel setzt.

Was ich sage, ist nicht voller Emotionen, sondern durch die Erfahrungen begründet, die wir schon lange mit Menachem Begin gemacht haben. Vor 1948 war Menachem Begin der Verantwortliche für terroristische Aktionen in Palästina, und wir kennen die Geschichte von Deir Yassin, von der Sprengung des King-David-Hotels und viele andere Aktionen, die auf sein Konto kommen. Er gibt das ja auch zu und schreibt sogar in seinem Buch „The Revolt", daß ohne diese Aktionen Israel nicht hätte gegründet werden können. Menachem Begin hat sich nicht geändert, von 1948 bis heute. Nur hat er mehr Macht jetzt, und er hat mehr Möglichkeiten, seine aggressive Politik überhaupt durchzusetzen, und das wird alles auf Kosten der Palästinenser und des palästinensischen Volkes gehen.

Wir rechnen damit, daß in naher Zukunft die israelische Armee in breiter Front die Grenzen zum Libanon überschreiten wird, daß es zu Komplikationen mit Syrien kommt, daß die Siedlungspolitik weiter betrieben wird und daß neue Gesetze geschaffen werden in der Knesseth, um diesen Zustand mehr oder weniger zugunsten Israels zu legalisieren. Das alles führt zu einer Konfrontation, einer Konfrontation, die nicht nur den Nahen Osten betreffen wird, sondern auch die Europäer, weil sie die Nachbarn des Nahen Ostens sind.

Es bleibt die Möglichkeit, daß es in absehbarer Zeit eine Regierung der Arbeiterpartei unter Shimon Peres gibt. Welche Unterschiede sehen Sie zwischen einer Regierung Begin und einer Regierung Perez?

Es gibt große Unterschiede in der Weltanschauung, den Beziehungen zum Ausland, nicht aber gegenüber den Palästinensern. Peres und seine Partei haben gute Beziehungen vor allem zu Westeuropa, zu den sozialistischen Parteien. Aber was uns Palästinenser betrifft, sagte eigentlich Peres das Gleiche, was Menachem Begin sagt, nur in einem gemäßigteren und feineren Ton. Zum Beispiel: Menachem Begin sagt Nein zum Palästinenser-Staat, Peres sagt Nein zum Palästinenser-Staat. Menachem Begin sagt: Wir haben Jerusalem vereint für immer, Peres sagt: Wir haben Jerusalem vereint für immer. Menachem Begin sagt: Das ganze Land der Westbank und entlang des Gaza-Streifens gehört uns, Peres sagt: Wir haben das Recht, dort Siedlungen zu bauen. Der Anspruch auf ganz Palästina ist hier und dort zu sehen, nur ist Peres viel klüger und viel erfahrener und redet mit einer „besseren Zunge", die die Politik an die Außenwelt besser „verkaufen" kann. Wir Palästinenser haben unter der Arbeiterpartei gelitten und unsere Heimat verloren, und wir leiden jetzt noch mehr unter dem Likud-Block, der das, was die Arbeiterpartei praktiziert hat, mit Offenheit demonstriert. Im großen und ganzen sind wir Palästinenser sehr traurig über die Entwicklung in Israel, denn weder bei Peres noch bei Menachem Begin ist die Bereitschaft zu einer friedlichen, gerechten, dauerhaften Lösung zu sehen.

Was müßte der erste Schritt sein, um dieses Stadium zu überwinden? Und wer muß diesen ersten Schritt tun in Richtung auf Frieden im Nahen Osten?

Man kann nicht von den Schwachen den ersten Schritt verlangen. Wir haben alles verloren, und wir haben nichts mehr zu verlieren als das, was wir verloren haben. Die Israelis sind in der Position der Stärke, die Israelis besitzen unser Land. Sie haben 1967 eine Chance gehabt, den Frieden zu erreichen. Das haben sie versäumt. Sie haben noch eine Chance für den Frieden gehabt durch den Sadat-Besuch. Sie haben das Ziel nicht erreicht, und jetzt glaube ich, daß kein Schritt von ihnen kommen wird, egal wer an der Regierung ist. Daher glaube ich mehr und mehr an die Konfrontation im Nahen Osten. Diese Konfrontation wird diesmal sehr gefährlich.

Wir Palästinenser sind nicht mehr die gleichen Palästinenser wie 1948. Wir haben uns besser organisiert. Wir sind besser in der Lage, uns zu verteidigen. Wir haben viele Freunde überall in der Welt. 1948 hatten wir kaum Freunde, weil wir diese Beziehungen nicht richtig eingeschätzt hatten damals und weil wir keine Führung, keine richtige Führung gehabt hatten. Heute ist alles anders. Wir sind groß geworden. Wir haben viele Freunde, wir haben sogar mehr Anerkennung gefunden in der Welt als Israel. Das bedeutet, daß wir gegenüber den Attacken und der aggressiven Politik von Menachem Begin nicht allein dastehen werden. Wir werden viele Freunde auch in den westlichen Ländern haben ...

(aus: Palästina Bulletin Nr. 27/81)

Zum 60. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas: Programmatische Resolution zu „einigen Fragen der Geschichte unserer Partei“

6. Plenartagung des 11. ZK der KP Chinas / Neuwahl der Parteiführung / der Hauptinhalt der Resolution

thh.Beijing. 2.6.81 Zwischen dem 27. und 29. Juni fand in Beijing die 6. Plenartagung des 11. ZK der KP Chinas statt, die eine „Resolution über einige Fragen der Geschichte unserer Partei seit Gründung der VR China“ diskutierte und beschloß und Umbesetzungen in der Führung der KP Chinas vornahm.

Das ZK selbst schätzt diese Tagung, die am Vorabend des 60. Jahrestags der Gründung der KP Chinas stattfand, als eine bedeutende historische Wende ein. Die Resolution faßt die Diskussion der letzten Jahre über die Entwicklung der KP Chinas und die Rolle Mao Zedongs sowie über den künftigen Weg der Partei zusammen. Sie ist ein programmatisches Dokument, mit dem die seit 1957 andauernden schweren Linienkämpfe in der Partei abgeschlossen werden sollen und das der Partei ermöglichen soll, einheitlich den weiteren Aufbau des sozialistischen China zu leiten. Die Klärung dieser Fragen, vor allem der Bewertung Mao Zedongs und der Kulturrevolution war nicht nur von den Massen, sodern auch von den Parteimitgliedern gefordert worden. Die Angst, es könne eine neue Kulturrevolution geben, hatte die Initiative der Massen wie der Kader in den letzten Jahren in vieler Hinsicht gebremst. Die Führung der KP Chinas geht aus dieser Plenartagung auch personell gestärkt hervor. Der bisherige Parteivorsitzende Hua Guofeng trat zurück. Er wird in der Resolution ausdrücklich kritisiert, weil er sich der Korrektur der vergangenen Fehler entgegengestellt habe. Er wurde zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Zusammen mit dem neuen Vorsitzenden, dem bisherigen Generalsekretär des ZK Hua Yaobang und den übrigen Vizevorsitzenden (Ye Jianying, Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Li Xiannian, Chen Yun) gehört er damit dem Ständigen Ausschuß des Politbüros an. Die übergroße Mehrheit dieses Gremiums tritt seit langem für den jetzt in der Resolution programmatisch fixierten Kurs des sozialistischen Aufbaus ein. Damit hat die Führung der KP Chinas eine Einheit wiedergefunden, wie sie seit 1957 nicht mehr bestanden hat. Wir beschränken uns im folgenden darauf, den Hauptinhalt der ZK-Resolution wiederzugeben, um zu ihrem Studium anzuregen. Sie erscheint auf deutsch in der auch ansonsten lesenswerten Beijing Rundschau und als eigene Broschüre.

Erfolge des chinesischen Volkes seit 1949

Die Resolution befaßt sich vor allem mit der Geschichte der KP Chinas nach 1949, dem Gründungsjahr des neuen China. Der Zeitraum von 1949 bis 1981 wird im wesentlichen erfolgreich eingeschätzt. Als Haupterfolge werden genannt: Schaffung und Konsolidierung der demokratischen Diktatur des Volkes, d.h. der Diktatur des Proletariats, in der das Volk der Herr des Landes

vorsitzenden gewählt. Zusammen mit dem neuen Vorsitzenden, dem bisherigen Generalsekretär des ZK Hua Yaobang und den übrigen Vizevorsitzenden (Ye Jianying, Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Li Xiannian, Chen Yun) gehört er damit dem Ständigen Ausschuß des Politbüros an. Die übergroße Mehrheit dieses Gremiums tritt seit langem für den jetzt in der Resolution programmatisch fixierten Kurs des sozialistischen Aufbaus ein. Damit hat die Führung der KP Chinas eine Einheit wiedergefunden, wie sie seit 1957 nicht mehr bestanden hat. Wir beschränken uns im folgenden darauf, den Hauptinhalt der ZK-Resolution wiederzugeben, um zu ihrem Studium anzuregen. Sie erscheint auf deutsch in der auch ansonsten lesenswerten Beijing Rundschau und als eigene Broschüre.

Erfolge des chinesischen Volkes seit 1949

Die Resolution befaßt sich vor allem mit der Geschichte der KP Chinas nach 1949, dem Gründungsjahr des neuen China. Der Zeitraum von 1949 bis 1981 wird im wesentlichen erfolgreich eingeschätzt. Als Haupterfolge werden genannt: Schaffung und Konsolidierung der demokratischen Diktatur des Volkes, d.h. der Diktatur des Proletariats, in der das Volk der Herr des Landes
ist. Schaffung und Konsolidierung der Einheit des Landes, mit der Ausnahme Taiwans. Herstellung und Festigung guter Beziehungen zwischen allen Nationalitäten des Landes und Errichtung einer breiten Einheitsfront aus allen Teilen des Volkes. Zerschlagung der Aggression, Sabotage und bewaffneten Provokationen der Imperialisten und Hegemonisten. Errichtung und Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft, die grundlegende Umgestaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Beseitigung des Ausbeutungssystems wie der Ausbeuter als Klassen. Schaffung einer relativ umfassenden industriellen Grundlage. Verbesserung der Bedingungen der Landwirtschaft, Ausbau des Binnen- und Außenhandels und Verbesserung des Lebens der Bevölkerung, Entwicklung von Erziehungswesen, Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen und Sport, Beseitigung der epidemischen Krankheiten mit hoher Sterblichkeitsrate, Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. Ausbau und Modernisierung der Volksbefreiungsarmee. Unabhängige sozialistische Außenpolitik, Festhalten an den 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz und am proletarischen Internationalismus, am Kampf gegen Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus, Rassismus und zur Verteidigung des Weltfriedens.

Fragen der Geschichte unserer Partei“

6. Plenartagung des 11. ZK der KP Chinas / Neuwahl der Parteiführung / der Hauptinhalt der Resolution

Einschätzung der Periode zwischen 1949 und 1956

Sodann wird eine Bewertung der einzelnen Perioden vorgenommen. Die Periode zwischen 1949 und 1956 gilt als erfolgreich und ohne größere politische Fehler. Sie war im wesentlichen gekennzeichnet durch die Wiederherstellung der Volkswirtschaft, die Bodenreform, die Umwandlung des Eigentums an Produktionsmitteln, die Vergenossenschaftlichungsbewegung und die erfolgreiche Realisierung des 1. Fünfjahrplans. Der 8. Parteitag im November 1956 habe dazu zu Recht die Festlegung getroffen, daß nach der Beseitigung des Ausbeutungssystems und der Umwandlung des Eigentums an Produktionsmitteln der Hauptwiderspruch im Land nicht mehr der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, sondern der zwischen dem Verlangen des Volkes nach rascher wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung und der Lage, daß Wirtschaft und Kultur hinter den Bedürfnissen des Volkes zurückblieben. Als die Hauptaufgabe für die Zukunft sei mit Recht die Entwicklung der Produktivkräfte, die Industrialisierung und die allmähliche Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse des Volkes gesehen worden. Der Kongreß stellte zugleich fest, daß der Klassenkampf fortexistiere.

Die Periode zwischen 1957 und 1966

Dieser Zeitraum wird trotz schwerer Rückschläge insgesamt positiv eingeschätzt, denn in ihm sei die materielle und technische Basis für die Modernisierung des Landes gelegt worden. Im einzelnen wird dann die Bewegung gegen die Rechten 1957 zwar insgesamt als notwendig angesehen, weil diese im Namen der freien Meinungsäußerung sich gegen Partei und Sozialismus gewandt hätten, aber der Rahmen des Kampfes sei überzogen und viele Intellektuelle, Patrioten und Kader seien zu Unrecht zu Rechten erklärt worden. Mit dem „Großen Sprung nach vorn“ sei dann versucht worden, im Wirt-

wachsenden Bedürfnisse des Volkes gesehen worden. Der Kongreß stellte zugleich fest, daß der Klassenkampf fortexistiere.

Die Periode zwischen 1957 und 1966

Dieser Zeitraum wird trotz schwerer Rückschläge insgesamt positiv eingeschätzt, denn in ihm sei die materielle und technische Basis für die Modernisierung des Landes gelegt worden. Im einzelnen wird dann die Bewegung gegen die Rechten 1957 zwar insgesamt als notwendig angesehen, weil diese im Namen der freien Meinungsäußerung sich gegen Partei und Sozialismus gewandt hätten, aber der Rahmen des Kampfes sei überzogen und viele Intellektuelle, Patrioten und Kader seien zu Unrecht zu Rechten erklärt worden. Mit dem „Großen Sprung nach vorn“ sei dann versucht worden, im Wirt-
schaftsbereich einen großen Sprung zu machen, doch in Folge „linker“ Fehler, die sich vor allem in zu hoch gesetzten Planziffern, Dirigismus, der Mißachtung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten sowie der Mißachtung der konkreten Verhältnisse in China ausgedrückt hätten, seien schwere Fehler begangen worden. Überdies seien Mao und viele andere Parteiführer aufgrund der Erfolge selbstzufrieden geworden, hätten übertrieben schnell Erfolge gesucht und die Rolle des subjektiven Willens und subjektiver Anstrengungen überschätzt. Der Große Sprung und die Volkskommune-Bewegung seien ohne sorgfältige Untersuchungen und Vorarbeiten in Angriff genommen worden. Statt Korrektur der Fehler hätten Mao und das ZK dann zu Unrecht den Kampf gegen „Rechtsopportunisten“, das heißt gegen alle Kritiker des Großen Sprungs eröffnet. Durch diesen Kampf sei die innerparteiliche Demokratie auf allen Ebenen untergraben, die Korrektur der „linken“ Fehler erschwert worden. Diese Fehler im Verein mit Naturkatastrophen und der Einstellung der sowjetischen Hilfe hätten dann zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwischen 1959 und 1961 geführt. Anfang der 60er Jahre sei dann eine Korrektur eingeleitet worden. Vor allem mit der Regulierung der Wirtschaft, die zu einer Erholung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft bis 1966 geführt habe. Doch die „linken Fehler“ hinsichtlich der Leitprinzipien in der Wirtschaftsarbeit sei nicht wirklich korrigiert worden, sondern hätten in den Bereichen Politik, Ideologie und Kultur noch zugenommen. Auf der 10. Plenartagung des 8. ZK habe Mao dann den Klassenkampf verabsolutiert und den Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat erneut zum Hauptwiderspruch der chinesischen Gesellschaft erklärt. Und: „Er ging noch einen Schritt weiter und behauptete, die gesamte Periode des Sozialismus hindurch existiere eine Bourgeoisie, die eine Restauration versuche und zur Quelle des Revisionismus in der Partei werde.“ Die verschiedensten Probleme seien von da an als Probleme des Klassenkampfes behandelt worden, zwischen Volk und Feind sei kein Unterschied mehr gemacht worden. Für diese Fehler trage Mao zwar die Hauptverantwortung, aber auch die übrige Führung des ZK treffe ein Teil der Schuld.

Die Kulturrevolution

Die Kulturrevolution wird in dem Dokument als verantwortlich für den „schwersten Rückschlag und die schwersten Verluste“ seit Gründung der Volksrepublik bezeichnet. Sie sei von Mao initiiert und geführt worden. Die Geschichte der Kulturrevolution habe bewiesen, daß Maos Hauptthesen für ihre Einleitung weder dem Marxismus-Leninismus noch der chinesischen Realität entsprochen hätten, sondern auf einer falschen Einschätzung der Klassenbeziehungen und der politischen Lage in Partei und Staat beruhten. Zwischen Volk und Feind sei kein Unterschied mehr gemacht worden, bei den sogenannten „Machthabern auf dem kapitalistischen Weg“ habe es sich um den bewährten Kaderstamm der Partei gehandelt, ein „bürgerliches Hauptquartier in der Partei“ habe niemals exisitiert, die Kulturrevolution sei nicht direkt von den Massen durchgeführt worden, sondern losgelöst von den Massen und der Partei. Die meisten Teilnehmer der Frühphase der

„schwersten Rückschlag und die schwersten Verluste“ seit Gründung der Volksrepublik bezeichnet. Sie sei von Mao initiiert und geführt worden. Die Geschichte der Kulturrevolution habe bewiesen, daß Maos Hauptthesen für ihre Einleitung weder dem Marxismus-Leninismus noch der chinesischen Realität entsprochen hätten, sondern auf einer falschen Einschätzung der Klassenbeziehungen und der politischen Lage in Partei und Staat beruhten. Zwischen Volk und Feind sei kein Unterschied mehr gemacht worden, bei den sogenannten „Machthabern auf dem kapitalistischen Weg“ habe es sich um den bewährten Kaderstamm der Partei gehandelt, ein „bürgerliches Hauptquartier in der Partei“ habe niemals exisitiert, die Kulturrevolution sei nicht direkt von den Massen durchgeführt worden, sondern losgelöst von den Massen und der Partei. Die meisten Teilnehmer der Frühphase der
Kulturrevolution hätten auf Grund ihres Vertrauens zu Mao daran teilgenommen, später jedoch den falschen Weg der Kulturrevolution erkannt und eine passive oder oppositionelle Haltung eingenommen. Opportunisten, Karrieristen und Verschwörer hätten schließlich die Führung der Kulturrevolution an sich gerissen und wichtige Posten besetzt. Die Kulturrevolution habe keinerlei gesellschaftlichen Fortschritt gebracht, sondern nur Chaos.

Die Richtlinien des 9. Parteitages, der ihre Theorie und Praxis dann legitimiert habe, seien vollkommen falsch. Der 10. Parteitag habe die „linken Fehler“ ebenfalls nicht kritisiert. Im Gegenteil, die Viererbande, die die Fehler der Kulturrevolution, den extremen Personenkult um Mao in ihrem Interesse genutzt habe, gestärkt. 1975 habe Deng Xiaoping des ZK geführt und versucht, die „linken Fehler“ zu korrigieren. Mao sei gegen eine solche Korrektur gewesen und habe daraufhin die „Bewegung gegen den rechten Wind“ initiiert, durch die das Land erneut ins Chaos gestürzt worden sei. Der Tiänanmen-Zwischenfall im April 1976 sei dann eine Demonstration für die Politik Dengs und gegen die Viererbande gewesen, die die Massenbasis für den Sturz der Viererbande geschaffen habe.

Das Kommunique stellt fest: „Die Hauptverantwortung für die schweren „linken“ Fehler der Kulturrevolution, ein Fehler von langer Dauer und großem Ausmaß, trägt Genosse Mao Zedong. Aber alles in allem war dies der Fehler eines großen proletarischen Revolutionärs. Genosse Mao war im übrigen stets darauf bedacht, die Mängel im Leben von Partei und Staat zu überwinden.“ Als Ursachen, die zur Kulturrevolution führten, werden genannt:

- Mangelnde Erfahrung beim sozialistischen Aufbau, falsches bzw. dogmatisches Verständnis vieler Textstellen der marxistischen Klassiker zum Sozialismus (z.B. hinsichtlich des bürgerlichen Rechts). Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der sowjetische Druck auf China führten in China zu einer Kampagne gegen den Revisionismus, was unter anderem den Fehler der Übertreibung des Klassenkampfes in der Praxis nach sich zog, so daß normale Differenzen zwischen Parteimitgliedern stets als Ausdruck des Linienkampfes gewertet wurden.
- „Das Prestige des Genossen Mao Zedong erreichte einen Höhepunkt, und er begann arrogant zu werden ... Er löste sich allmählich von der Praxis und von den Massen, handelte zunehmend willkürlich und subjektiv und stellte sich über das ZK. Ständige Schwächung und Untergrabung des demokratischen Zentralismus im politischen Leben von Partei und Staat waren die Folge.“ Auch das Zentralkomitee sei dafür verantwortlich zu machen, das die Einleitung einer rechtzeitigen Korrektur versäumt habe.
- Falsche Behandlung der Beziehung zwischen Partei und Führer in der internationalen kommunistischen Bewegung, die in der Partei ihren Niederschlag gefunden hätten.
- Mangelnde gesetzliche Absicherung bzw. Institutionalisierung der Demokratie in politischen Leben der Partei wie des Landes.
- All dies habe zu einer Konzentration der Macht in den Händen von Einzelpersonen, Willkürherrschaft und Personenkult geführt, was es Partei und Staat erschwert habe, die Kulturrevolution zu verhindern bzw. unter

mend willkürlich und subjektiv und stellte sich über das ZK. Ständige Schwächung und Untergrabung des demokratischen Zentralismus im politischen Leben von Partei und Staat waren die Folge.“ Auch das Zentralkomitee sei dafür verantwortlich zu machen, das die Einleitung einer rechtzeitigen Korrektur versäumt habe.
● Falsche Behandlung der Beziehung zwischen Partei und Führer in der internationalen kommunistischen Bewegung, die in der Partei ihren Niederschlag gefunden hätten.
● Mangelnde gesetzliche Absicherung bzw. Institutionalisierung der Demokratie in politischen Leben der Partei wie des Landes.
● All dies habe zu einer Konzentration der Macht in den Händen von Einzelpersonen, Willkürherrschaft und Personenkult geführt, was es Partei und Staat erschwert habe, die Kulturrevolution zu verhindern bzw. unter
Kontrolle zu bekommen.

Die Entwicklung nach 1976

Zwischen 1976 und 1978 sei innerhalb und außerhalb der Partei zunehmend die Forderung nach Korrektur der Fehler der Kulturrevolution erhoben worden, was allerdings auf erheblichen Widerstand gestoßen sei. Einerseits habe in ideologischer Hinsicht zu große Verwirrung hinsichtlich richtig und falsch geherrscht, andererseits habe Hua Guofeng weiter „linke“ Fehler begangen und vertreten, alles, was Mao gesagt habe, müsse strikt befolgt werden. Er habe versucht, die Diskussion über das Kriterium der Wahrheit zu unterdrücken, die Wiedereinsetzung der alten Kader verzögert und verhindert und den Personenkult um seine Person gefördert. Er habe an den Fehlern der Kulturrevolution festgehalten und habe auch in wirtschaftlicher Hinsicht „linke“ Fehler begangen. Die 3. Plenartagung des 11. ZK im Dezember 1978 habe dann einen Wendepunkt gebracht und mit dem die „linken“ Fehlern aus der Kulturrevolution und aus den Jahren davor Schluß gemacht.

Bewertung Mao Zedongs und der Mao-Zedong-Ideen

„Genosse Mao Zedong war ein großer Marxist und ein großer proletarischer Revolutionär, Stratege und Theoretiker. Tatsächlich hat er während der Kulturrevolution schwere Fehler begangen, aber insgesamt gesehen überwiegen seine Beiträge zur chinesischen Revolution bei weitem seine Fehler. Seine Verdienste sind primär, seine Fehler sekundär.“ sagt die Resolution. Und zu den Mao-Zedong-Ideen heißt es: „Die Mao-Zedong-Ideen sind der Marxismus-Leninismus in seiner Anwendung auf China. Sie bilden eine korrekte Theorie, ein Gebäude korrekter Prinzipien und eine Zusammenfassung der Erfahrungen, die in der Praxis der chinesischen Revolution bestätigt wurden, sie sind eine Kristallisation der kollektiven Weisheit der KP Chinas. Viele hervorragende Führer unserer Partei leisteten wichtige Beiträge zur Herausbildung und Entwicklung der Mao-Zedong-Ideen, und sie finden ihren Ausdruck in den wissenschaftlichen Werken des Genossen Mao Zedong.“

Sie hätten den Marxismus-Leninismus in folgender Hinsicht bereichert:

- um die Theorie der neudemokratischen Revolution, die die Politik gegen die Bourgeosie, Einheitsfrontpolitik, den bewaffneten Kampf und die Bündnispolitik umfaßt.
- hinsichtlich der Lehre von der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus
- hinsichtlich der Lehre von der revolutionären Armee und der Militärstrategie
- hinsichtlich der Lehre von Politik und Taktik
- hinsichtlich der politisch-ideologischen Erziehung und der kulturellen Arbeit
- hinsichtlich des Parteiaufbaus.

Der Kerngehalt der Mao-Zedong-Ideen sei: die Wahrheit in den Tatsachen suchen, Massenlinie, Unabhängigkeit und Vertrauen in die eigene Kraft bei Revolution und Aufbau. Man dürfe die Mao-Zedong-Ideen nicht ablehnen, nur weil Mao Fehler begangen habe. Zwischen ihnen und den Fehlern Mao Zedongs in seinen letzten Jahren sei streng zu unterscheiden, die Mao-Zedong-Ideen blieben auch in Zukunft die Leitgedanken der Partei.

Künftige Aufgaben

Anschließend legt die Resolution folgende Aufgaben fest:
Nach der sozialistischen Umgestaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist der Hauptwiderspruch, den es in China zu lösen gilt, der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der Rückständigkeit der gesellschaftlichen Produktion. Die gesamte Arbeit der Partei muß heute der zentralen Aufgabe des Wirtschaftsaufbaus untergeordnet werden. Die Modernisierung Chinas muß auf der Grundlage der konkreten Verhältnisse in China erfolgen. Die Reform und Verbesserung der sozialistischen Produktionsverhältnisse muß dem Niveau der Produktivkraft entsprechen. Der Klassenkampf ist nicht länger der Hauptwiderspruch in China, da die

Der Kerngehalt der Mao-Zedong-Ideen sei: die Wahrheit in den Tatsachen suchen, Massenlinie, Unabhängigkeit und Vertrauen in die eigene Kraft bei Revolution und Aufbau. Man dürfe die Mao-Zedong-Ideen nicht ablehnen, nur weil Mao Fehler begangen habe. Zwischen ihnen und den Fehlern Mao Zedongs in seinen letzten Jahren sei streng zu unterscheiden, die Mao-Zedong-Ideen blieben auch in Zukunft die Leitgedanken der Partei.

Künftige Aufgaben

Anschließend legt die Resolution folgende Aufgaben fest:
Nach der sozialistischen Umgestaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist der Hauptwiderspruch, den es in China zu lösen gilt, der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der Rückständigkeit der gesellschaftlichen Produktion. Die gesamte Arbeit der Partei muß heute der zentralen Aufgabe des Wirtschaftsaufbaus untergeordnet werden. Die Modernisierung Chinas muß auf der Grundlage der konkreten Verhältnisse in China erfolgen. Die Reform und Verbesserung der sozialistischen Produktionsverhältnisse muß dem Niveau der Produktivkraft entsprechen. Der Klassenkampf ist nicht länger der Hauptwiderspruch in China, da die
Ausbeuter als Klasse eliminiert sind. Allerdings exisitert der Klassenkampf fort und kann sogar noch sehr scharf werden. Eine grundlegende Aufgabe der sozialistichen Revolution ist die allmähliche Schaffung eines politischen Systems mit einem hohen Grad an Demokratie. Das Leben im Sozialismus müsse ein hohes moralisches und kulturelles Niveau haben. Stellung und Rolle von Erziehungswesen, Wissenschaft und Kultur müssen ausgeweitet, die ideologisch-politische Erziehung muß verstärkt werden. Die Einheit aller Nationalitäten muß gestärkt werden, ihre Autonomie und ihr Selbstentscheidungsrecht müssen gesetzlich abgesichert werden. Die Landesverteidigung muß verstärkt modernisiert werden. Ebenso der Milizaufbau.

Außenpolitisch muß weiter gegen Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus und Rassismus gekämpft werden, und der Weltfrieden muß verteidigt werden. Die Beziehungen und der Austausch mit anderen Ländern müssen gefördert werden. Am proletarischen Internationalismus muß festgehalten werden und die Befreiungskämpfe der unterdrückten Nationen und die Unterstützung neu unabhängig gewordener Staaten sowie der gerechte Kampf aller Völker müssen weiter unterstützt werden.

Innerhalb der Partei muß ein System des demokratischen Zentralismus errichtet, kollektive Führung praktiziert, Personenkult bekämpft, die Tätigkeit der Führer unter Aufsicht von Partei und Volk gestellt und die Partei gereinigt werden.

Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg

von Lutz Plümer



Ist die fieberhafte Hochrüstung der Sowjetunion durch das Bedürfnis ihrer eigenen Sicherheit diktiert, bloß eine Antwort auf ihre Bedrohung durch amerikanische Aufrüstung, oder haben zumindest die Schwierigkeiten der SU in den Kriegen in Eritrea, Kampuchea und Afghanistan ihren Expansionsschub einstweilen gestoppt?

Ist es auf der anderen Seite nicht so, daß die USA sich von ihrer historischen Niederlage in Südostasien erholt haben und spätestens mit dem Regierungsantritt Reagans erneut zur Gegenoffensive übergegangen sind, um ihre Position als Weltmacht nicht nur zu behaupten, sondern erneut auszubauen?

Ein starker Flügel der Bewegung, die gegenwärtig den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führt, beantwortet diese beiden Fragen positiv. Beileibe nicht nur die Kräfte und Organe, die direkt oder indirekt von der DKP beherrscht werden, die in der gegenwärtigen Bewegung gegen die Stationierung von US-Mittelsteckenraketen in Westdeutschland direkt das Ziel verfolgt, USA und NATO einseitig zu schwächen gerade zu dem Zweck, die Position der Sowjetunion zu stärken und die Verfolgung ihrer Pläne zu erleichtern. Vertreten wird die Auffassung, daß die wachsende Kriegsgefahr hauptsächlich von einer Offensive der USA herrührt, in der letzten Zeit zunehmend auch von solchen Kräften, die die Politik der Sowjetunion partiell oder auch grundsätzlich kritisieren.

So kommen etwa A. Ockert und W. Goltermann in der Nr. 4/81 der „Z", dem Organ einer Abspaltung des KB Nord, zu der These, daß die USA „inzwischen die Fähigkeit und Bereitschaft entwickelt haben, sich vom Prinzip der atomaren Abschreckung zu lösen, die auf diesem Prinzip basierenden Fesseln militärischer und damit politischer Handlungs‚freiheit' abzustreifen, kurzum: einen atomaren Krieg gegen die SU und deren Verbündete führbar zu machen, und zwar ohne Risiko für eine über den Krieg hinausgehende Existenzsicherung und rasche Wiedererholung unabwendbarer Kriegswunden." Dies sei vor allem deshalb gefährlich, weil dadurch „recht tiefgreifende Veränderungen im weltweiten Kräftespiel" ausgelöst würden. „Sozialrevolutionäre Bestrebungen in der 3. Welt sind – man denke an Vietnam, Mosambik und Angola – nicht unerheblich auch durch sowjetische Waffenhilfe zum Sieg gelangt. Sowjetische Militärhilfe, – die insgesamt recht wenigen Befreiungsbewegungen zuteil wurde –, basierte bisher auf einer gewissen Sicherheit, damit nicht den großen Knall auszulösen. Entfällt diese Rahmenbedingung für sowjetische Hilfeleistung, so wird ein starker Rückgang sowjetischer Unterstützung (die man keineswegs als ‚uneigennützig' definieren muß, um ihre Bedeutung für verschiedene fortschrittliche Bewegungen zu erkennen), die wahrscheinliche Folge sein."

Als Begründung dieser These wird – neben einem Kompilat des von dem der DKP nahestehenden Prof. Kade herausgegebenen Buchs „Die Bedrohungslüge", das vor allem zeigen soll, daß die Politik der USA seit dem 2. Weltkrieg unverändert auf Vernichtung der SU aus war – angeführt, daß die USA gegenwärtig dabei seien, eine waffentechnologische Überlegenheit gegenüber der hoffnungslos unterlegenen Sowjetunion herzustellen, die den siegreichen Ausgang eines nuklearen Krieges für die USA möglich erscheinen läßt. Und daß das außenpolitische und militärpolitische Konzept, das auf einen solchen Krieg zusteuert, den letzten Wahlkampf in den USA gewonnen habe.

Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung – wenngleich von einer anderen Einschätzung der Sowjetunion ausgehend – kommt R. Fücks in der Nr. 8 der „Hefte für Demokratie uns Sozialismus":

„Es ist also höchste Zeit, sich von der These zu verabschieden, wonach die UdSSR der internationale „Hauptkriegstreiber" sei – was an ihr rationell war, nämlich die weltpolitisch-militärische Offensive der Sowjetunion; der Schub zur Neuverteilung der Einflußzonen, der bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre von ihr ausging, hat sich ins Gegenteil verkehrt: die USA sind zur Gegenoffensive übergegangen, um ihre Position als Weltmacht Nr. 1 zu behaupten und auszubauen." Der „springende Punkt" für diese Änderung sei „der politische Wille der USA in der gegenwärtigen Situation, die (auf Anerkennung der groben strategischen Parität beruhende) Politik der Rüstungskontrolle aufzugeben und stattdessen ihr gewaltiges ökonomisches Potential zu mobilisieren, um kriegsfähige militärische Überlegenheit zu erlangen." Verschärfte Konfrontation mit der Sowjetunion sei für die USA auch der Schlüssel, ihre beiden anderen Hauptziele zu erreichen, die Niederwerfung der nationalrevolutionären Bewegungen der 3. Welt und die Festigung der amerikanischen Vormachtstellung innerhalb des westlichen Lagers. „Eine Position der strategischen Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion gäbe den USA freie Hand für militärische Aktionen gegenüber der 3. Welt, zugleich zwingt der offene Konflikt mit dem sowjetischen ‚Systemgegner' die kapitalistischen Konkurrenten in Europa und Japan zu größerer ‚Bündnisdisziplin', also zur Unterordnung unter die Hegemonialmacht USA."

Von praktischer Bedeutung ist diese Einschätzung unter anderem für die Taktik im Kampf gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa, die als entscheidendes Mittel angesehen werden, eine amerikanische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion herzustellen. Ist diese Einschätzung richtig, dann ist die Aufhebung des Nato-Doppelbeschlußes gegenwärtig das entscheidende Kettenglied im Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Es gibt aber relevante gesellschaftliche Kräfte, vor allem in den Gewerkschaften, die bei aller Ablehnung der amerikanischen Politik und der wachsenden Abhängigkeit der BRD von den USA die Bedrohung durch die Sowjetunion für ein mindestens ebenso großes Problem halten und die aus diesem Grund nicht die Möglichkeit sehen, den NATO-Doppelbeschluß einseitig zu bekämpfen. Sind diese Überlegungen hergeholt?

Ich will mich an dieser Stelle nicht auf einen detaillierten Vergleich der militärischen Kräfteverhältnisse der beiden Supermächte einlassen. Ohnehin sind solche Vergleiche schwierig. Eine Tatsache ist aber, daß selbst Breschnew erklärt hat, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die militärischen Potentiale von USA und Sowjetunion, von NATO und Warschauer Pakt sich ungefähr entsprechen. Wenn das so ist, dann ist dies ein Zeichen dafür, daß die Sowjetunion in gewaltigem Umfang gegenüber den USA aufgeholt hat, die traditionell der Sowjetunion auf fast allen Gebieten militärisch überlegen war, und daß es ihr gelungen ist, das von Chruschtschow gesteckte Ziel, gegenüber den USA aufzuholen und sie schließlich zu *überholen*, auf militärischem Gebiet in seinem ersten Teil zumindest zu verwirklichen.

Für diese Einschätzung sprechen auch die in dem vom Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) herausgegebenen Rüstungsjahrbuch 80/81 angegebenen Daten der Militärausgaben in der Welt. Demnach sind die Militärausgaben der USA (in Preisen von 1978) zwischen 1960 und 1979 gerade von 100 Mrd. auf 110,145 Mrd. $ gestiegen. Die Sowjetunion aber hat in diesem Zeitraum ihre Militärausgaben von 48 Mrd. $ auf 105,7 Mrd. $ erhöht und ist dadurch mit den USA praktisch gleichgezogen, bei einer Steigerungsrate von über 100%. Zwar sind die Ausgaben der übrigen Mitglieder des Warschauer Paktes insgesamt wesentlich niedriger als die übrigen Ausgaben der NATO-Mitglieder. Diese Differenz (die im übrigen auch etwas aussagt über die unterschiedliche Rolle, die die beiden Supermächte in den jeweils von ihnen geführten Militärbündissen gegenüber den anderen Bündnismitgliedern spielen), wird aber wohl mehr als ausgeglichen durch die Vorteile, die die Sowjetunion durch ihre geographische Lage als europäisch-asiatische Kontinentalmacht in einem europäischen Krieg gegenüber den USA hat, die von Europa durch den Atlantik getrennt sind und ganz andere Verbindungslinien zu bewältigen haben als die Sowjetunion.

Ohnehin ist die Frage, welche der beiden Supermächte über das größere militärische und auch ökonomische Potential verfügt, nicht identisch mit der Frage, welche der beiden Supermächte gegenwärtig die Hauptgefahr für den Frieden darstellt. Der auslösende Faktor eines Krieges muß nicht die letzten Endes stärkere Macht sein. Vor dem 1. wie vor dem 2. Weltkrieg war der deutsche Imperialismus zusammen mit seinen Verbündeten militärisch schwächer als seine jeweiligen Gegner. Trotzdem bildete der deutsche Imperialismus für den 1. Weltkrieg den auslösenden Faktor, im 2. Weltkrieg war der deutsche Imperialismus direkt der Aggressor. Beides mal ging es ihm um Neuaufteilung der Welt zwecks territorialer Expansion, zu der er als aufstrebende imperialistische Macht drängte und die er in der Vorphase des Krieges bereits zielstrebig eingeleitet hatte.

Die USA bildeten seit dem Anfang dieses Jahrhunderts eine aufstrebende imperialistische Macht. Vor allem nach dem 2. Weltkrieg haben sie zielstrebig versucht, ein Weltreich zu erobern. Spätestens mit der Niederlage gegen den Befreiungskampf der Völker Südostasiens aber, die mit der Zerschlagung der portugiesischen Kolonialismus in Afrika einherging, haben sie den Zenith ihrer Entwicklung als territorial expandierende Macht überschritten. Die Niederlage in Südostasien war bereits der Höhepunkt einer Kette von Niederlagen, die sich die US-Imperialisten eingefangen hatten bei dem Versuch, die Revolution einzudämmen, die sozialistischen Länder einzukreisen und die dazwischenliegenden Zonen ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Die erste große Niederlage hatten sie sich bereits bei dem Versuch eingefangen, mit ihrer unter der UNO-Flagge operierenden Armee Korea zu unterwerfen und die Demokratische Volksrepublik Korea zu vernichten. In den darauffolgenden 25 Jahren hat vor allem der Kampf der Länder der 3. Welt um nationale Unabhängigkeit den Niedergang der USA als imperialistische Weltmacht besiegelt. Parallel zu den Niederlagen der USA gegen den Befreiungskampf der 3. Welt ging die relative Stärkung der Positionen der westeuropäischen Länder und Japans gegenüber den USA.

Demgegenüber befindet sich die Sowjetunion nach wie vor in der Phase der strategischen Expansion, und sie hat noch keineswegs den Zenith ihrer Entwicklung überschritten. Auch der Sowjetunion ist es seit dem 2. Weltkrieg gelungen, das von ihr beherrschte Gebiet Stück für Stück auszudehnen. Bereits die Abkommen der alliierten Siegermächte des 2. Weltkrieges hatte Züge der Aufteilung der Welt unter die Großmächte, wenngleich damals von seiten der Sowjetunion noch unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen. Bereits das Eingreifen sowjetischer Truppen in die Auseinandersetzungen in der DDR und in Ungarn 1953 und 1956 hatte hegemoniale Züge. Bei der Intervention in der CSSR hat die Sowjetunion die Unterdrückung der nationalen Souveränität der Länder ihres Herrschaftsbereiches ausdrücklich zur Doktrin erhoben.

Die erste von der Sowjetunion betriebene, von kubanischen Söldnern ausgeführte Intervention in einem Land der 3. Welt (Angola) erfolgte unmittelbar nach der historischen Niederlage der USA in Südostasien. Seitdem hat die Sowjetunion Jahr für Jahr ihren Herrschaftsbereich ausgedehnt, teils durch direkte militärische Interventionen, teils durch andere Formen der Infiltration. Aber auch die Sowjetunion gerät mit ihrer Expansion inzwischen in größere Schwierigkeiten. Der eritreische Befreiungskampf läßt sich mit sowjetischer Waffenhilfe ebensowenig unterdrücken, wie früher mit amerikanischer Waffenhilfe. In Afghanistan wie in Kampuchea geraten die Aggressionstruppen in wachsende Schwierigkeiten. Der Unabhängigkeitskampf des polnischen Volkes erschüttert das sowjetische Imperium in seinem Kerngebiet, und es spricht manches dafür, daß er früher oder später in den anderen osteuropäischen Ländern auf öffentlichen Widerhall trifft, wenn er nicht durch eine sowjetische Intervention zerschlagen werden kann. Trotzdem können diese Kämpfe den sowjetischen Expansionsdruck noch keineswegs entscheidend brechen, wenngleich sie der Sowjetunion bereits hohe Kosten bereiten und ihr Vordringen zumindest bremsen. Aber die Sowjetunion hat noch an keiner Stelle eine historische Niederlage eingesteckt. Solange aber bleibt sie innerhalb des Ringens der beiden Supermächte der Hauptkriegstreiber. Deshalb aber kann auch in Westeuropa der Kampf gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus nicht unabhängig von der Bedrohung durch den Sozialimperialismus geführt werden.

Hinzukommt, daß international die Sowjetunion auch das Zentrum der *Weltreaktion* verkörpert. Nicht bloß in dem Sinne, daß sie gegenwärtig weltweit gesehen das Haupthindernis für das Vorankommen der proletarischen Weltrevolution ist. Vor allem in dem Sinne, daß in der Sowjetunion selber und den von ihr abhängigen Ländern die politische Reaktion ungleich härter ist, die politischen und gewerkschaftlichen Rechte ungleich brutaler unterdrückt werden als in den bürgerlichen Demokratien des Westens. Und auch der Grad der Abhängigkeit ist innerhalb des Warschauer Paktes ungleich stärker als innerhalb der NATO. Die Stellungnahme der US-Regierung zur Beteiligung von KP-Mitgliedern an der französischen Regierung ist sicherlich eine unverfrorene Einmischung. Aber sie ist nicht zu vergleichen mit den Einmischungen und Erpressungen, mit denen die sowjetische Presse Tag für Tag die Vorbereitungen des Parteitages der PVAP begleitet. Deswegen ist es auch kein Wunder, daß sich Oppositionsbewegungen in Osteuropa meist mehr oder weniger ideologisch am Westen orientieren, während es im Westen keine relevante gesellschaftliche Bewegung gibt, die ein gesellschaftliches System anstreben würde, was dem in der Sowjetunion herrschenden entspricht, sondern allgemein davon ausgegangen wird, daß das gesellschaftliche und politische System der RGW-Länder auf jeden Fall schlimmer ist als das des Westens.

Hat der Machtantritt der Reagan-Administration in den USA und auch die bereits von Carter eingeleitete Änderung der amerikanischen Politik das Verhältnis der beiden Supermächte qualitativ geändert? Geht man von den Tatsachen aus, die die Reagan-Administration schafft, und auch ihren Erklärungen, dann besteht das neue darin, daß die USA fest entschlossen sind, jeder weiteren Ausdehnung des Herrschaftsbereiches der Sowjetunion mit aller Macht entgegenzutreten, jeden weiteren Fortschritt des nationalen Befreiungskampfes der 3. Welt zu unterbinden und die Vorherrschaft in Westeuropa zu festigen. Mit Ausnahme des Camp-David-Abkommens und der damit einhergegangenen erneuten Festigung der amerikanischen Position in Ägypten ist es den USA an keiner Stelle gelungen, erneut zur Offensive überzugehen. Die USA verstärken ihre Einmischung in Mittelamerika bis hin zur Vorbereitung und Einleitung einer mehr oder weniger direkten Intervention in El Salvador und Guatemala. Aber auch hier handelt es sich um eine defensive Aktion des US-Imperialismus, und zwar gegenüber Befreiungskämpfen, die sein unmittelbares Hinterland empfindlich bedrohen.

Die USA verstärken ihre Beziehungen mit direkten Kolonialregimen und kolonialähnlichen Gebilden, um sie wirksamer als Instrument gegen nationale Befreiungskämpfe und gegen sowjetisches Vordringen einzusetzen, wie etwa dem Regime in Südafrika, Israel, aber auch Taiwan und Südkorea. Gerade dieses Vorgehen der USA erleichtert es der Sowjetunion, sich in die Front der arabischen Länder gegen den israelischen Expansionismus oder auch die Front der afrikanischen Länder gegen das südafrikanische Kolonialregime einzuschleichen und ihren Einfluß dort auszubauen, wie sie es gegenwärtig in Syrien und in bestimmten Umfang wohl auch in Mozambique exerziert.

Das offen proklamierte Bündnis mit diesen Kolonialregimen gerät zugleich in direkten Widerspruch zu der gleichzeitig verfolgten Absicht, mit Teilen der 3. Welt eine Allianz gegen das sowjetische Vorgehen zu bilden. Selbst proamerikanische Regime wie die der Golfstaaten oder auch Jordaniens erklären, daß sie den israelischen Expansionismus für eine gefährlichere Bedrohung halten als die Sowjetunion, trotz der einhellig verurteilten Intervention in Afghanistan.

Es geht nicht darum, ob die USA die Vorherrschaft in der Welt wiederherstellen und die USA wieder zur Weltmacht Nr. 1 machen *wollen* oder nicht. Zweifellos wollen sie das, genauso wie die Sowjetunion zur Weltmacht Nr. 1 werden will. Die Frage ist, ob sie es *können* und ob ihre Politik dies bewirken kann. In der wirklichen Entwicklung gibt es aber keine Anhaltspunkte dafür, daß die USA zu neuen territorialen Eroberungen übergehen können. Manches spricht dafür, daß ihr traditionelles Imperium weiter erschüttert und eingeschränkt wird in den nächsten Jahren.

Insofern ist die Politik Reagans nicht zu vergleichen mit der Vorbereitung des 2. Weltkrieges durch Hitler. Eher ist sie zu vergleichen mit der Politik Churchills, der seine Popularität aus der Kritik an der gescheiterten Politik des Appeasement gegenüber dem expandierenden deutschen Imperialismus gezogen hatte, und der, obwohl wirklich ein großer Reaktionär und eingefleischter Feind der Sowjetmacht, keineswegs der Kriegstreiber des 2. Weltkrieges gewesen war.

Das ungebrochene Vordringen der Sowjetunion macht natürlich die geplanten US-Mittelstreckenraketen noch lange nicht zu einem Instrument des Friedens. Und sie liefern auch keinen Grund dafür, in der Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker, die gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus kämpfen, nachzulassen. Aber es erklärt, warum die gegenwärtige Bewegung gegen die US-Mittelstrekkenraketen trotz ihrer relativen Breite die Bewegung einer Minderheit ist, ohne daß die Mehrheit deswegen proamerikanisch wäre. Zur Bewegung einer Mehrheit kann sie wohl nur werden, wenn sie über die Forderung nach Aufhebung des Doppelbeschlusse hinaus eine Antwort darauf gibt, wie der Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion entgegengetreten werden kann. Andernfalls *erscheint* die Politik der Bundesregierung und womöglich der christdemokratischen Reaktion als das einzig *realistische* Konzept der Friedenssicherung.

genüber der Sowjetunion herzustellen. Ist diese Einschätzung richtig, dann ist die Aufhebung des Nato-Doppelbeschlußes gegenwärtig das entscheidende Kettenglied im Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Es gibt aber relevante gesellschaftliche Kräfte, vor allem in den Gewerkschaften, die bei aller Ablehnung der amerikanischen Politik und der wachsenden Abhängigkeit der BRD von den USA die Bedrohung durch die Sowjetunion für ein mindestens ebenso großes Problem halten und die aus diesem Grund nicht die Möglichkeit sehen, den NATO-Doppelbeschluß einseitig zu bekämpfen. Sind diese Überlegungen hergeholt?

Ich will mich an dieser Stelle nicht auf einen detaillierten Vergleich der militärischen Kräfteverhältnisse der beiden Supermächte einlassen. Ohnehin sind solche Vergleiche schwierig. Eine Tatsache ist aber, daß selbst Breschnew erklärt hat, daß zum gegenwär-

bereits zielstrebig eingeleitet hatte.

Die USA bildeten seit dem Anfang dieses Jahrhunderts eine aufstrebende imperialistische Macht. Vor allem nach dem 2. Weltkrieg haben sie zielstrebig versucht, ein Weltreich zu erobern. Spätestens mit der Niederlage gegen den Befreiungskampf der Völker Südostasiens aber, die mit der Zerschlagung der portugiesischen Kolonialismus in Afrika einherging, haben sie den Zenith ihrer Entwicklung als territorial expandierende Macht überschritten. Die Niederlage in Südostasien war bereits der Höhepunkt einer Kette von Niederlagen, die sich die US-Imperialisten eingefangen hatten bei dem Versuch, die Revolution einzudämmen, die sozialistischen Länder einzukreisen und die dazwischenliegenden Zonen ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Die erste große Niederlage hatten sie sich bereits bei dem Versuch eingefangen, mit ihrer unter der UNO-Flagge operierenden Armee Korea zu unterwerfen und die Demokratische Volksrepublik

Solange aber bleibt sie innerhalb des Ringens der beiden Supermächte der Hauptkriegstreiber. Deshalb aber kann auch in Westeuropa der Kampf gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus nicht unabhängig von der Bedrohung durch den Sozialimperialismus geführt werden.

Hinzukommt, daß international die Sowjetunion auch das Zentrum der *Weltreaktion* verkörpert. Nicht bloß in dem Sinne, daß sie gegenwärtig weltweit gesehen das Haupthindernis für das Vorankommen der proletarischen Weltrevolution ist. Vor allem in dem Sinne, daß in der Sowjetunion selber und den von ihr abhängigen Ländern die politische Reaktion ungleich härter ist, die politischen und gewerkschaftlichen Rechte ungleich brutaler unterdrückt werden als in den bürgerlichen Demokratien des Westens. Und auch der Grad der Abhängigkeit ist innerhalb des Warschauer Paktes ungleich stärker als innerhalb der NATO. Die

fang wohl auch in Mozambique exerziert.

Das offen proklamierte Bündnis mit diesen Kolonialregimen gerät zugleich in direkten Widerspruch zu der gleichzeitig verfolgten Absicht, mit Teilen der 3. Welt eine Allianz gegen das sowjetische Vorgehen zu bilden. Selbst proamerikanische Regime wie die der Golfstaaten oder auch Jordaniens erklären, daß sie den israelischen Expansionismus für eine gefährlichere Bedrohung halten als die Sowjetunion, trotz der einhellig verurteilten Intervention in Afghanistan.

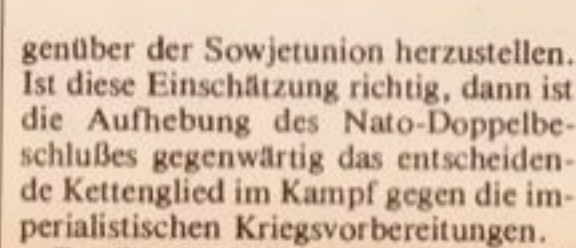
Es geht nicht darum, ob die USA die Vorherrschaft in der Welt wiederherstellen und die USA wieder zur Weltmacht Nr. 1 machen *wollen* oder nicht. Zweifellos wollen sie das, genauso wie die Sowjetunion zur Weltmacht Nr. 1 werden will. Die Frage ist, ob sie es *können* und ob ihre Politik dies bewirken kann. In der wirklichen Entwicklung gibt es aber keine Anhaltspunkte dafür, daß die USA zu neuen territo-

dem Organ einer Abspaltung des KB Nord, zu der These, daß die USA „inzwischen die Fähigkeit und Bereitschaft entwickelt haben, sich vom Prinzip der atomaren Abschreckung zu lösen, die auf diesem Prinzip basierenden Fesseln militärischer und damit politischer Handlungs‚freiheit' abzustreifen, kurzum: einen atomaren Krieg gegen die SU und deren Verbündete führbar zu machen, und zwar ohne Risiko für eine über den Krieg hinausgehende Existenzsicherung und rasche Wiedererholung unabwendbarer Kriegswunden." Dies sei vor allem deshalb gefährlich, weil dadurch „recht tiefgreifende Veränderungen im weltweiten Kräftespiel" ausgelöst würden. „Sozialrevolutionäre Bestrebungen in der 3. Welt sind – man denke an Vietnam, Mosambik und Angola – nicht unerheblich auch durch sowjetische Waffenhilfe zum Sieg gelangt. Sowjetische Militärhilfe, – die insgesamt recht wenigen Befreiungsbewegungen zuteil wurde –, basierte bisher auf einer gewissen Sicherheit, damit nicht den großen Knall auszulösen. Entfällt diese Rahmenbedingung für sowjetische Hilfeleistung, so wird ein starker Rückgang sowjetischer Unterstützung (die man keineswegs als ‚uneigennützig' definieren muß, um ihre Bedeutung für verschiedene fortschrittliche Bewegungen zu erkennen), die wahrscheinliche Folge sein."

Als Begründung dieser These wird – neben einem Kompilat des von dem

der drohende Krieg

von Lutz Plümer

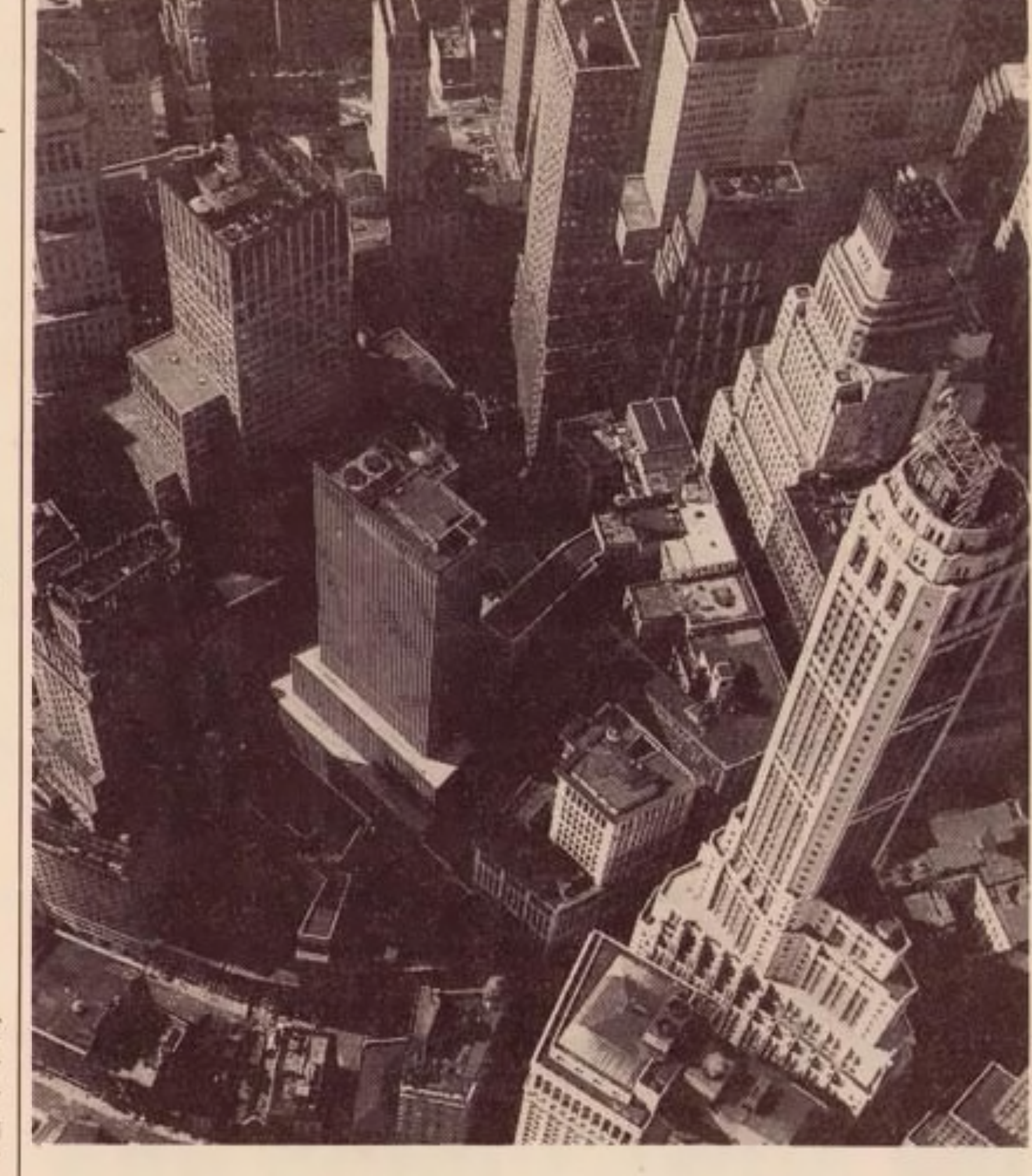


Zur wirtschaftlichen Lage

An der Leine von Wall Street

Nur scheinbar hat sich die wirtschaftliche Lage in den letzten Monaten entspannt. Neue Widersprüche haben sich entwickelt, die vor allem über den Weltmarkt wirken. Hochzinspolitik der USA und die Währungsunruhen rechnen dazu.

Von Friedemann Bleicher



Nur dem ersten Schein nach hat sich die Lage der Weltwirtschaft in den letzten Monaten etwas gebessert, wenigstens was die Beschäftigung des Kapitals und die Produktion angeht. Sieht man von Großbritannien ab, so sind Einbrüche wie die der Jahre 1974/75 bislang ausgeblieben.

In den USA bewegt sich die *Industrie-Produktion* nach der Erholung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres schon seit einiger Zeit unverändert wieder auf dem Niveau, das sie vor dem Einbruch im zweiten Vierteljahr 1980 hatte. Das Sozialprodukt soll im ersten Quartal um real 8,5% zugenommen haben, doch für das zweite Quartal wird nur ein geringes oder gar kein Wachstum erwartet. Der soeben veröffentlichte Gesamtindikator der amerikanischen Regierung für Mai ist um ein volles Prozent gegenüber April abgestürzt. Es ist der dritte und größte Rückgang dieser Meßzahl der wirtschaftlichen Entwicklung seit Januar. Schlußlichter der Industrie bleiben die Automobil-, die Stahl- und die Bauindustrie, bei denen sich keine Belebung der Produktion abzeichnet.

Über die Entwicklung der westeuropäischen Industrieproduktion liegen zusammenfassende Angaben erst bis Ende 1980 vor. Danach hat sich die Gesamtproduktion nicht mehr weiter verringert, aber auch noch nicht wieder erhöht. In Großbritannien hat der stoffliche Umfang der Produktion mit der Jahreswende das Niveau von 1973 unterschritten, wenngleich sich die Talfahrt verlangsamt hat. In Frankreich zeigen die Daten weiter nach unten, für Italien läßt sich eine Richtung im Auf und Ab schwer ausmachen. In der BRD ist der Produktionsindex zuletzt wieder gestiegen, bewegt sich allerdings immer noch weit unter dem

strie-Produktion nach der Erholung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres schon seit einiger Zeit unverändert wieder auf dem Niveau, das sie vor dem Einbruch im zweiten Vierteljahr 1980 hatte. Das Sozialprodukt soll im ersten Quartal um real 8,5% zugenommen haben, doch für das zweite Quartal wird nur ein geringes oder gar kein Wachstum erwartet. Der soeben veröffentlichte Gesamtindikator der amerikanischen Regierung für Mai ist um ein volles Prozent gegenüber April abgestürzt. Es ist der dritte und größte Rückgang dieser Meßzahl der wirtschaftlichen Entwicklung seit Januar. Schlußlichter der Industrie bleiben die Automobil-, die Stahl- und die Bauindustrie, bei denen sich keine Belebung der Produktion abzeichnet.

Über die Entwicklung der westeuropäischen Industrieproduktion liegen zusammenfassende Angaben erst bis Ende 1980 vor. Danach hat sich die Gesamtproduktion nicht mehr weiter verringert, aber auch noch nicht wieder erhöht. In Großbritannien hat der stoffliche Umfang der Produktion mit der Jahreswende das Niveau von 1973 unterschritten, wenngleich sich die Talfahrt verlangsamt hat. In Frankreich zeigen die Daten weiter nach unten, für Italien läßt sich eine Richtung im Auf und Ab schwer ausmachen. In der BRD ist der Produktionsindex zuletzt wieder gestiegen, bewegt sich allerdings immer noch weit unter dem
Stand des Jahres 1980; außerdem wird seine Aussagekraft angezweifelt, seit die Erfassung zu Jahresbeginn umgestellt wurde.

Auch die Entwicklung der *Investitionen* hebt sich von der letzten Krise ab. Insbesondere in Japan, Frankreich, Italien und der BRD sind sie auf relativ hohem Stand verharrt. Im einzelnen gibt die folgende Tabelle Aufschluß, die die Veränderungen der privaten Anlageinvestitionen in konstanten Preisen gegenüber dem Vorjahr angibt.

Doch damit sind die Faktoren, die sich positiv von 1974/75 abheben, auch aufgezählt. Andere Seiten der Entwicklung heben sich negativ ab und verhindern eine wirkliche Überwindung der Krise.

Sichtbarstes Zeichen fortdauernder Krise ist die *Arbeitslosigkeit*. Binnen

Investitionen 1974/75 u. 1979/80

	1974 *1979*	1975 *1980*
USA	-1,7	-12,1
	6,5	*-3,0*
Japan	-6,1	-6,9
	12,5	*6,4*
BRD	-10,9	-1,5
	10,0	*4,0*
Frankreich	-1,1	-6,8
	6,0	*3,4*
Großbrit.	-1,8	-3,0
	2,7	*1,8*
Italien	2,9	-19,9
	7,9	*13,4*

(Quelle: BIZ, 51. Jahresbericht S. 47)

eines Jahres hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Großbritannien um 65% zugenommen, um 44% in Westdeutschland, um 20% in Frankreich, um 14% in Japan, um 10% in Italien und um 3% in den USA, wo sie allerdings den Stand der Jahre 1974/75

sich positiv von 1974/75 abheben, auch aufgezählt. Andere Seiten der Entwicklung heben sich negativ ab und verhindern eine wirkliche Überwindung der Krise.

Sichtbarstes Zeichen fortdauernder Krise ist die *Arbeitslosigkeit*. Binnen

Investitionen 1974/75 u. 1979/80

	1974 *1979*	1975 *1980*
USA	-1,7	-12,1
	6,5	*-3,0*
Japan	-6,1	-6,9
	12,5	*6,4*
BRD	-10,9	-1,5
	10,0	*4,0*
Frankreich	-1,1	-6,8
	6,0	*3,4*
Großbrit.	-1,8	-3,0
	2,7	*1,8*
Italien	2,9	-19,9
	7,9	*13,4*

(Quelle: BIZ, 51. Jahresbericht S. 47)

eines Jahres hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Großbritannien um 65% zugenommen, um 44% in Westdeutschland, um 20% in Frankreich, um 14% in Japan, um 10% in Italien und um 3% in den USA, wo sie allerdings den Stand der Jahre 1974/75
nicht erreicht hat. In Großbritannien wird nunmehr mit drei Millionen Arbeitslosen im Herbst gerechnet.

Doch so sehr dies den verschwenderischen Charakter der kapitalistischen Warenproduktion zeigt, in der der Arbeiter als nichts gilt denn als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft, die auf Halde kommt, wenn sie nicht gebraucht wird, so wenig muß dies den Gang der Verwertung des Kapitals stören. Die steigende Reservearmee zeigt nur an, daß der Teil des Kapitals, der zum Ankauf von Arbeitskraft aufgewandt wird, der nur einen kleinen Teil des Gesamtkapitals ausmacht, zurückbleibt hinter dem Umfang der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die kapitalistische Produktion erfordert niemals die Beschäftigung aller zur Verfügung stehender Arbeiter. Im Gegenteil ist es eine ihrer Existenzbedingungen, jederzeit frei verfügbare Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden, wenn in diesem oder jenem Zweig das Geschäft anzieht.

Gestört ist die Produktion, weil der Warenaustausch gestört ist, weil daher die Zirkulation des Kapitals gestört ist, weil Zusatzkapital nicht mehr profitlich anzulegen ist, weil sich selbst das vorhandene Kapital nicht mehr verwertet. Und diese Störung, die ihre Wellen erst noch richtig schlagen wird, geht von dort aus, von wo allseits gegenwärtig das Heil erhofft wird: Von den Weltmärkten.

Alle Versuche der Krisenlösung haben zum Kern, die Löhne – d.h. die Gesamtsumme der Kosten der Arbeitskraft einschließlich aller Versicherungskosten – soweit zu senken, bis sich die Profite wieder wohligen Wohlbefindens erfreuen. So auch in dieser Krise, in der wie in der vorigen gestie-

de kommt, wenn sie nicht gebraucht wird, so wenig muß dies den Gang der Verwertung des Kapitals stören. Die steigende Reservearmee zeigt nur an, daß der Teil des Kapitals, der zum Ankauf von Arbeitskraft aufgewandt wird, der nur einen kleinen Teil des Gesamtkapitals ausmacht, zurückbleibt hinter dem Umfang der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die kapitalistische Produktion erfordert niemals die Beschäftigung aller zur Verfügung stehender Arbeiter. Im Gegenteil ist es eine ihrer Existenzbedingungen, jederzeit frei verfügbare Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden, wenn in diesem oder jenem Zweig das Geschäft anzieht.

Gestört ist die Produktion, weil der Warenaustausch gestört ist, weil daher die Zirkulation des Kapitals gestört ist, weil Zusatzkapital nicht mehr profitlich anzulegen ist, weil sich selbst das vorhandene Kapital nicht mehr verwertet. Und diese Störung, die ihre Wellen erst noch richtig schlagen wird, geht von dort aus, von wo allseits gegenwärtig das Heil erhofft wird: Von den Weltmärkten.

Alle Versuche der Krisenlösung haben zum Kern, die Löhne – d.h. die Gesamtsumme der Kosten der Arbeitskraft einschließlich aller Versicherungskosten – soweit zu senken, bis sich die Profite wieder wohligen Wohlbefindens erfreuen. So auch in dieser Krise, in der wie in der vorigen gestie-
gene Rohölkosten als zusätzliches Argument, das an sich ja schon älter ist, für diese kapitalistische Naturnotwendigkeit herhalten mußten.

„Aus binnenwirtschaftlicher Sicht sollte die *Einkommensschmälerung* eher zu Lasten der privaten Haushalte gehen", schreibt z. B. die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), in der alle wichtigen Zentralbanken vertreten sind, in ihrem neuen Jahresbericht. Denn: „Diese Art der Anpassung trägt zu einer Wahrung oder sogar Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation bei. Andererenfalls geraten die Unternehmenserträge zu sehr unter Druck, mit all den negativen Folgen für Investitionen und künftige reale Einkommenssteigerungen." Die weiter hohe Arbeitslosigkeit hat dieser Absicht Auftrieb gegeben. „Auf der Kostenseite zeigt sich das bessere Abschneiden der Industrieländer in der Zeit des zweiten Ölschocks bei der Entwicklung der Lohnstückkosten. Anders als 1974/75, als die Lohnkosten je Produkteinheit in allen Ländern beträchtlich stiegen, blieb der Anstieg 1979/80 vergleichsweise begrenzt. Der mäßigen Zunahme standen jedoch starke Erhöhungen bei den Lohnnebenkosten gegenüber, insbesondere bei den Sozialabgaben der Arbeitgeber, die sich in den meisten Ländern erhöhten." Daher die die Lohnsenkung flankierende Aufgabe des Angriffs auf die Sozialversicherung und die Sozialleistungen. Es ist klar, daß sie eine schrumpfende Lohnsumme dämpfen, sind sie doch gerade zur Milderung jener Schicksalsschläge erkämpft, die den Arbeiter besonders in der Krise ereilen. In der BRD etwa hat die Nettolohn- und -gehaltssumme im ersten Quartal real um 1,1% abgenommen

Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), in der alle wichtigen Zentralbanken vertreten sind, in ihrem neuen Jahresbericht. Denn: „Diese Art der Anpassung trägt zu einer Wahrung oder sogar Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation bei. Andererenfalls geraten die Unternehmenserträge zu sehr unter Druck, mit all den negativen Folgen für Investitionen und künftige reale Einkommenssteigerungen." Die weiter hohe Arbeitslosigkeit hat dieser Absicht Auftrieb gegeben. „Auf der Kostenseite zeigt sich das bessere Abschneiden der Industrieländer in der Zeit des zweiten Ölschocks bei der Entwicklung der Lohnstückkosten. Anders als 1974/75, als die Lohnkosten je Produkteinheit in allen Ländern beträchtlich stiegen, blieb der Anstieg 1979/80 vergleichsweise begrenzt. Der mäßigen Zunahme standen jedoch starke Erhöhungen bei den Lohnnebenkosten gegenüber, insbesondere bei den Sozialabgaben der Arbeitgeber, die sich in den meisten Ländern erhöhten." Daher die die Lohnsenkung flankierende Aufgabe des Angriffs auf die Sozialversicherung und die Sozialleistungen. Es ist klar, daß sie eine schrumpfende Lohnsumme dämpfen, sind sie doch gerade zur Milderung jener Schicksalsschläge erkämpft, die den Arbeiter besonders in der Krise ereilen. In der BRD etwa hat die Nettolohn- und -gehaltssumme im ersten Quartal real um 1,1% abgenommen,
dank der gestiegenen Sozialleistungen (einschließlich erhöhtem Kindergeld) aber hat das Gesamt-Netto-Einkommen (Masseneinkommen) gerade noch einmal das Niveau von 1980 gehalten.

Trotz des Handicaps höherer Sozialabgaben, an dessen Überwindung eine ganze Reihe von Ministerialbürokraten und Gutachterprofessoren emsig arbeiten, konnten sich die Profite in allen Ländern mit Ausnahme Großbritanniens relativ ungeschoren halten, woraus auch die Mittel für die vergleichsweise höheren Investitionen stammen. Urteilt die Baseler BIZ: „Das Bild einer günstigeren Lohnanpassung wird bestätigt, wenn man die Veränderungsrate der realen Arbeitsverdienste mit der des Produktivitätszuwachses vergleicht. In den meisten Ländern stiegen die realen Arbeitsverdienste während des zweiten Ölpreisschubs relativ wenig oder gingen sogar zurück, während sich die Produktivität im Durchschnitt fast so günstig entwickelte wie 1974/75."

Erfolgt also bei der Umverteilung der geschrumpften Volkseinkommen zugunsten der Profite. Doch weder erschöpft sich die Krisenpolitik darin, noch kann dieses Ziel unmittelbar angegangen werden.

Das Erbe der Krisenpolitik von 1975

Auf die Krise von 1974 hatten die meisten Regierungen mit einer massiven Ausweitung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte und der Finanzierung der daraus resultierenden Defizite durch Kreditaufnahme reagiert. Die Absicht dieses „deficit spending" war es, die am Markt ausgefallene Nachfrage zu ersetzen durch staatliche Nachfrage. Aufgeschatztes Geld sollte per Staatskredit und Staatsausgabe in kaufkräftige Nachfrage verwandelt werden, freie Kapazitäten an fixem Kapital, brachliegendes Kapital sollte wieder beschäftigt werden. Preissteigerungen sollten die Reallöhne senken.

Abgesehen von vorübergehenden Erfolgen dieser Politik war vor allem dreierlei die Folge. Erstens haben sich die Defizite in den meisten Ländern in der Folge nicht abgebaut und eine Krise der Staatsfinanzen heraufbeschworen. „Paradoxerweise" hätte sich die Verschlechterung der Haushaltslage, mit der wesentlichen Ausnahme der USA, was 1980 auch nicht mehr zutrifft, „im allgemeinen nicht umgekehrt", schreibt die BIZ, „und in einigen Ländern, namentlich in Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Japan, weitete sich das Defizit der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum Volkseinkommen weiter aus.".

Zweitens kam es erstmals zu der Erscheinung, daß trotz eines Überangebots von Waren und leerstehender Produktionsanlagen die Preise stiegen. Die Preisentwicklung ist seither nur noch ausnahmsweise zur gemächlichen Entwicklung der 50er und 60er Jahre zurückgekehrt.

Drittens schließlich wurden die Devisenmärkte in Turbulenzen gestürzt und die internationalen Kreditmärkte aufgebläht. Zur Bekämpfung der Inflation nämlich trieben die Zentralbanken die Zinsen in die Höhe. Anlagesuchendes Geld floß in das Land mit den je-

werden, freie Kapazitäten an fixem Kapital, brachliegendes Kapital sollte wieder beschäftigt werden. Preissteigerungen sollten die Reallöhne senken.

Abgesehen von vorübergehenden Erfolgen dieser Politik war vor allem dreierlei die Folge. Erstens haben sich die Defizite in den meisten Ländern in der Folge nicht abgebaut und eine Krise der Staatsfinanzen heraufbeschworen. „Paradoxerweise" hätte sich die Verschlechterung der Haushaltslage, mit der wesentlichen Ausnahme der USA, was 1980 auch nicht mehr zutrifft, „im allgemeinen nicht umgekehrt", schreibt die BIZ, „und in einigen Ländern, namentlich in Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Japan, weitete sich das Defizit der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum Volkseinkommen weiter aus.".

Zweitens kam es erstmals zu der Erscheinung, daß trotz eines Überangebots von Waren und leerstehender Produktionsanlagen die Preise stiegen. Die Preisentwicklung ist seither nur noch ausnahmsweise zur gemächlichen Entwicklung der 50er und 60er Jahre zurückgekehrt.

Drittens schließlich wurden die Devisenmärkte in Turbulenzen gestürzt und die internationalen Kreditmärkte aufgebläht. Zur Bekämpfung der Inflation nämlich trieben die Zentralbanken die Zinsen in die Höhe. Anlagesuchendes Geld floß in das Land mit den je-
weils höchsten Zinsen und beeinflußte wesentlich die Wechselkurse. Andererseits wichen Kreditnehmer den hohen inländischen Zinsen durch den Gang auf ausländische Kapitalmärkte aus.

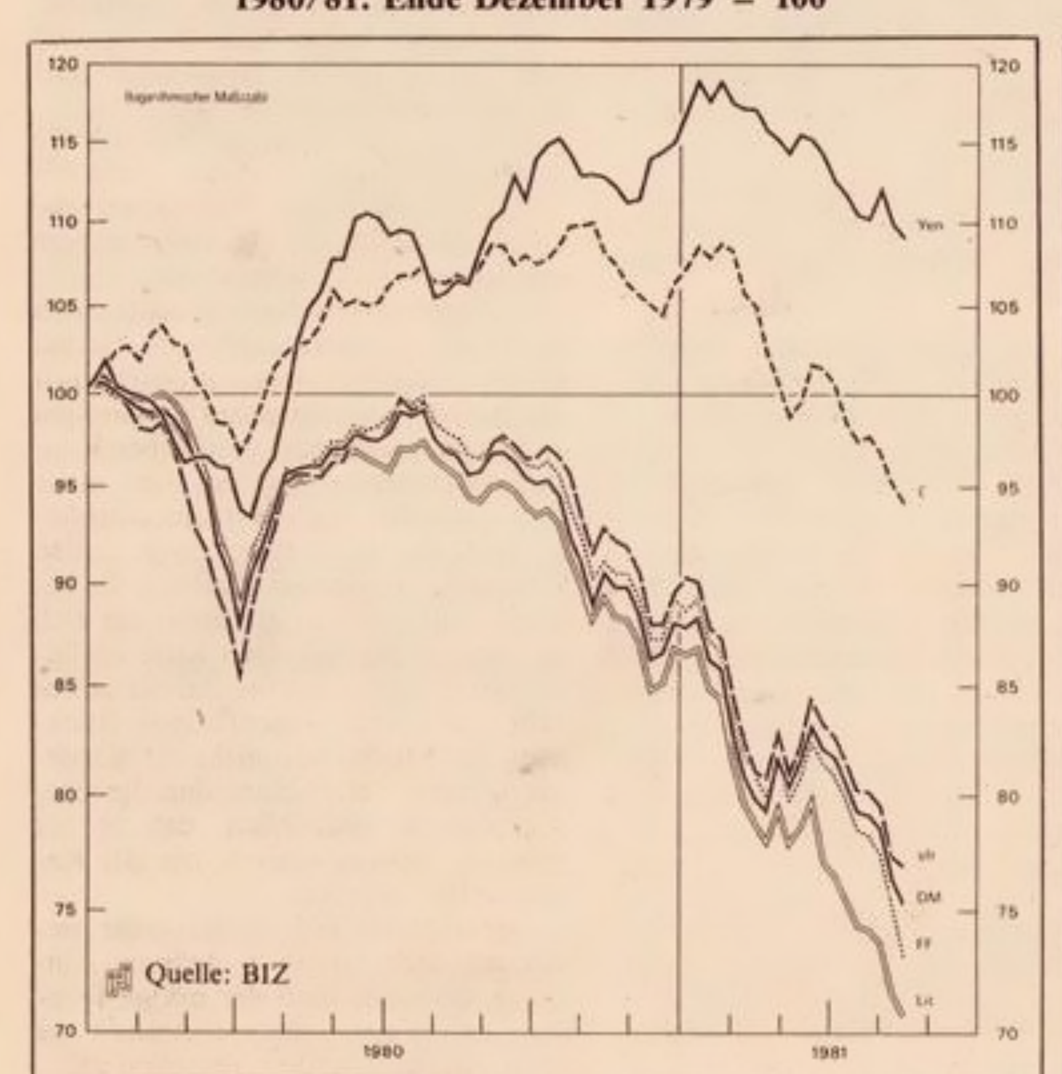
Daran zu erinnern ist notwendig, weil die Ergebnisse der Heilmittel von damals die Bedingungen gesetzt haben, die eine Wiederholung der Politik von damals – jedenfalls im damaligen politischen Rahmen – unmöglich gemacht haben und die jetzt selbst Momente der neuen Krise geworden sind.

Neue Politik auf Konfrontationskurs

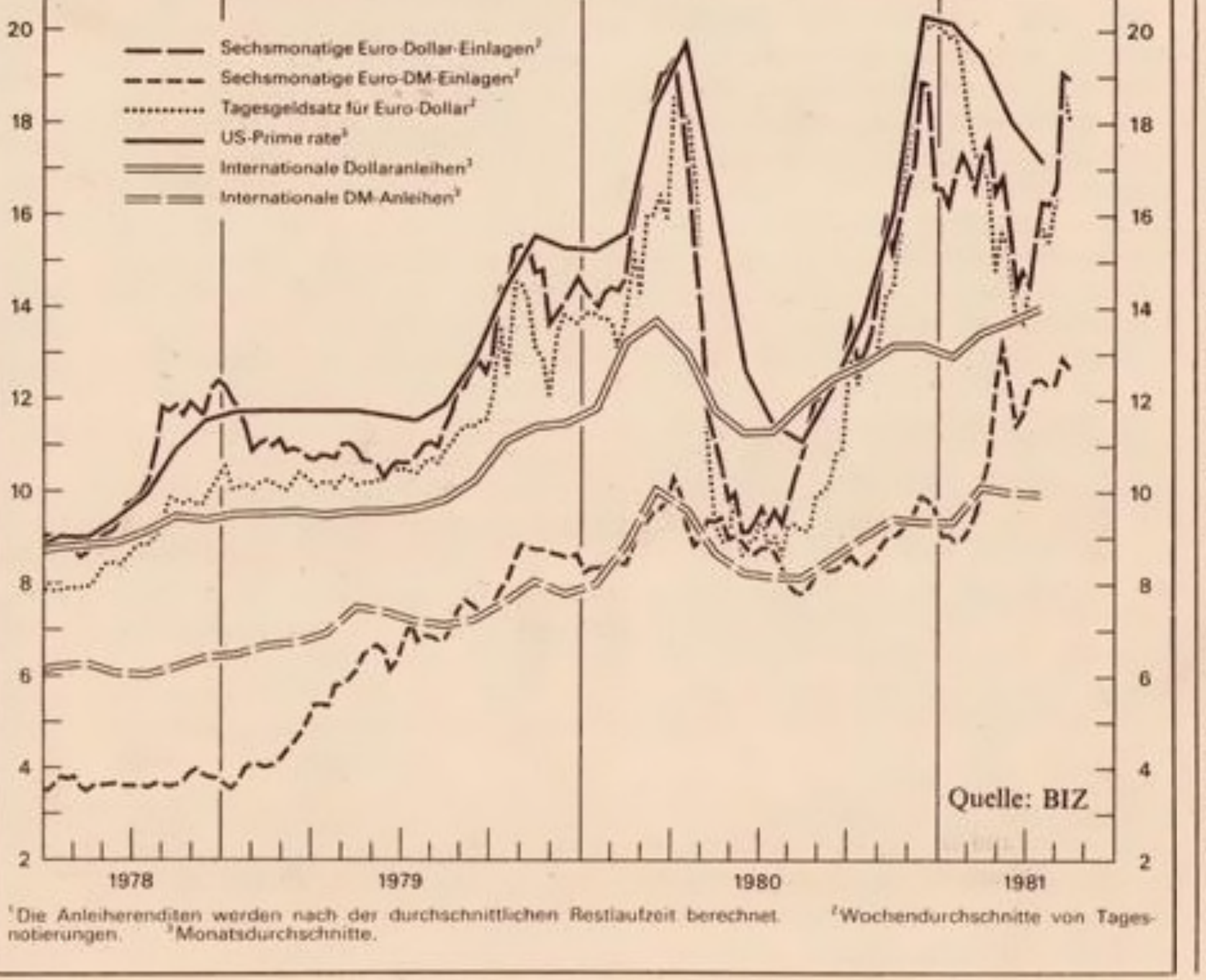
Gegenüber 1974/75 hat sich in der *Wirtschaftspolitik* ein deutlicher Kurswechsel vollzogen. Großbritannien und USA sind hier nur die extremsten Verfechter. Die Politik der Nachfragestützung ist bedeutungslos geworden. Stattdessen steht die Bekämpfung der Inflation durch hohe Zinsen oder knapp gehaltene Geldemenge sowie die Zuführung von Investitionskapital durch Reduzierung der Haushaltsdefizite und des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt hoch im Kurs. Es ist offensichtlich, daß diese Politik unmittelbarer als ihr Vorgänger auf Konfrontation angelegt ist – und ihre Ziele ebensowenig erreichen wird.

Die Verringerung der Haushaltsdefizite ist eine jener Maßnahmen, mit denen indirekt die Lohnsumme zugunsten der Profite vermindert werden soll. In allen westlichen Industrienationen hat sich der Anteil der Sozialausgaben (Transferzahlungen) in Prozent des Bruttosozialprodukts in den letzten zehn Jahren weiter erhöht. Doch es

Indexwerte ausgewählter Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar 1980/81. Ende Dezember 1979 = 100



Zinsdifferenzen zwischen DM und US-Dollar[1]



[1]Die Anleiherenditen werden nach der durchschnittlichen Restlaufzeit berechnet. [2]Wochendurchschnitte von Tagesnotierungen. [3]Monatsdurchschnitte.

geht noch um mehr. Der Anteil der gesamten öffentlichen Ausgaben beläuft sich international zwischen ⅓ und über der Hälfte des Sozialprodukts. Diese Ausgaben sind „unproduktiv", sie werden nicht als Kapital verausgabt, das sich verwertet und Mehrwert einsaugt. Sie müssen vielmehr zum größten Teil finanziert werden aus der Mehrwertmasse und schränken die Akkumulationsfähigkeit des produktiven, mehrwertproduzierenden Kapitals ein.

Es geht also bei den weltweit geforderten Haushaltssanierungen auch darum, Kapital für die Wertproduktion und für die Ausweitung des Verwertungsprozesses freizusetzen. Die Bundesbank etwa sorgt sich in ihrem neuen Monatsbericht darum, daß mit der zunehmenden Beanspruchung des Sozialprodukts durch den Staat, die für dieses Jahr abzusehen sei, die Wirtschaftsstruktur nochmals in ungünstiger Richtung beeinflußt werde. „Denn es ist zu erwarten, daß der Dienstleistungsbereich im weitesten Sinne erneut an Boden gewinnt, das warenproduzierende Gewerbe dagegen zurückfällt, eine Tendenz, die seit Jahren zu beobachten ist." Und in Übernahme des in den USA schon seit langem kursierenden Schlagworts heißt es: „Es wird vielmehr zu einer Umkehr im Sinne einer gewissen ‚Reindustrialisierung' der Bundesrepublik kommen müssen."

So gesehen wird eine Rückführung überhöhter Anteile des Staatsverbrauchs am Sozialprodukt auch zu einer Voraussetzung der Krisenüberwindung. Indes lassen sich darin kaum Fortschritte erkennen.

Die Haushaltsdefizite sind nirgendwo verringert. In Westdeutschland übertrafen sie in jedem der vergangenen Jahre trotz gegenteiliger Absichten das jeweilige Vorjahresniveau und werden dieses Jahr wohl das Rekordniveau von 70 Mrd. DM – alle öffentlichen Haushalte – erreichen. Die 1973 geplanten Schuldenaufnahmen werden nicht ausreichen, die fälligen Zinsen zu zahlen.

Auch der britischen Regierung ist es bislang keineswegs gelungen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Keines ihrer Ziele hat die britische Regierung erreicht. Ein anhaltendes Staatsdefizit muß mit steigenden Zinsen finanziert werden. Die Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen, lauthals angekündigt, ist weiter denn je von der Verwirklichung entfernt. Stattdessen müssen ständig neue Zuschüsse vergeben werden und konnte kürzlich der größte Computerhersteller des Landes bloß durch staatliche Bürgschaft gerettet werden. Weder die Geldmengenpolitik und die drastische Kürzung der Kreditvergabemöglichkeiten der Banken, noch die Tatsache, daß Großbritannien zum Ölexporteur geworden ist, hat die Inflationsrate auf einstellige

dung. Indes lassen sich darin kaum Fortschritte erkennen.

Die Haushaltsdefizite sind nirgendwo verringert. In Westdeutschland übertrafen sie in jedem der vergangenen Jahre trotz gegenteiliger Absichten das jeweilige Vorjahresniveau und werden dieses Jahr wohl das Rekordniveau von 70 Mrd. DM – alle öffentlichen Haushalte – erreichen. Die 1973 geplanten Schuldenaufnahmen werden nicht ausreichen, die fälligen Zinsen zu zahlen.

Auch der britischen Regierung ist es bislang keineswegs gelungen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Keines ihrer Ziele hat die britische Regierung erreicht. Ein anhaltendes Staatsdefizit muß mit steigenden Zinsen finanziert werden. Die Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen, lauthals angekündigt, ist weiter denn je von der Verwirklichung entfernt. Stattdessen müssen ständig neue Zuschüsse vergeben werden und konnte kürzlich der größte Computerhersteller des Landes bloß durch staatliche Bürgschaft gerettet werden. Weder die Geldmengenpolitik und die drastische Kürzung der Kreditvergabemöglichkeiten der Banken, noch die Tatsache, daß Großbritannien zum Ölexporteur geworden ist, hat die Inflationsrate auf einstellige

Zahlen heruntergebracht. Was nebenbei zeigt, wie wenig höhere Ölimportpreise Ursache der Inflation sind, wenn nicht schon der Boden bereitet ist. Und trotz mehr als 10% Arbeitslosen macht Großbritannien in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität den USA den letzten Rang unter den großen Industrienationen streitig.

Das Haushaltsdefizit war hier der Ausgangspunkt einer ganzen Kettenreaktion. Geplant war für 1980/81 ein Defizit von 3¾% des Sozialprodukts. Tatsächlich jedoch übertrafen die tatsächlichen die geplanten Ausgaben infolge der Krise so sehr, daß die Neuverschuldung schließlich 5½% betrug. Diese zusätzliche Kreditnachfrage seitens des Staates trug nicht unwesentlich zu höheren Zinsen auf dem Kapitalmarkt bei, was wiederum den Kurs des Pfundes nach oben trieb. Ein hoher Kurs der eigenen Währung aber verbilligt zwar die Importe, verteuert aber die Exporte für das Ausland. Entweder die Kapitalisten können weniger exportieren, weil ihre Waren im Preis nicht mehr konkurrenzfähig sind, oder sie müssen im Preis nachgeben, was ihnen auch das Geschäft verdirbt. Die britischen Kapitalisten wählten den zweiten Weg, denn eine Auslastung des fixen Kapitals zu schlechten Preisen ist immer noch besser als gar keine Auslastung. Andererseits sorgten die hohen Zinsen für einen Fortgang der Pleitewelle und verteuerten neue Investitionen. Also sank die Produktion noch mehr. Und die Regierung mußte letzte Woche erneut Steuererhöhungen ankündigen, um das Haushaltsdefizit nicht noch weiter steigen zu lassen. Eine Maßnahme, die wirklich nicht in dieses Konzept paßt.

Auch in den USA wurde das geplante Haushaltsdefizit regelmäßig überschritten. Im Haushaltsjahr 1979/80 war ein Defizit von 29 Mrd. $ geplant, abgeschlossen wurde mit einem Fehlbetrag von 59 Mrd. $. Im laufenden Haushaltsjahr, das im Oktober 1970 anlief, wird ebenfalls eine Überschreitung der Planung mit 55 Mrd. $ vorhergesagt. Die Regierung Reagan beabsichtigt nun, Ausgaben wie Einnahmen deutlich zu kürzen. Die Einnahmen sollen durch Steuersenkungen gekürzt werden. Die Ausgabenkürzungen betreffen vor allem die Sozialausgaben, denn Reagan hat seine Politik ganz auf die Förderung von Investitionen und auf wirtschaftspolitische Anreize abgestellt. Ob ihm diese Kürzungen voll gelingen, kann bezweifelt werden. Er hätte dann die Steuern gesenkt, ungeplante Ausgaben wären dann wieder durch Kreditaufnahme zu finanzieren.

Die Hochzinspolitik der USA

Das wesentliche an der Entwicklung in den USA aber bleibt die Entwicklung der *Zinsen*. Hochgetrieben im Kampf gegen Inflation und Spekulationen treiben sie mittlerweile große Teile der Wirtschaft in den Ruin. Die Pleiten in Industrie und Handel haben Rekordmarken erreicht.

Einerseits wird die amerikanische Wirtschaft aus ihrer Krise nicht wirklich herauskommen, solange die Zinsen nicht zurückgehen. Andererseits zwingen die hohen US-Zinsen die ganzen westlichen Staaten, dieser Politik zu folgen, schränken ihren eigenen Handlungsspielraum erheblich ein und lassen sie für die Krisenbekämpfung der USA zahlen. Massive Kritik gab es daher an dieser Politik auf der letzten Ratstagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), und für den Wirtschaftsgipfel Ende des Monats werden ebenfalls Messer gewetzt – die aber am Ende in der Scheide bleiben werden. Denn der beherrschende Rolle des US-Dollars und der Wirtschaftsmacht der USA haben die westeuropäischen Mächte zu wenig entgegenzusetzen, zumal insbesondere die britische Regierung in der US-Politik nur die Entsprechung ihrer eigenen Politik sieht.

„Was die Situation wirklich ärgerlich macht, ist, daß die Gründe für die andauernde Rezession als weitgehend außerhalb der Kontrolle der europäischen Regierungen und Völker liegend gesehen werden", schreibt die in London und Frankfurt erscheinende Financial Times. Und diese Gründe seien die Folge von Maßnahmen des wichtigsten Handelspartners und des wichtigsten Verbündeten. „Noch schlimmer wird die Sache dadurch, daß in Europa das Gefühl weit verbreitet ist, daß die Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration anderen Ländern Wunden schlägt, ohne daß sie der amerikanischen Wirtschaft viel Gutes tun würde."

Die Inflation in den USA hat bereits 1977 angezogen und erreichte 1979 eine zweistellige Rate. Ende 1979 hatte die damalige Regierung im Verein mit dem Zentralbanksystem Kreditbeschränkungen verfügt. Eine Börsenpanik war die Folge, weil die zahlreichen mit Kredit arbeitenden Spekulanten zu jedem Preis verkaufen mußten, um ihre Schuldzinsen begleichen zu können. Die Börse fing sich, die Zinsen stiegen jetzt kräftig. Im März 1980 wurden erneut Kreditbeschränkungen verfügt, in deren Gefolge die Zinsen nach oben schnellten. Die Konsumentenkredite waren vor allem getroffen, der Hausbau liegt seither darnieder. Diese Maßnahme hat auch unmittelbar den tiefen Einbruch der Produktion im zweiten Quartal 1980 ausgelöst. Später sanken die Zinsen, aber nur, um Ende des Jahres wieder neue Höhen zu erklimmen. Seither ertönt etwa alle 14 Tage die Kunde, die Zinsen seien am sinken und ein Aufschwung nah – um binnen kurzem von einer neuen Hiobsbotschaft verfolgt zu weden.

Der ganze Verlauf der Wirtschaftstätigkeit in den USA, insbesondere das Auf und Ab der Zinsen, zeigt, daß die US-Wirtschaft ihre Krise kaum überwunden hat, sondern in einem krisenhaften Zustand verharrt und verharren wird, ehe nicht die Dollarzinsen dauerhaft sinken.

Die hohen Dollarzinsen ziehen flüssige Gelder in anderen Währungen an. Es bedeutet dies übrigens nicht, daß diese Gelder dann in die USA wandern, es heißt bloß, daß sie in Dollar verwandelt werden. Tatsächlich sind im vergangenen Jahr mehrere zig Mrd. Dollar aus den USA abgewandert auf die internationalen Dollarmärkte, von wo sie wiederum weiterverliehen wurden. Gerade dies schafft die Übermacht der US-Politik.

Der Sog, den der Dollar so erzeugt, drückt auf den Kurs anderer Währungen. Entweder sie werden entwertet oder die betreffenden Zentralbanken müssen ihrerseits die Zinsen höher setzen, als es den Kreditbedürfnissen der eigenen Wirtschaft entsprechen würde. Hochzinspolitik der USA, die Hochzinspolitik in anderen Ländern erzwingt, und ein scheinbar unaufhaltsam steigender Dollar sind die beherrschenden Momente der derzeitigen Entwicklung. Neue Widersprüche werden dadurch deshalb verschärft, weil ausgerechnet jene Währungen in ihrem äußeren Wert fallen, deren innerer Wert vergleichsweise beständig ist.

Steigen die Preise im einen Land schneller als im anderen, so findet dies gewöhnlich dadurch seinen Ausgleich, daß die Währung des Landes mit der höheren Preissteigerung abwertet wird gegenüber der Währung des Landes mit der geringeren Preissteigerung. Diesem Ausgleich aber widersprechen die gegenwärtigen Bewegungen auf den Devisenmärkten. Hier werden nicht Ungleichgewichte beseitigt, sondern hier werden bestehende Ungleichgewichte verschärft.

Diese absehbaren Störungen auf dem Weltmarkt sind auch die Hauptbegründungen jener Prognosen, die eine andauernde Krise vorhersagen. So hatte z.B. die OECD im Dezember noch ein weltweites Wachstum von 1,5% vorhergesagt, vermutet nun aber eine Stagnation.

zen westlichen Staaten, dieser Politik zu folgen, schränken ihren eigenen Handlungsspielraum erheblich ein und lassen sie für die Krisenbekämpfung der USA zahlen. Massive Kritik gab es daher an dieser Politik auf der letzten Ratstagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), und für den Wirtschaftsgipfel Ende des Monats werden ebenfalls Messer gewetzt – die aber am Ende in der Scheide bleiben wer-

nahme hat auch unmittelbar den tiefen Einbruch der Produktion im zweiten Quartal 1980 ausgelöst. Später sanken die Zinsen, aber nur, um Ende des Jahres wieder neue Höhen zu erklimmen. Seither ertönt etwa alle 14 Tage die Kunde, die Zinsen seien am sinken und ein Aufschwung nah – um binnen kurzem von einer neuen Hiobsbotschaft verfolgt zu weden.

Der ganze Verlauf der Wirtschaftstätigkeit in den USA, insbesondere das

Diesem Ausgleich aber widersprechen die gegenwärtigen Bewegungen auf den Devisenmärkten. Hier werden nicht Ungleichgewichte beseitigt, sondern hier werden bestehende Ungleichgewichte verschärft.

Diese absehbaren Störungen auf dem Weltmarkt sind auch die Hauptbegründungen jener Prognosen, die eine andauernde Krise vorhersagen. So hatte z.B. die OECD im Dezember noch ein weltweites Wachstum von

BRD: Strohfeuer im Export

Die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft weist in den letzten Monaten keine großen Überraschungen auf. Die Industrieproduktion hat sich vermutlich etwas erholt, bleibt aber unter dem Stand des Jahres 1980. Damit sich jene Größe erhöhe, die in der Statistik dann Arbeitsproduktivität heißt, wurden weitere Arbeitskräfte abgestoßen. Die Bauinvestitionen sanken real um 9,5% gegenüber dem Vorjahr, die Ausrüstungsinvestitionen um 1%.

„In der Bundesrepublik Deutschland hat das Bruttosozialprodukt vom vierten Quartal 1980 zum ersten Vierteljahr 1981 erstmals seit drei Quartalen saison- und preisbereinigt wieder leicht zugenommen," frohlockt der Wirtschaftsminister in seinem jüngsten Lagebericht. Doch diese Umkehrung der Entwicklung geht praktisch ausschließlich auf eine günstige Entwicklung des Exports zurück. Diese günstige Entwicklung, die sich auch in den Auftragseingängen zeigt, kann sich aber rasch als Strohfeuer entpuppen.

Klar war, fiel man nicht auf die Kapitalistenpropaganda herein, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Produkte über längere Zeit aufgrund der relativ geringeren Preissteigerung wieder verbessern und die Leistungsbilanz verbessern werde. Die jetzige sprunghafte Verbesserung aber beruht auf der drastischen Abwertung der Mark, vor allem gegenüber dem Dollar. Dies hat die westdeutschen Waren auf dem Weltmarkt weiter verbilligt, verteuert aber gleichzeitig die Importe im Inland. In Dollar gerechnet bringt die gleiche Ware, wird sie zum selben DM-Betrag berechnet, jetzt in Dollar weniger als zuvor auf das Konto der Handelsbilanz, während die in Dollar berechneten Importwaren so teuer zu bezahlen sind wie zuvor. Was dem einzelnen Kapitalisten nützt, ist also nicht unbedingt auch günstig für die Handelsbilanz.

Vor allem aber ist die Abwertung der D-Mark übertrieben. In der Veränderung der Konkurrenzfähigkeit gibt es dafür keine Begründung, wenn man von den ruhigen Verhältnissen des Jahres 1978 ausgeht. Vielmehr hat sich die D-Mark seit Ende letzten Jahres genau in dem Maße abgewertet, wie die Zinsdifferenz zum US-Dollar gestiegen ist. Läßt diese Wirkung nach, so wird sich die D-Mark wieder aufwerten. Dies kann innerhalb kurzer Zeit geschehen, mit allen negativen Folgen für den Handel, der Kontinuität in den Preisen verlangt.

Positiv verzeichnet die Handelsbilanz für die Monate Januar bis April, daß vor allem die Exporte in die OPEC-Länder und in die nicht Erdöl fördernden Entwicklungsländer zugenommen haben. Die Lieferungen in die OPEC-Länder haben sich gegenüber den ersten vier Monaten 1980 um 27,5% erhöht, wodurch sich das Defizit von -5,2 auf -3,8 Mrd. DM verringerte. Die Lieferungen in die restlichen Entwicklungsländer stiegen um 22,7%, wodurch sich das Defizit von -1,9 auf -0,5 Mrd. DM verringerte. Deutlich verschlechtert hat sich die Bilanz gegenüber dem Öllieferanten Großbritannien und gegenüber den Niederlanden (höhere Preise für Mineralölprodukte). Letzteres sind die direkten Auswirkungen einer abgewerteten Mark und stellen die Kehrseite des Mengenwachstums im Export dar.

Verschlechtert hat sich auch die Bilanz gegenüber Japan trotz überdurchschnittlicher Exportsteigerungen und gegenüber den USA, wohin die Exporte weiter geschrumpft sind.

Wie lange die kurze Exportblüte dauert, hängt ganz von der Laune der Finanzmagnaten der Wall Street ab. Insofern drohen neue Krisenmomente vor allem vom Weltmarkt her.

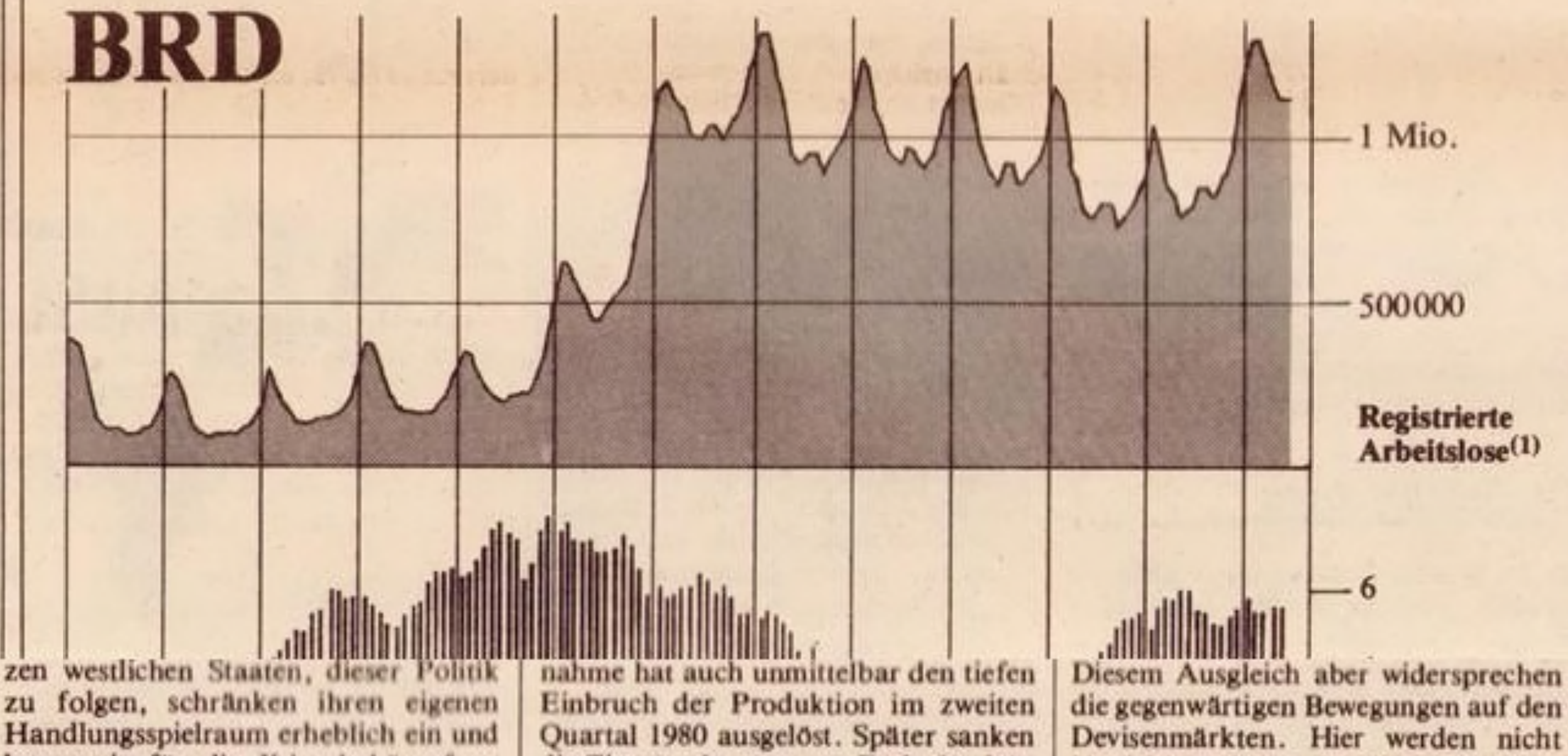
Der Sachverständigenrat hatte noch in seinem Hauptgutachten im Herbst geurteilt, die westdeutsche Wirtschaft befinde sich nicht in einem „zyklischen Abschwung nach herkömmlichen Konjunkturmuster", sondern in einer „vorübergehenden Wachstumspause", die durch Störungen von außen verursacht worden sei. Daß sich die äußeren Einflüsse nur auf Basis der sich im inneren entwickelden Krise entfalten konnten, mochte der Rat ein halbes Jahr nach dem augenfälligen Rückgang der Produktion nicht zur Kenntnis nehmen. Jetzt schien ihm die Entwicklung so bedrohlich, daß er ein Sondergutachten schrieb, um alte Kamellen loszuwerden.

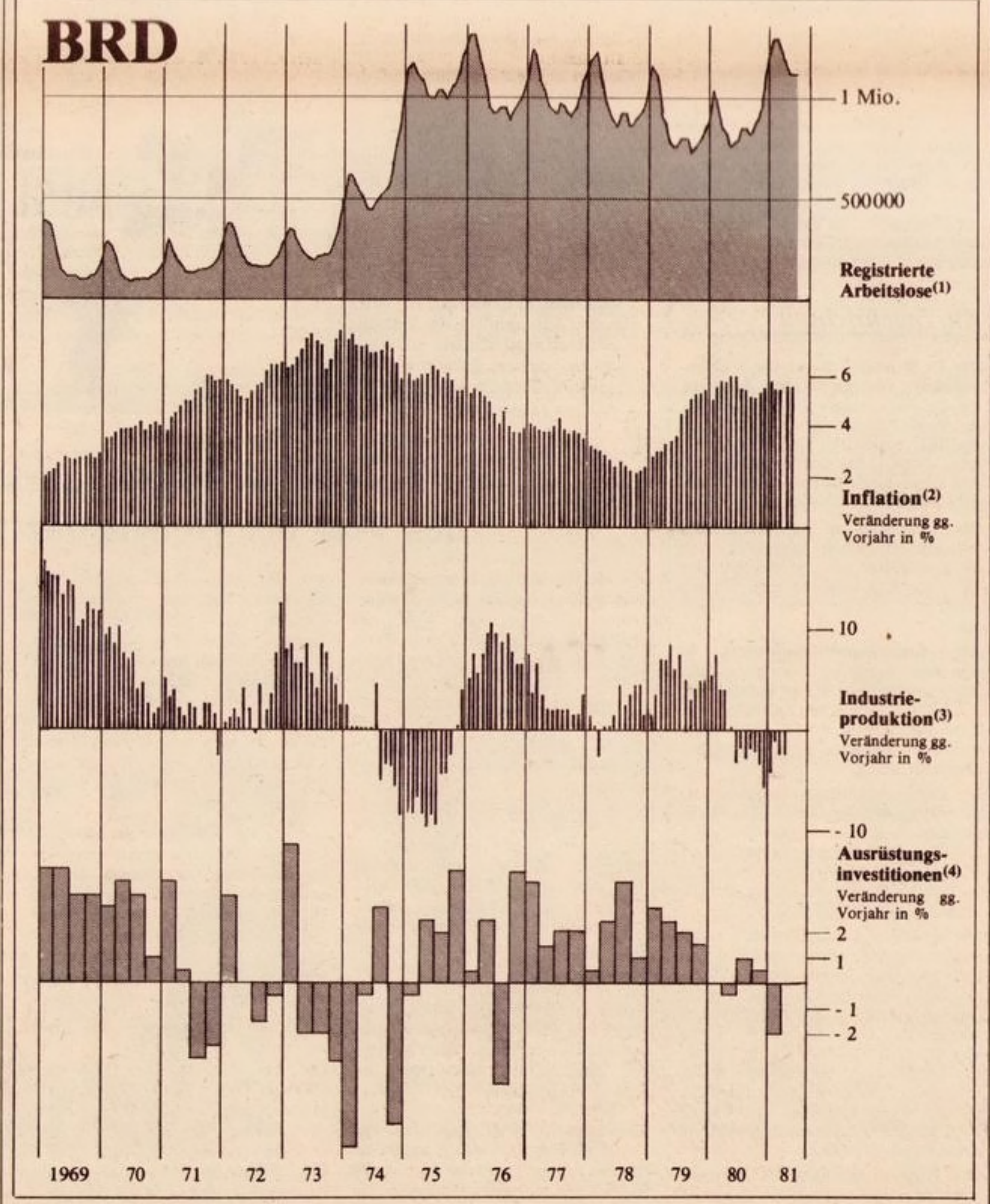
Der Hinweis auf die nunmehr wesentlich bedrohlicheren äußeren Einflüsse sind ihm bloß der nötige Donner, der seiner Leierkastenmusik zu mehr Aufmerksamkeit verhelfen soll.

Waren auf dem Weltmarkt weiter verbilligt, verteuert aber gleichzeitig die Importe im Inland. In Dollar gerechnet bringt die gleiche Ware, wird sie zum selben DM-Betrag berechnet, jetzt in Dollar weniger als zuvor auf das Konto der Handelsbilanz, während die in Dollar berechneten Importwaren so teuer zu bezahlen sind wie zuvor. Was dem einzelnen Kapitalisten nützt, ist also nicht unbedingt auch günstig für die Handelsbilanz.

Vor allem aber ist die Abwertung der D-Mark übertrieben. In der Veränderung der Konkurrenzfähigkeit gibt es dafür keine Begründung, wenn man von den ruhigen Verhältnissen des Jahres 1978 ausgeht. Vielmehr hat sich die D-Mark seit Ende letzten Jahres genau in dem Maße abgewertet, wie die Zinsdifferenz zum US-Dollar gestiegen ist. Läßt diese Wirkung nach, so wird sich die D-Mark wieder aufwerten. Dies kann innerhalb kurzer Zeit geschehen, mit allen negativen Folgen für den Handel, der Kontinuität in den Preisen verlangt.

Positiv verzeichnet die Handelsbilanz für die Monate Januar bis April, daß vor allem die Exporte in die OPEC-Länder und in die nicht Erdöl fördernden Entwicklungsländer zugenommen haben. Die Lieferungen in die OPEC-Länder haben sich gegenüber den ersten vier Monaten 1980 um 27,5% erhöht, wodurch sich das Defizit von -5,2 auf -3,8 Mrd. DM verrin-





(1) Jeweils Stand am Monatsende (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)
(2) Lebenshaltung 4 Pers.-Haushalt mittl. Einkommen (Quelle: Wirtschaft und Statistik)
(3) Produzierendes Gewerbe ohne Bau, saisonbereinigt (Quelle: Bundesbank, statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 4)
(4) Quelle: wie 3



Nach der Pleite von Rollei in Braunschweig (hier ein Bild von der Demonstration gegen die Schließung) hat jetzt auch Rollei Singapur Konkurs angmeldet. Schon seit letzter Woche sind die über 4000 Beschäftigten raus aus der Produktion. Die Hauptaktionäre von Rollei Singapur sind die Norddeutsche Landesbank (75%) und die Developement Bank of Singapur (25%).

Todesurteile gegen türkische Gewerkschafter beantragt

bep. In einem Verfahren gegen 300 Mitglieder der Gewerkschaftsföderation DISK hat der Staatsanwalt in Istanbul, ein Oberst, gegen 52 Angeklagte die Todesstrafe beantragt. Wie in zahlreichen anderen Verfahren gegen Gewerkschafter, Publizisten sowie gegen eine größere Zahl von Funktionären der TIKP (Arbeiter- und Bauernpartei) richtet sich die Anklage offen auf politische Zielsetzungen und Willensbekundungen, speziell gegen die angebliche Absicht, die „Herrschaft einer Klasse zu errichten" (was durch einen Verfassungsparagraphen verboten wird) und den Versuch, die türkische Verfassung abzuschaffen. Während dem größten, in der Vergangenheit staatlich geförderten Gewerkschaftsbund Türk-Is eine beschränkte, streng reglementierte Betätigung erlaubt ist (ohne aber z.B. das Streikrecht einzuräumen), sind Gewerkschaftsverbände wie DISK (Verband der progressistischen Arbeitergewerkschaften) oder die Lehrergewerkschaft TÖB-DER schweren politischen Verfolgungen ausgesetzt. 2000 weitere Mitglieder von DISK warten noch auf ihren Prozeß. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat gegen das Verfahren protestiert und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte gefordert.

Manteltarifvertrag der NGG in der Zigarettenindustrie

acm. Der NGG ist es in einem neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten in der Zigarettenindustrie gelungen, eine Lebensarbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich durchzusetzen. Die Regelung sieht vor, daß Beschäftigte zwei Jahre vor dem Eintritt in die Rente entweder 20 Stunden wöchentlich bei vollem Lohn arbeiten, oder das Anrecht auf eine „Null-Stunden-Woche" bei Zahlung von 75% des Lohnes erhalten. Allerdings sind unter den jetzt 17200 Beschäftigten nur 3% in der rentennahen Altersgruppe. Weiterhin müssen die Kapitalisten in Zukunft einen Zuschuß zum Kurzarbeitergeld bis zur Erreichung von 90% zahlen. Bis 1984 wurde die Erreichung des 6-Wochen-Urlaubs festgelegt.

Dänische Journalisten streiken

bag.Aarhus. Knapp zwei Wochen nach Beendigung der Aussperrung der Drucker und Setzer ist die Produktion von Zeitungen in Dänemark erneut eingestellt bzw. stark eingeschränkt: Seit dem 1. Juli streiken die Journalisten der großen Tageszeitungen und der Nachrichtenagentur Ritzau. Neun Provinzzeitungen erscheinen schon seit zwei Monaten nicht mehr, weil die Jounalisten dort den Streik bereits am 1. Mai begannen.

Kernpunkt der Auseinandersetzungen ist der automatische Inflationsausgleich. Bereits im Februar brachen die Tarifverhandlungen an diesem Punkt zusammen: Die Zeitungskapitalisten wollen die völlige Beseitigung der Teuerungszuschläge für ein Jahr und eine Reduzierung im Jahr darauf. Der Journalistenverband hat die Fortsetzung des Inflationsausgleichs zu einer der Hauptforderungen im diesjährigen Tarifkampf gemacht. Nach Berechnungen des Journalistenverbandes ist der Reallohn in diesem Bereich seit 1976 um 14,9% gefallen. Der Inflationsausgleich hat diese Entwicklung nicht aufhalten, aber zumindest bremsen könne, sagen die Gewerkschaften. Ähnlich wie im öffentlichen Dienst bekommen die Journalisten keinen vollen Ausgleich, sondern nur ca. 75% der in der Privatwirtschaft gezahlten Zuschläge.

Amsterdamer Fordbelegschaft besetzt Betrieb

rof. Ford-Europa plant die Schließung der Amsterdamer Niederlassung zum 30. September. 1300 Arbeitsplätze werden dadurch vernichtet. Ford-Europa plant für das belgische Werk Genk Produktionsausweitung durch großangelegte Automatisierung. Nachdem Demonstrationen nichts bewirkt haben, hält die Belegschaft den Betrieb seit dem 25. Juni besetzt. Es wird produziert, jedoch nichts ausgeliefert. Ford-Niederlande beziffert den wöchentlichen Verlust auf 1 Mio. Gulden und hat gerichtliche Schritte gegen die Besetzung eingeleitet. Am Montag hat Ford-USA mitgeteilt, daß kein Gespräch stattfinden soll, wie Winkok, Vorsitzender des Niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV' vorgeschlagen. Die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat die Forderung nach einem Gespräch unterstützt. Der Sekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes, der Belgier Bert Thierron, hat am Montag der Belegschaft Grußbotschaften anderer europäischer Ford-Niederlassungen persönlich überbracht. Die Belegschaften von zwei Amsterdamer Werften haben sich ebenfalls solidarisch erklärt.

Kurznachrichten

Der DGB setzt sich für die Wahlberechtigung von griechischen Arbeitern für die Parlamentswahlen im Herbst ein. Bislang dürfen die Arbeiter, die in der BRD beschäftigt sind, nicht wählen. Der DGB hat sich zusammen mit dem Gewerkschaftsbund GSEE an die griechische Regierung gewandt.

Die Tarifrunde in der Kautschuk-Industrie ist bislang gescheitert, weil die Kapitalisten nur ein Angebot von 4,3% vorgelegt haben. Die IG Chemie bezeichnet dies als eine „Provokation".

Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin entschied in letzter Instanz, daß Beamtenbewerber in Zukunft bei Vorstellungsgesprächen keinen Anwalt mehr hinzuziehen dürfen. Dies gelte auch dann, wenn auf Verfassungstreue überprüft werde.

Die Tarifverhandlungen im Einzelhandel wurden von der HBV in den Tarifgebieten von Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Hessen für gescheitert erklärt. Die 4,9%-Angebote bedeuten im Handelsbereich weitaus weniger als in anderen Tarifbereichen.

Der besondere Tendenzschutz tritt bei selbständigen Druckunternehmen von Zeitungen und Zeitschriften nur dann in Kraft, wenn die Kapitalisten selbst Einfluß auf den Inhalt der von ihnen gedruckten Publikationen nehmen können. Dies entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel und legte damit fest, daß in allen Fällen wo dies nicht zutrifft, ein Wirtschaftsausschuß nach BVG gebildet werden muß, in dem der Betriebsrat vertreten ist.

Der Exekutivausschuß des Europäischen Metallarbeiterbundes hat sich in einem Grundsatzpapier für die Begrenzung des Rüstungsexportes eingesetzt, dabei aber auf Probleme der Beschäftigung verwiesen.

Dänische Sozialarbeiter im Streik

Gegen Zulagenstreichung und zerrüttende Arbeitsbedingungen

bag.Aarhus. Seit dem 10. April streiken 540 Sozialarbeiter in 11 Gemeinden Dänemarks gegen eine Lohnsenkung, die die kommunalen Dienstherren mit einem neuen Tarifvertrag durchzusetzen versuchen. Am 16.6. schlossen sich alle 5000 Sozialarbeiter des Landes für einen Tag dem Streik an, um Druck hinter die schleppenden Verhandlungen zu setzen.

Jetzt drohen die Kommunalverwaltungen mit Aussperrung von 2500 Sozialarbeitern ab 1. August. Die Sozialarbeiter führen am 20.7. eine Urabstimmung über die Fortsetzung des Streiks durch.

Der Stundenlohn eines ausgebildeten Sozialarbeiters beträgt zur Zeit 51 Kronen (Zum Vergleich: Maurer 67 dkr, Lehrer 61 dkr, ungelernter Arbeiter 53 dkr). Davon muß er seinen während der Ausbildung aufgenommenen Kredit von ca. 45000 Kronen in Raten von 1000 pro Monat zurückbezahlen. Das geht meist nur mit Überstunden, und das ging bis zum 1.4. dieses Jahres vor allem auch mit 700 Kronen extra, die für Hausbesuche gezahlt wurden. Diese Zulage ist nun gestrichen worden. Die Sozialarbeiter fordern dagegen: „Wir wollen lieber einen höheren Grundlohn als eine Zulage. Aber wenn wir diesen nicht bekommen, verlangen wir die bisher ausgezahlte Zulage." Darüber hinaus fordern die Sozialarbeiter höheren Lohn für die Konsulenten der Sozialämter, vollen Monatslohn für Aushilfskräfte und vollen Lohn der Beschäftigten während Fortbildungskursen (dieser wurde im Herbst 1980 gestrichen).

In den Forderungen kommt nur die ökonomische Seite des Kampfes zum Ausdruck. Liest man die Streikzeitungen der Sozialarbeiter oder spricht man mit einem von ihnen, so wird darüber hinaus recht schnell die Arbeitssituation der Betroffenen als Triebkraft dieses Kampfes deutlich. Auch dazu erst einmal ein paar Zahlen:

Von 1966 bis 1977 verdreifachten sich die Fälle von Sozialhilfe, während gleichzeitig nur eine Verdoppelung der Zahl der Beschäftigten stattfand. Im letzten Jahr bekam jede 10. Familie Sozialhilfe, entweder in Form einer einmaligen finanziellen Unterstützung oder in Form monatlicher Zahlungen über längere Zeit. Die dänischen Sozialarbeiter heißen in wörtlicher Übersetzung „Sozialberater"; genau diese Funktion nehmen sie jedoch immer weniger wahr, weil ihre Zeit mit Stempeln und Auszahlung der Gelder draufgeht. Nach Berechnung der Gewerkschaften fehlen rund 1000 Sachbearbeiter.

Ein Bericht über die Arbeitsbedingungen in der Streikzeitung vom Juni ist überschrieben mit „Streß und Zusammenbrüche sind tägliche Kost der Sozialarbeiter" und beginnt mit der Aussage eines Sozialarbeiters: „Es erweckt kein großes Aufsehen mehr, wenn ein Sachbearbeiter eines Sozialamtes wegen eines Zusammenbruchs nach Hause gefahren werden muß." Untersuchungen in einer Gemeinde, wo fünf Sozialarbeiter innerhalb weniger Wochen gekündigt hatten, ergaben alle typischen Symptome schwerer Streß-Situation: Kopfschmerzen, Migräne, Atembeschwerden, Schlaflosigkeit.

Eine Sozialarbeiterin, verheiratet, 3 Kinder, erzählte mir: „Was die Sache so schwer macht, ist, daß wir mit Menschen zu tun haben, die in einer elenden Lage sind. Es werden mehr und mehr, und die Fälle werden mehr und mehr zu Dauerfällen und damit schwieriger. Die finanzielle Unterstützung nützt immer weniger. Was die Leute brauchen, ist viel mehr als Beratung, oft wollen sie auch nur mit uns reden. Dazu haben wir fast keine Zeit mehr. Es sieht so aus, als ob die Streichungen der Zulage für Hausbesuche politisch wirken soll: daß wir nur noch kontrollieren sollen. Bei den Beratungen kommt man ja früher oder später aufs Gesellschaftssystem zu sprechen. Mich macht es ziemlich fertig, wenn ich einem Drogensüchtigen nur die Bewilligung von Mietzuschuß rüberschiebe und zum nächsten in der Schlange übergehe. Das ist unmenschlich. Da bekommt man ein schlechtes Gewissen, und zu Hause noch einmal, weil man oft so kaputt ist, daß keine Kraft mehr da ist für die Familie. Die Kinder sind zum Glück inzwischen groß, aber auch sie leiden natürlich unter diesem Streß."

Zum jetzigen Streik sagte sie mir: „Viele sind zum erstenmal dabei, und es ist schwer für sie, die Klienten sozusagen zu vergessen und nur an sich selbst zu denken, an unsere Interessen. Es verhungert übrigens keiner der Klienten, weil das Geld von Kollegen ausgezahlt wird, die Beamten sind. Ich selbst bin schon 1978 beim Streik der Sozialarbeiter hier in Aarhus dabeigewesen. Damals ging es um mehr Stellen. Darum geht es über die Lohnfrage hinaus eigentlich auch diesmal. Wir hatten keinen vollen Erfolg 1978, aber es kamen immerhin 31 Stellen dabei raus."

„Parallelen einst und jetzt" unterschrieb die Zeitung der IG Metall die nebenstehende Karikatur. Es ist schon richtig, daß gegen die Hetzparolen rechter Gruppen und Nazis vorgegangen wird, jedoch wird in den Berichten in den Gewerkschaftszeitungen der IG Metall und der Postgewerkschaft die Politik der Bundes- und Länderregierungen umgangen und auch die Einschränkungen des Asylrechts nur wenig gewürdigt.
Und wenn es lobenswert ist, wenn in den Zeitungen vor der Spaltung zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern gewarnt wird, so bleibt dies noch häufig nur auf der moralischen Ebene.

fen auf politische Zielsetzungen und Willensbekundungen, speziell gegen die angebliche Absicht, die „Herrschaft einer Klasse zu errichten" (was durch einen Verfassungsparagraphen verboten wird) und den Versuch, die türkische Verfassung abzuschaffen. Während dem größten, in der Vergangenheit staatlich geförderten Gewerkschaftsbund Türk-Is eine beschränkte, streng reglementierte Betätigung erlaubt ist (ohne aber z.B. das Streikrecht einzuräumen), sind Gewerkschaftsverbände wie DISK (Verband der progressistischen Arbeitergewerkschaften) oder die Lehrergewerkschaft TÖB-DER schweren politischen Verfolgungen ausgesetzt. 2000 weitere Mitglieder von DISK warten noch auf ihren Prozeß. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat gegen das Verfahren protestiert und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte gefordert.

Manteltarifvertrag der NGG in der Zigarettenindustrie

acm. Der NGG ist es in einem neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten in der Zigarettenindustrie gelungen, eine Lebensarbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich durchzusetzen. Die Regelung sieht vor, daß Beschäftigte zwei Jahre vor dem Eintritt in die Rente entweder 20 Stunden wöchentlich bei vollem Lohn arbeiten, oder das Anrecht auf

30. September. 1300 Arbeitsplätze werden dadurch vernichtet. Ford-Europa plant für das belgische Werk Genk Produktionsausweitung durch großangelegte Automatisierung. Nachdem Demonstrationen nichts bewirkt haben, hält die Belegschaft den Betrieb seit dem 25. Juni besetzt. Es wird produziert, jedoch nichts ausgeliefert. Ford-Niederlande beziffert den wöchentlichen Verlust auf 1 Mio. Gulden und hat gerichtliche Schritte gegen die Besetzung eingeleitet. Am Montag hat Ford-USA mitgeteilt, daß kein Gespräch stattfinden soll, wie Winkok, Vorsitzender des Niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV' vorgeschlagen. Die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat die Forderung nach einem Gespräch unterstützt. Der Sekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes, der Belgier Bert Thierron, hat am Montag der Belegschaft Grußbotschaften anderer europäischer Ford-Niederlassungen persönlich überbracht. Die Belegschaften von zwei Amsterdamer Werften haben sich ebenfalls solidarisch erklärt.

Kurznachrichten

Der DGB setzt sich für die Wahlberechtigung von griechischen Arbeitern für die Parlamentswahlen im Herbst ein. Bislang dürfen die Arbeiter, die in der BRD beschäftigt sind, nicht wählen.

Darüber hinaus fordern die Sozialarbeiter höheren Lohn für die Konsulenten der Sozialämter, vollen Monatslohn für Aushilfskräfte und vollen Lohn der Beschäftigten während Fortbildungskursen (dieser wurde im Herbst 1980 gestrichen).

In den Forderungen kommt nur die ökonomische Seite des Kampfes zum

Untersuchungen in einer Gemeinde, wo fünf Sozialarbeiter innerhalb weniger Wochen gekündigt hatten, ergaben alle typischen Symptome schwerer Streß-Situation: Kopfschmerzen, Migräne, Atembeschwerden, Schlaflosigkeit.

Eine Sozialarbeiterin, verheiratet, 3 Kinder, erzählte mir: „Was die Sache

Klienten, weil das Geld von Kollegen ausgezahlt wird, die Beamten sind. Ich selbst bin schon 1978 beim Streik der Sozialarbeiter hier in Aarhus dabeigewesen. Damals ging es um mehr Stellen. Darum geht es über die Lohnfrage hinaus eigentlich auch diesmal. Wir hatten keinen vollen Erfolg 1978, aber es kamen immerhin 31 Stellen dabei raus."

„Parallelen einst und jetzt" unterschrieb die Zeitung der IG Metall die nebenstehende Karikatur. Es ist schon richtig, daß gegen die Hetzparolen rechter Gruppen und Nazis vorgegangen wird, jedoch wird in den Berichten in den Gewerkschaftszeitungen der IG Metall und der Postgewerkschaft die Politik der Bundes- und Länderregierungen umgangen und auch die Einschränkungen des Asylrechts nur wenig gewürdigt.
Und wenn es lobenswert ist, wenn in den Zeitungen vor der Spaltung zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern gewarnt wird, so bleibt dies noch häufig nur auf der moralischen Ebene.

Geht das Eisenschwammwerk in Emden den Weg der Hohenzollernhütte?

wem. Kaum hat das Eisenschwammwerk (NFW) die Produktion aufgenommen (25.4.81), liegt bereits der Schatten einer Pleite über dem Werk. Laut „Spiegel' (25/81) wird das Prestigeobjekt, so rechneten Experten der landeseigenen Treuhandegesellschaft Anfang Mai vor, für die nächsten anderthalb Jahre über 100 Mio. DM Verlust einfahren. Der zentrale Vorwurf des „Spiegel": „Mit über hundert Millionen Mark an Steuergeldern muß die niedersächsische Landesregierung für ein Industrieprojekt geradestehen – obwohl sie seit Jahren weiß, daß eine Pleite unausweichlich ist". Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel verteidigt die Nordferro-Hilfe mit dem Argument, „daß nur Betriebe mit geprüften Konzept und Erfolgsaussichten, sowie starkem Engagement der Eigner öffentliche Hilfen bekommen". Der Gefahr der Pleite wird nicht widersprochen und die Mästung der Kapitalsten kann munter weitergehen, da nicht in Frage gestellt.

Das Emder Werk produziert ausschließlich für den Verkauf an Dritte. Bei dem bisher in Verkauf gelangten Eisenschwamm (Eisenschwamm = aufbereitetes Erz, welches als Rohstoff zur Stahlproduktion dient) handelte es sich dagegen durchweg um Überschußmengen aus der Produktion von Anlagen, die innerhalb integrierter Ministahlwerke betrieben wurden. Diese Mengen standen daher nur mehr oder weniger unregelmäßig zur Verfügung. Die o.a. Verluste werden die selbst angeschlagenen Anteilseigner kaum selbst verkraften können. Im Herbst stehen neue Verhandlungen zwischen der Landesregierung und Nordferro an und damit wohl neue Subventionen. Oder das Werk geht eben den Weg der Hohenzollernhütte.

Am 25.8.1909 wurde der Hochofen der 1906 in Emden gegründeten Hohenzollernhütte angeblasen. Im August 1910 wurde der Ofen ausgeblasen. 1912 übernimmt die deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hüttengesellschaft (Eigner: Hugo Stinnes) die Hütte, um sie 1927 abzureißen und zu verschrotten.

Die Investitionssumme des Eisenschwammwerkes liegt bei 433 Mio. DM, bei einer Landesbürgschaft von über 100 Mio. DM und 37,5 Mio. DM Investitionszulage. Ganz abgesehen von den Zugeständnissen beim Wasser- und Gaspreis und der vorgestreckten Erschließung (Bahnanschluß) des Geländes im Hafen. Für die Erzschiffe der Nordferro wurde eigens der Nordkai des Emder Binnenhafens überholt und ausgebaut. Eigner von NFW sind 74,9% die norwegische A/S Sydvaranger (zu 74,9% staatlicher Grubenkonzern) und die Korf Stahl AG Baden-Baden, mit 25,1%. Planziel für 1981 sind immerhin noch 650000 t, für 1982 880000 t.

Jüngst mußte die norwegische Regierung der NFW erhebliche Kapitalzuschüsse bewilligen, 280 Mio. DM bis 1984 insgesamt: 104 Mio. DM zum Schuldenabbau, 20 Mio. DM als Betriebskapital, Übernahme einer Kreditbürgschaft von 124,8 Mio. DM, als weitere Reserve eine Kreditbürgschaft von 40 Mio. DM und zusätzlich 60 Mio. DM „nach Bedarf". Die Stahlkrise hat dem Sydvaranger Konzern seit 1976 150 Mio. DM Verluste „zugefügt". Die Korf Stahl AG verzeichnete 1978 und 1979 ca. 70 Mio. DM Verluste. Die wirtschaftlichen Aussichten werden durch die schwache Eisenschwammnachfrage (auf Grund der Stahlkrise) und der steigenden Gaspreise als „sehr düster" gehandelt. Produktionseinschränkungen und gar ein vorübergehender Produktionsstopp sind nicht mehr auszuschließen. Die 191 (bereits eingestellt) von den 250 erwarteten Arbeitsplätzen (am Anfang waren es mal 450) sind also bereits jetzt gefährdet. Gegenwärtig bietet dieser im vollkontinuierlichen-vier-Schicht-Betrieb arbeitende „Musterbetrieb" Nordferro den Arbeitern überlange Schichten bis zu 12 Stunden.

„Spionagefall“ in Hamburg

IG Metall Gewerkschaftssekretär seit 16 Wochen in Haft

Der Zusammenschluß für die sofortige Freilassung Gaßmanns wird zunehmend stärker

edd.Hamburg. Als es am Nachmittag des 29.3. dieses Jahres durch den NDR II ging, konnte es kaum jemand in der Hamburger IG Metall fassen. Das Bundeskriminalamt (BKA) hatte den Kollegen Hermann Gaßmann, Bildungssekretär der Hamburger Verwaltungsstelle, verhaftet. *„Verdacht auf Spionage“* hieß es. Am nächsten Tag überschütteten schon die Hamburger Tageszeitungen, vor allem ‚Bild‘, aber auch die sozialdemokratische ‚Morgenpost‘ Gaßmann mit einem Kübel Dreck. Nicht nur, daß er nach Ostberlin, Hauptstadt der DDR, gefahren sei, nein, er habe auch versucht, in der IG Metall-Bildungsarbeit *„kommunistische Ziele“* zu vertreten. Als besonders sauberer Beweis wurde angeführt, daß seine Tochter mit einem DKP-Mitglied liiert wäre und Gaßmann selber ein rotes Backsteinhaus bewohne. Von „Einflußagent“ in der IG Metall war die Rede. Das ganze ist nun 16 Wochen her, seit 16 Wochen sitzt Hermann Gaßmann in Isolationshaft.

Warum? Gleich nach der Verhaftung von Gaßmann gab die Ortsverwaltung der IG Metall mehrere Erklärungen ab, in der Gaßmann ausdrücklich als „unser Kollege“ bezeichnet wurde. Jeder weiß, daß es in der IG Metall, außer für Verfassungsschutz, BKA und andere vielleicht, nichts zu „spionieren“ gibt, alle Beschlüsse und Aktionen sind öffentlich. Sicherlich hat die Arbeiterbewegung zu Recht in ihrer Geschichte immer die Tätigkeit von Agenten abgelehnt; wurden diese in den Organisationen der Arbeiterklasse bekämpft, entlarvt oder gar liquidiert, weil dies eine Einmischung in die innere Angelegenheit anderer Länder darstellt. Nicht umsonst haben ihre Versuche, weitere Einflußzonen unter ihre wirtschaftliche, politische oder militärische Kontrolle zu bringen, seitens der Supermächte USA und Sowjetunion immer mit der Begleitmusik ihrer Geheimdienste CIA und KGB begonnen.

Aber ist im Fall Gaßmann die ganze Geschichte nicht etwas zu offensichtlich? Die Bezeichnung „Einflußagent“ weist darauf hin, welcher Angriff hier gefahren werden soll. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der IG Metall, einer wichtigen Organisation der Arbeiterbewegung, durch den bürgerlichen Staat. Es ist kein Zufall, daß es gerade Hermann Gaßmann traf. Gaßmann, selber Mitglied der SPD und aktiv in der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)“ ist ein Vertreter der Gewerkschaftssozialdemokratie, die wichtiger Teil der Aktionseinheit z.B. gegen die Wiederaufrüstung der BRD war. Dort hatte sich Gaßmann an den Aktionen beteiligt. Auch in jüngster Zeit gehörte er zu den Mitinitiatoren des Hamburger Forums, das sich gegen die Mittelstreckenraketen wandte, und einen breiten Riß in der Sozialdemokratie andeutete. Den Aufruf, bei dem Gaßmann Erstunterzeichner war, unterschrieben über 1000 Betriebsräte und Vertrauensleute aus Hamburg. So wird hier ganz geschickt ein Gegner der Mittelstreckenraketen der NATO zum Spion, fällt so die politische Glaubwürdigkeit mit dem Hinweis auf die Aggressionsabsichten der Sowjetunion unter den Tisch – so hofft jedenfalls das BKA. Juristische Grundlage für diesen Angriff auf den Kollegen Gaßmann ist der §99 des Strafgesetzbuches, der die Spionagetätigkeit unter Strafe stellt. Dieser Gummiparagraph wird vom Bundesgerichtshof so ausgelegt, daß man sich schon strafbar macht, wenn man ohne eigenes Wissen Informationen an den Geheimdienst anderer Länder weitergibt, die dieser mit anderen zu einer die Sicherheit der BRD gefährdenden zusammenfügen kann. Damit kriegen sie jeden, erklären auch sogleich viele Kollegen von Hermann zu Recht und verweisen auf die Fälle Dürrbeck (IGM Vorstandssekretär) oder Aggatz (Theoretiker im DGB, Mitverfasser des 1. DGB Grundsatzprogrammes).

Die Ortsverwaltung der IGM zeigte jedoch, wie wichtig ihr der Fall Gaßmann in der gegenwärtigen Auseinandersetzung innerhalb der IG Metall und vor allem in der Hamburger SPD erschien (Ortsverwaltungsvorsitzender Müllner ist gleichzeitig SPD Landesvorstand). Wortradikal wurde Gaßmanns Freilassung gefordert, alles solle aufgeklärt werden. SPD-Rechtsanwälte übernahmen Hermanns Verteidigung und verlangten gleichzeitig den Verzicht auf öffentliche Solidaritätsaktionen. Gaßmann mußte dies schriftlich erklären, die Ortsverwaltung arbeitete damit politisch gegen alle, die diesen Angriff auf die IG Metall und damit auf die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung öffentlich zurückweisen wollten. 300 Vertrauensleute und Betriebsräte wurden nur mit Druck der Ortsverwaltung, namentlich des Kassierers Otto Mohr, daran gehindert, gegen die Schmutzkampagne gegen Gaßmann eine Anzeige in der „Morgenpost“ zu veröffentlichen. So saß Gaßmann wochenlang in Isolationshaft, während die SPD-Anwälte sich offenbar einen feuchten Dreck darum scherten, ihn herauszubekommen. Das BKA begann auch mit Verhören in den Betrieben, was Gaßmann denn gesagt habe. Überall bekam es zu hören, daß Gaßmann ein guter Gewerkschaftssekretär gewesen sei. Auch die Angriffe auf die Bildungsarbeit wurden überall verurteilt. Aus dem IGM Bildungsausschuß bildete sich ein Kreis von Kollegen, der als eine Art Solidaritätskomitee versuchte, sich für Gaßmann einzusetzen. Gaßmanns „kommunistische“ Bildungsarbeit war nichts anderes, als daß er sich für eine umfassende Ausbildung für alle, theoretisch und praktisch, und gegen die Pläne zur Verkürzung der Ausbildung wie BGJ und Kurssystem einsetzte.

Mehrere Wochen konnten die Sozialdemokraten in der Ortsverwaltung „ihren“ Genossen Gaßmann praktisch ohne Solidaritätsmaßnahmen im Knast hängen lassen. Versammlungen von den Unterzeichnern der nicht veröffentlichten Anzeige forderten die Ortsverwaltung zum Handeln auf. Erst auf der großen Funktionärsversammlung am 18.6.81 mußte die Ortsverwaltung sich einem einstimmigen Beschluß beugen, in dem konkrete, auch politische Schritte für die Freilassung Gaßmanns gefordert wurden. So z.B. eine Podiumsveranstaltung im Gewerkschaftshaus und Berichterstattung in der Bundesausgabe der METALL über die politischen Hintergründe. Es heißt in dem Beschluß, die Ortsverwaltung habe ihre Haltung deutlich gemacht, „. . . auf öffentlich wirksame Aktionen zu verzichten, um eine schnelle Aufklärung der Vorwürfe gegen Hermann zu ermöglichen. Das läßt auf Vertrauen in die Ermittlungsbehörden schließen. Dieses Vertrauen ist unbegründet.“ Die Ortsverwaltung mußte konkrete weitere Schritte, wie Stellung einer Kaution, zusagen. Gaßmann hat inzwischen neue Anwälte.

Auf einer Friedensdemonstration während des Kirchentages demonstrierten die Kollegen des IGM Bildungsausschusses und Betriebsräte für die Freilassung Gaßmanns und verteilten ein Flugblatt gegen die Isolationshaft. Aus einer Versammlung von 300 Betriebsräten und Vertrauensleuten heraus wurde eine spontane Demonstration zum Hamburger Untersuchungsgefängnis (wo Gaßmann in Einzelhaft sitzt) und eine Kundgebung direkt vor der Tür gemacht, Arbeiterlieder gesungen und gefordert: „Wir geben keine Ruhe mehr, BKA gebt Hermann her!“ Immer mehr wird der Fall Gaßmann von vielen Kollegen als das begriffen, was er ist: Angriff auf die Gewerkschaftsfreiheit und Einmischung in die Organisation der Arbeiterbewegung.

Nähere Informationen kann man bei dem Solidaritätskreis bekommen: „Dieter Bonk, Lentersweg 22, 2000 Hamburg 63“.

Gemäß §99 Strafgesetzbuch wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft, „wer für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist, oder gegenüber dem Geheimdienst einer fremden Macht oder einem seiner Mittelsmänner sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt.“ – Die „Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse“ brauchen noch nicht einmal „Staatsgeheimnisse“ zu sein. Es reicht alles, von dem Gerichte meinen, es könnte für eine „fremde Macht“ von Bedeutung sein. „Strafbar ist also etwa, wer für einen fremden Geheimdienst Artikel aus Tageszeitungen über bestimmte Themen sammelt“, schreibt der maßgebliche Kommentar zum Strafgesetzbuch. Da der Bundesgerichtshof in anderem Zusammenhang die Auffassung vertreten hat, daß es ausreicht, wenn es nur dem „Partner“, also dem Verbindungsmann zum Geheimdienst einer fremden Macht, auf die Erlangung von „Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen“ ankommt und der Täter dies weiß, ist die Bestimmung jederzeit gefügig anwendbar. Was objektiv nicht an Beweisen vorhanden ist, wird durch die behauptete Absicht des Täters und durch unterstelltes Wissen ersetzt.

Materialhefte im Juli 1981

Wirtschaft und Politik
erscheint am 10. Juli 1981

U.a.: Thesenpapier „SPD und Jugendprotest“ der Arbeitsgruppe Jugend beim SPD-Vorstand / DGB: Forderungen zum Ausbau des sozialen Wohnungsbaus / Deutsche Bundesbank: Die Wirtschaftslage in der BRD im Frühjahr 1981 / KVZ-Register 2. Quartal 1981

Industrie und Gewerkschaft
erscheint am 17. Juli 1981

Bilanzanalyse III / Betriebsdatenerfassung in der Verwaltung / Auswertung Betriebsratswahlen / Entwicklung der Teilzeitarbeit / Kritik des Kündigungsschutzgesetzes / IG Metall-Strukturprogramm für die Stahlindustrie / BDA-Forderungen zu den Sozialversicherungen

Öffentliche Dienste und Gewerkschaft
erscheint am 24. Juli 1981

Dokumentation des Verfassungsgerichtsurteils kirchliche Einrichtungen / Einschätzung des Rationalisierungsschutzvertrages / Verhandlungsstand Bildschirmarbeit in den öffentlichen Diensten / Rationalisierungsvorhaben bei den Schreibdiensten der obersten Bundesbehörden / Ergebnisse der Arbeitsmedizinischen Tagung

Hochschule und Studenten
erscheint am 24. Juli 1981

Kongreß der IG Chemie und der Fachtagung Chemie / Auseinandersetzung um die Medizinerausbildung / Politik der vds in den 70er Jahren / AStA-Wahlergebnisse im Sommersemester / Abschlußprüfung Sport / Kritik an Altvater/Huisken, Bildungsökonomie

Das ganze ist nun 16 Wochen her, seit 16 Wochen sitzt Hermann Gaßmann in Isolationshaft.

Warum? Gleich nach der Verhaftung von Gaßmann gab die Ortsverwaltung der IG Metall mehrere Erklärungen ab, in der Gaßmann ausdrücklich als „unser Kollege“ bezeichnet wurde. Jeder weiß, daß es in der IG Metall, außer für Verfassungsschutz, BKA und andere vielleicht, nichts zu „spionieren“ gibt, alle Beschlüsse und Aktionen sind öffentlich. Sicherlich hat die Arbeiterbewegung zu Recht in ihrer Geschichte immer die Tätigkeit von Agenten abgelehnt; wurden diese in den Organisationen der Arbeiterklasse bekämpft, entlarvt oder gar liquidiert, weil dies eine Einmischung in die innere Angelegenheit anderer Länder darstellt. Nicht umsonst haben ihre Versuche, weitere Einflußzonen unter ihre wirtschaftliche, politische oder militärische Kontrolle zu bringen, seitens der Supermächte USA und Sowjetunion immer mit der Begleitmusik ihrer Geheimdienste CIA und KGB begonnen.

Aber ist im Fall Gaßmann die ganze Geschichte nicht etwas zu offensichtlich? Die Bezeichnung „Einflußagent“ weist darauf hin, welcher Angriff hier

hier ganz geschickt ein Gegner der Mittelstreckenraketen der NATO zum Spion, fällt so die politische Glaubwürdigkeit mit dem Hinweis auf die Aggressionsabsichten der Sowjetunion unter den Tisch – so hofft jedenfalls das BKA. Juristische Grundlage für diesen Angriff auf den Kollegen Gaßmann ist der §99 des Strafgesetzbuches, der die Spionagetätigkeit unter Strafe stellt. Dieser Gummiparagraph wird vom Bundesgerichtshof so ausgelegt, daß man sich schon strafbar macht, wenn man ohne eigenes Wissen Informationen an den Geheimdienst anderer Länder weitergibt, die dieser mit anderen zu einer die Sicherheit der BRD gefährdenden zusammenfügen kann. Damit kriegen sie jeden, erklären auch sogleich viele Kollegen von Hermann zu Recht und verweisen auf die Fälle Dürrbeck (IGM Vorstandssekretär) oder Aggatz (Theoretiker im DGB, Mitverfasser des 1. DGB Grundsatzprogrammes).

Die Ortsverwaltung der IGM zeigte jedoch, wie wichtig ihr der Fall Gaßmann in der gegenwärtigen Auseinandersetzung innerhalb der IG Metall und vor allem in der Hamburger SPD erschien (Ortsverwaltungsvorsitzender Müllner ist gleichzeitig SPD Landesvorstand). Wortradikal wurde Gaß-

Mehrere Wochen konnten die Sozialdemokraten in der Ortsverwaltung „ihren“ Genossen Gaßmann praktisch ohne Solidaritätsmaßnahmen im Knast hängen lassen. Versammlungen von den Unterzeichnern der nicht veröffentlichten Anzeige forderten die Ortsverwaltung zum Handeln auf. Erst auf der großen Funktionärsversammlung am 18.6.81 mußte die Ortsverwaltung sich einem einstimmigen Beschluß beugen, in dem konkrete, auch politische Schritte für die Freilassung Gaßmanns gefordert wurden. So z.B. eine Podiumsveranstaltung im Gewerkschaftshaus und Berichterstattung in der Bundesausgabe der METALL über die politischen Hintergründe. Es heißt in dem Beschluß, die Ortsverwaltung habe ihre Haltung deutlich gemacht, „. . . auf öffentlich wirksame Aktionen zu verzichten, um eine schnelle Aufklärung der Vorwürfe gegen Hermann zu ermöglichen. Das läßt auf Vertrauen in die Ermittlungsbehörden schließen. Dieses Vertrauen ist unbegründet.“ Die Ortsverwaltung mußte konkrete weitere Schritte, wie Stellung einer Kaution, zusagen. Gaßmann hat inzwischen neue Anwälte.

Auf einer Friedensdemonstration während des Kirchentages demonstrierten die Kollegen des IGM Bil-

U.a.: Thesenpapier „SPD und Jugendprotest“ der Arbeitsgruppe Jugend beim SPD-Vorstand / DGB: Forderungen zum Ausbau des sozialen Wohnungsbaus / Deutsche Bundesbank: Die Wirtschaftslage in der BRD im Frühjahr 1981 / KVZ-Register 2. Quartal 1981

Industrie und Gewerkschaft
erscheint am 17. Juli 1981

Bilanzanalyse III / Betriebsdatenerfassung in der Verwaltung / Auswertung Betriebsratswahlen / Entwicklung der Teilzeitarbeit / Kritik des Kündigungsschutzgesetzes / IG Metall-Strukturprogramm für die Stahlindustrie / BDA-Forderungen zu den Sozialversicherungen

Öffentliche Dienste und Gewerkschaft
erscheint am 24. Juli 1981

Dokumentation des Verfassungsgerichtsurteils kirchliche Einrichtungen / Einschätzung des Rationalisierungsschutzvertrages / Verhandlungsstand Bildschirmarbeit in den öffentlichen Diensten / Rationalisierungsvorhaben bei den Schreibdiensten der obersten Bundesbehörden / Ergebnisse der Arbeitsmedizinischen Tagung

Hochschule und Studenten
erscheint am 24. Juli 1981

Kongreß der IG Chemie und der Fachtagung Chemie / Auseinandersetzung um die Medizinerausbildung / Politik der vds in den 70er Jahren / AStA-Wahlergebnisse im Sommersemester / Abschlußprüfung Sport / Kritik an Altvater/Huisken, Bildungsökonomie

Betrieb und Gewerkschaft

Kollegen in der IG-Chemie informieren Kollegen im Betrieb

Betriebsratswahl: Da sagt selbst die Mary Monroe



Kollegen der Hoechst AG geben neben den Informationen aus der Betriebsratsarbeit die Zeitung „Betrieb und Gewerkschaft“ heraus. Auch bei Kalle und Röhm gibt es eigene Publikationsorgane der Betriebsräte, die gegen die konservativen, mit der Geschäftsleitung zusammenarbeitenden Betriebsräte kandidiert haben. Um diese oppositionellen Listen herum bauen sich langsam Arbeitskreise und betriebliche Gruppen auf.

Hoechst – Kalle – Röhm

Gewerkschaftsausschlüsse werden nicht hingenommen

Die Listen sind nicht gegen die Gewerkschaftseinheit gerichtet, sondern gegen falsche Zusammenarbeit und für Arbeiterinteressen

doe.Darmstadt. Gegen 20 Mitglieder der IG-Chemie hat der Betriebsratsvorsitzende Rolf Brand der Hoechst AG Frankfurt Ausschlußantrag gestellt. Diese Kollegen kandidierten mit einem Beleschaftsprogramm gegen die Politik von Rolf Brand zu den Betriebsratswahlen und erhielten 16% der Stimmen. Rolf Brand ist auch Antragsteller von 27 Ausschlußanträgen für IG-Chemiemitglieder, die bei Kalle/Wiesbaden als aktive Gewerkschafter eine eigene Liste gegen die Politik der alten Betriebsräte aufgestellt hatten und erhielten. Bei Röhm in Darmstadt laufen Ausschlußanträge gegen 5 Mitglieder der IG-Chemie, die auf der Liste „Interessenvertretung der Belegschaft“ gegen die Handlanger der Geschäftsleitung kandidiert haben und 33% der Arbeiterstimmen bekommen haben. Mit dem Bekanntwerden des Urteils des Bundesgerichtshofs, nach dem ein Kandidatur auf sogenannten oppositionellen Listen kein Ausschlußgrund ist, findet eine Debatte unter Teilen der Mitgliedschaft und den Mitgliedern der oppositionellen Listen statt, die Ausschlüsse und Ausschlußdrohungen nicht hinzunehmen. In keinem der Ausschlußanträge sind diese inhaltlich begründet worden. Es werden formale Gründe angeführt. In keinem der Fälle wird sich inhaltlich mit dem Programm dieser Listen auseinandergesetzt, die Kern der gewerkschaftlichen Arbeit sind und die Grundlage der Zustimmung der Arbeiter und Angestellten für die Kandidaten waren.

Aber: So wie diese Listen politische Gründe haben, sind die Ausschlußverfahren eine politische Antwort der Gewerkschaftsbürokratie. Die 20 Kollegen der Liste „Für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ schreiben in einem gemeinsamen Brief an den Hauptvorstand: „Bezüglich der Beschlüsse der Vertrauensleute zu den diesjährigen Betriebsratswahlen und der Aufstellung unserer Listen von Spaltung der gewerkschaftlichen Einheit zu reden, entbehrt jeder Grundlage. Auch das Argument der Schwächung unserer Organisation und Verunsicherung unserer Mitglieder kann nicht greifen. Erstens weisen wir darauf hin, daß bei den diesjährigen Betriebsratswahlen die Sitze im Betriebsrat für die IG-CPK-Mitglieder von 26 auf 28 angestiegen sind. Dies ging vor allem zu Lasten der VUA (Vereinigte Unabhängige Arbeitnehmer), die 3 Sitze verlor. Der Stimmenzuwachs der DAG (plus 98 Stimmen, dies hat leider einen zusätzlichen Sitz bedeutet) auf die Tatsache unserer Kandidatur zurückzuführen, müssen wir aufs schärfste zurückweisen. Diese Behauptung kann nur als Stimmungsmache gegen uns gewertet werden. Obwohl die DAG dafür bekannt ist, das System der betrieblichen Vertrauensleute unter allen Umständen aufrechterhalten zu wollen, gibt es eine traditionelle Zusammenarbeit zwischen den bisherigen IG-CPK-Listen und der DAG . . . Hatte die DAG 1972 9 Sitze inne, waren es 1975 10 und 1978 schon 11. Von 1972 auf 1975 gewann die DAG sogar 877 Stimmen, währen die IG-CPK im Angestelltenbereich 243 Stimmen verlor! Hat es 1975 etwa auch schon eine „gegnerische Liste“ gegeben, die wie wir mit gewerkschaftlichen Positionen antrat?“ Rolf Brand und seine Mannschaft nehmen regelmäßig im Rahmen ihrer Betriebsratstätigkeit an Arbeitgeberlehrgängen teil und sie sorgen sogar dafür, daß der Arbeitgeber Jugendvertrauensleute schulen kann, obwohl die Jugendvertretung dagegen ist. Aus IG-Chemie-Kreisen hört man zum Urteil des Bundesgerichtshofs: die Satzung solle geändert werden, für die Betroffenen sollen Funktionsverbote ausgesprochen werden.

Gezielte Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung

Umfangreiche Vorschläge des BDA / Differenzierung bei der Zumutbarkeit

acm. In den letzten Wochen häufen sich die Stimmen, die eine Einschränkung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Abbau des „Mißbrauchs" und Erhöhung der Beiträge verlangen.

Es ist günstig, daß in dieser Situation – wo der Druck der industriellen Reservearmee von Monat zu Monat objektiv größer wird – der DGB und die Einzelgewerkschaften doch relativ geschlossen und vehement gegen sämtliche Kürzungs- und Einsparungsvorschläge, gegen Senkung des Arbeitslosengeldes usw. Stellung genommen haben. Es war auch von Bedeutung, wenn H.O. Vetter auf dem „Arbeiterkongreß des DGB" in Osnabrück folgendes ausführte:

„Wenn unsere Wirtschaftsordnung nicht in der Lage ist, dem menschlichen Grundbedürfnis nach Arbeit und Sicherheit gerecht zu werden, dann müssen wir nach neuen Wegen suchen." Auf der Konferenz wandte er sich gegen die Kampagne gegen die Arbeitslosen, forderte die stärkere Finanzierung durch die Kapitalisten und warf diesen vor, in den Betrieben „olympiareife Mannschaften aufzustellen" und krankheitsanfällige Beschäftigte zu entlassen.

Die „Arbeiterkonferenz" selber beschloß ein generelles Verbot der Leiharbeit. Für den Schutz der Teilzeitarbeiter wurde die Übernahme der Sozialversicherung durch die Kapitalisten gefordert, wenn das Monatseinkommen 10% der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung erreicht. Über den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und seine Forcierung war man sich einig.

Die nachfolgend dokumentierten Vorschläge des Präsidiums der BDA zur „Konsolidierung der Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit" und ein neuer Entwurf für die „Durchführungsanweisung" in Bezug auf die „Zumutbarkeitsklausel" zeigen den wuchtigen Angriff deutlich, der auf die Existenzbedingungen der Arbeiterbewegung vorgetragen werden soll. „Es bleibt für den Gesetzgeber und die Selbstverwaltung keine andere Wahl, als nachhaltig auf der Ausgabenseite anzusetzen und die Kosten der Arbeitslosenversicherung zu senken", ist die Devise. Scharfer Kampf gegen diese Vorhaben der Kapitalisten und Druck auf die Regierung wird notwendig.

Das Präsidium der Bundesvereinigung regt deshalb im einzelnen folgende Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und benachbarter Gesetze an:

● Bei der *Förderung der beruflichen Bildung und Rehabilitation* muß stärker unterschieden werden zwischen Fällen, in denen eine staatliche Förderung geboten ist, wie z.B. bei Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern, und Fällen, in denen das private Interesse überwiegt, wie z.B. bei der Aufstiegsfortbildung. Ferner ist zu prüfen, ob nicht dieselben Bildungs- und Arbeitsmarktwirkungen mit geringerem finanziellen Aufwand erzielt werden können. Insbesondere sind die Leistungssätze für das Unterhaltsgeld und das Übergangsgeld während der Teilnahme an Bildungsmaßnahmen im Vergleich zum Arbeitslosengeld zu überprüfen.

● Bei der *Regelung des Arbeitslosengeldes* ist sicherzustellen, daß unter Gewährleistung einer ausreichenden Existenzsicherung für unfreiwillig arbeitslos gewordene Arbeitnehmer Anreize abgebaut werden, Arbeitslosigkeit bewußt herbeizuführen oder über Gebühr zu verlängern. Arbeitslosigkeit darf nicht attraktiver sein als Arbeit.

Neben einer genaueren Überprüfung der Vermeidbarkeit von Arbeitslosigkeit – etwa durch strengere Praktizierung der Zumutbarkeitsregelung oder schärfere Kontrollen – muß insbesondere ausgeschlossen werden, durch Arbeitslosigkeit zu weiteren finanziellen Vorteilen etwa beim Lohnsteuer-Jahresausgleich oder bei anderen Sozialleistungen zu gelangen. Angesichts des hohen Leistungsstandes des Arbeitslosengeldes müssen auch die Bemessungsgrundlage und – etwa im Zusammenhang mit einer progressiven Staffelung im Verlauf der Arbeitslosigkeit – der Prozentsatz beim Arbeitslosengeld diskutiert werden.

● Das Instrument der *Kurzarbeit* muß erhalten bleiben, damit Entlassungen vermieden werden können. Regelungen, die die Kostenlast der Betriebe bei der Durchführung von Kurzarbeit erhöhen würden, bergen deshalb die Gefahr weiterer Entlassungen in sich. Eine mit dem Kerngedanken der Kurzarbeit nicht vereinbare Inanspruchnahme dieser Leistung muß durch eine genaue gesetzliche Festlegung und wirksame Überprüfung der Voraussetzungen in der Praxis vermieden werden.

● *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* als ein sinnvolles Instrument der Arbeitsmarktpolitik sind grundsätzlich nicht für solche Personen gedacht, die neu oder wieder in das Erwerbsleben eintreten und deshalb noch keine Ansprüche im Rahmen der Arbeitslosenversicherung erworben haben. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten daher im Sinne des Versicherungsprinzips im wesentlichen auf diejenigen konzentriert werden, die unmittelbar vor ihrer Arbeitslosigkeit beschäftigt waren.

● Die vorgezogene *Freistellung von 59jährigen Arbeitnehmern,* die nach einjähriger Arbeitslosigkeit vorzeitig Altersruhegeld beziehen können, hat sich als geeignet erwiesen, notwendige Personalverringerungen im Einvernehmen zwischen allen Beteiligten sozial- und arbeitsmarktpolitisch sinnvoll durchzuführen. Die Arbeitgeber beteiligen sich hieran mit erheblichen Mitteln.

Allerdings muß die Inanspruchnahme dieser Möglichkeit künftig in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Dazu gehört, daß ältere Arbeitnehmer nur noch dann nach einem Jahr Arbeitslosigkeit Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld haben, wenn ihre Entlassung aus zwingenden betrieblichen Gründen erforderlich war. Würden die Arbeitgeber in diesen Fällen mit den Kosten der Arbeitslosigkeit belastet, würde dies letzlich dazu führen, daß anstelle von ruhestandswilligen älteren Arbeitnehmern jüngere Beschäftigte freigestellt werden müßten.

● Die legale *Arbeitnehmerüberlassung* ist ein wichtiges und bewährtes Mittel für einen flexiblen Personaleinsatz. Sie muß insgesamt erhalten bleiben. *Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit* können nicht durch ein Verbot der legalen Arbeitnehmerüberlassung verhindert werden. Sie sind nur durch eine konsequente Ausschöpfung der vorhandenen Kontroll- und Sanktionsbefugnisse der zuständigen Stellen zu bekämpfen. Die Befugnisse müssen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erweitert werden.

Entwurf für eine Durchführungsanweisung

1. Die Arbeitslosen sollen nach ihren Zeugnissen, Abschlüssen und ihrer Berufserfahrung drei Qualifikationsklassen zugeordnet werden (A, B und C). Das Arbeitsamt soll sich um eine Vermittlung in der jeweiligen Klasse bemühen. Sollte dies nicht gelingen, sollen die Arbeitslosen nach Arbeitgeberauffassung in die nächstuntere Gruppe umgestuft und dann vermittelt werden. Nach spätestens einem halben Jahr sollen die Arbeitsämter eine solche Abstufung vornehmen, es sei denn, es lägen „besondere Gründe" vor. Fristverlängerungen sollten unter anderen bei behinderten, älteren oder aus sonstigen Gründen schwer vermittelbaren Arbeitslosen eingeräumt werden. Verkürzt werden sollen die Fristen bei Berufsanfängern, die in dem gelernten Beruf nach der jeweiligen Arbeitsmarktlage „auf absehbare Zeit" nicht zu vermitteln sind. Die Frist bis zur Abstufung in die untere Klasse soll sich auch auf vier Monate verkürzen, „wenn der Arbeitslose von vornherein nur für den örtlichen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht." Dies würde in der Regel vor allem Frauen mit Familie betreffen, insbesondere, wenn sie nur eine Teilzeitarbeit suchen.

2. Vor der Umstufung soll ein „Beratungsgepräch" zwischen dem Arbeitslosen und der Arbeitsvermittlung geführt werden. Dabei solle dem Arbeitslosen „stets ausdrücklich" klargemacht werden, daß sich das Arbeitsamt trotz der Abstufung weiterhin um einen Arbeitsplatz in der ursprünglichen Qualifikationsstufe bemühen werde.

3. Neu gefaßt werden soll auch die Zumutbarkeit bei der Mobilität. Tagespendeln soll zumutbar sein bis zu einer Entfernung (Wohnung – Arbeitsplatz) von 50 Kilometern. Bei der Zumutbarkeit beim Wochendpendeln sollen alleinstehende und verheiratete Arbeitslose „nicht einheitlich beurteilt werden." Dies soll beispielsweise auch bei der Vermittlung in Schichtarbeitsplätze gelten.

4. Bei der „Einzelfallprüfung" zielen die Arbeitgeber insgesamt mit ihrem Entwurf auf eine stärkere Unterscheidung zwischen alleinstehenden und verheirateten sowie jüngeren und älteren Arbeitslosen. Durchgängig wird in dem Arbeitgeberpapier die Auffassung vertreten, daß die Arbeitsämter vor allem mit jüngeren und nicht verheirateten Arbeitslosen (dies gilt dann insbesondere für die Berufsanfänger) strenger verfahren sollten. Ihnen sei das Pendeln, ein Umzug und die Schichtarbeit ebenso zuzumuten wie eine Vollzeitbeschäftigung, auch wenn sie nur eine Teilzeitarbeit suchen.

In einer neugefaßten Präambel für die „Zumutbarkeits-Anordnung" wollen die Arbeitgeber einen Appell an Firmenchefs wie an Arbeitslose verankert wissen. „Die Arbeitgeber sind zu einer Gestaltung ihrer Einstellungsanforderungen aufgerufen, die die personelle Struktur der Arbeitslosen mit umfaßt", heißt es an die Adresse der Personalchefs. Von den Arbeitslosen wird demgegenüber „die Bereitschaft gefordert, alle ihrer individuellen Leistungsfähigkeit entsprechenden Möglichkeiten zu nutzen, die auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zielen."

Quelle: Frankfurter Rundschau, 3.7.1981

buw.Essen. Auf Beschluß des Koordinationsausschusses der Umschülervertretung in der Bundesrepublik und Westberlin hat am 1.7. ein Aktionstag gegen die Regierungspläne, das Unterhaltsgeld von 80 auf 75% des letzten Nettolohnes zu kürzen, stattgefunden. In Essen am Berufsförderungszentrum, eine Einrichtung mit ca. 900 Umschülern, hat eine Versammlung mit 300 Umschülern und eine anschließende Demonstration zum Arbeitsamt stattgefunden, bei der fast alle mitgegangen sind. In Vorbereitung des Aktionstages ist eine bundesweite Unterschriftensammlung begonnen worden, mit der gegen die Kürzungspläne an der Forderung nach einem Unterhaltsgeld von 90% festgehalten wird, wie es auch die IG Metall fordert und auch bis 1975 gezahlt worden war. Bisher sind über 2000 Unterschriften, auch unter den Beschäftigten der Einrichtungen, gesammelt worden.

Die tatsächliche Arbeitszeit in einem europäischen Nachbarland, Belgien, liegt schon heute bei nur 37 Stunden – ohne Lohnkürzung.
Der Sechsstundentag trägt damit dazu bei, daß das Recht auf Arbeit für alle, auch für Frauen, umgesetzt wird. Die soziale Gerechtigkeit verlangt vor-
● Sie wird in der Regel spezifisch für Frauen angeboten und genutzt,
● sie vertieft Chancenungleichheit durch
Der Sechsstundentag muß für alle erwerbstätigen Frauen und Männer eingeführt werden. Sonderregelungen für Eltern mit kleinen Kindern oder
zeit würde auch nicht über Schichtdienst dazu führen, daß sich Arbeitsbedingungen verschlechtern.
Der Sechsstundentag wäre kein

schäftigte zu entlassen.
Die „Arbeiterkonferenz" selber beschloß ein generelles Verbot der Leiharbeit. Für den Schutz der Teilzeitarbeiter wurde die Übernahme der Sozialversicherung durch die Kapitalisten gefordert, wenn das Monatseinkommen 10% der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung erreicht. Über den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und seine Forcierung war man sich einig.
Die nachfolgend dokumentierten Vorschläge des Präsidiums der BDA zur „Konsolidierung der Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit" und ein neuer Entwurf für die „Durchführungsanweisung" in Bezug auf die „Zumutbarkeitsklausel" zeigen den wuchtigen Angriff deutlich, der auf die Existenzbedingungen der Arbeiterbewegung vorgetragen werden soll. „Es bleibt für den Gesetzgeber und die Selbstverwaltung keine andere Wahl, als nachhaltig auf der Ausgabenseite anzusetzen und die Kosten der Arbeitslosenversicherung zu senken", ist die Devise. Scharfer Kampf gegen diese Vorhaben der Kapitalisten und Druck auf die Regierung wird notwendig.
Das Präsidium der Bundesvereinigung regt deshalb im einzelnen folgen-
Neben einer genaueren Überprüfung der Vermeidbarkeit von Arbeitslosigkeit – etwa durch strengere Praktizierung der Zumutbarkeitsregelung oder schärfere Kontrollen – muß insbesondere ausgeschlossen werden, durch Arbeitslosigkeit zu weiteren finanziellen Vorteilen etwa beim Lohnsteuer-Jahresausgleich oder bei anderen Sozialleistungen zu gelangen. Angesichts des hohen Leistungsstandes des Arbeitslosengeldes müssen auch die Bemessungsgrundlage und – etwa im Zusammenhang mit einer progressiven Staffelung im Verlauf der Arbeitslosigkeit – der Prozentsatz beim Arbeitslosengeld diskutiert werden.
● Das Instrument der Kurzarbeit muß erhalten bleiben, damit Entlassungen vermieden werden können. Regelungen, die die Kostenlast der Betriebe bei der Durchführung von Kurzarbeit erhöhen würden, bergen deshalb die Gefahr weiterer Entlassungen in sich. Eine mit dem Kerngedanken der Kurzarbeit nicht vereinbare Inanspruchnahme dieser Leistung muß durch eine genaue gesetzliche Festlegung und wirksame Überprüfung der Voraussetzungen in der Praxis vermieden werden.
● Die legale Arbeitnehmerüberlassung ist ein wichtiges und bewährtes Mittel für einen flexiblen Personaleinsatz. Sie muß insgesamt erhalten bleiben. Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit können nicht durch ein Verbot der legalen Arbeitnehmerüberlassung verhindert werden. Sie sind nur durch eine konsequente Ausschöpfung der vorhandenen Kontroll- und Sanktionsbefugnisse der zuständigen Stellen zu bekämpfen. Die Befugnisse müssen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erweitert werden.
Entwurf für eine Durchführungsanweisung
1. Die Arbeitslosen sollen nach ihren Zeugnissen, Abschlüssen und ihrer Berufserfahrung drei Qualifikationsklassen zugeordnet werden (A, B und C). Das Arbeitsamt soll sich um eine Vermittlung in der jeweiligen Klasse bemühen. Sollte dies nicht gelingen, sollen die Arbeitslosen nach Arbeitgeberauffassung in die nächstuntere Gruppe umgestuft und dann vermittelt werden. Nach spätestens einem halben Jahr sollen die Arbeitsämter eine solche Abstu-
beitslosen eingeräumt werden. Verkürzt werden sollen die Fristen bei Berufsanfängern, die in dem gelernten Beruf nach der jeweiligen Arbeitsmarktlage „auf absehbare Zeit" nicht zu vermitteln sind. Die Frist bis zur Abstufung in die untere Klasse soll sich auch auf vier Monate verkürzen, „wenn der Arbeitslose von vornherein nur für den örtlichen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht." Dies würde in der Regel vor allem Frauen mit Familie betreffen, insbesondere, wenn sie nur eine Teilzeitarbeit suchen.
2. Vor der Umstufung soll ein „Beratungsgepräch" zwischen dem Arbeitslosen und der Arbeitsvermittlung geführt werden. Dabei solle dem Arbeitslosen „stets ausdrücklich" klargemacht werden, daß sich das Arbeitsamt trotz der Abstufung weiterhin um einen Arbeitsplatz in der ursprünglichen Qualifikationsstufe bemühen werde.
3. Neu gefaßt werden soll auch die Zumutbarkeit bei der Mobilität. Tagespendeln soll zumutbar sein bis zu einer Entfernung (Wohnung – Arbeitsplatz) von 50 Kilometern. Bei der Zumutbarkeit beim Wochendpendeln sollen alleinstehende und verheiratete Arbeitslose „nicht einheitlich beurteilt
len die Arbeitgeber insgesamt mit ihrem Entwurf auf eine stärkere Unterscheidung zwischen alleinstehenden und verheirateten sowie jüngeren und älteren Arbeitslosen. Durchgängig wird in dem Arbeitgeberpapier die Auffassung vertreten, daß die Arbeitsämter vor allem mit jüngeren und nicht verheirateten Arbeitslosen (dies gilt dann insbesondere für die Berufsanfänger) strenger verfahren sollten. Ihnen sei das Pendeln, ein Umzug und die Schichtarbeit ebenso zuzumuten wie eine Vollzeitbeschäftigung, auch wenn sie nur eine Teilzeitarbeit suchen.
In einer neugefaßten Präambel für die „Zumutbarkeits-Anordnung" wollen die Arbeitgeber einen Appell an Firmenchefs wie an Arbeitslose verankert wissen. „Die Arbeitgeber sind zu einer Gestaltung ihrer Einstellungsanforderungen aufgerufen, die die personelle Struktur der Arbeitslosen mit umfaßt", heißt es an die Adresse der Personalchefs. Von den Arbeitslosen wird demgegenüber „die Bereitschaft gefordert, alle ihrer individuellen Leistungsfähigkeit entsprechenden Möglichkeiten zu nutzen, die auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zielen."
Quelle: Frankfurter Rundschau, 3.7.1981

Dokumentation

Arbeitszeitverkürzung Sechsstundentag

Ein Beschluß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Die tatsächliche Arbeitszeit in einem europäischen Nachbarland, Belgien, liegt schon heute bei nur 37 Stunden – ohne Lohnkürzung.

Eine Senkung der Wochenarbeitszeit in der Bundesrepublik Deutschland um eine Stunde würde rund 650000 neue Arbeitsplätze bringen können.

Der Sechsstundentag für alle bedeutet Zeit für den Beruf, Zeit für die Familie. Die Einführung des Sechsstundentages würde Männern und Frauen das bringen, was sie wirklich wollen: gute Chancen, partnerschaftlich zu leben und Aufgaben und Rechte in Familie und Arbeitswelt zu teilen. Der Bereich Arbeitswelt könnte Frauen, der Bereich Familie könnte Männern auf diese Weise geöffnet werden. Die Einführung des Sechsstundentages bedeutet die Einführung einer familien-und partnerfreundlichen Arbeitszeit.

Gleichzeitig trägt die Einführung der täglichen Arbeitszeitverkürzung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Rechnung. Strukturelle Veränderungen in der Industrie, die Rationalisierung in allen Bereichen durch Kleincomputer und Mikroprozessoren und andere Maßnahmen haben bisher in der Politk der Großunternehmer dazu geführt, den sozialen Konsquenzen neuer Technologien auszuweichen und die Probleme menschlich zu Lasten der Arbeitnehmer und finanziell zu Lasten der Allgemeinheit zu lösen. Die tägliche Arbeitszeitverkürzung, die dazu führen könnte, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden, entsprechen dem politischen Auftrag, den technischen Fortschritt sozial zu beherrschen.

Der Sechsstundentag trägt damit dazu bei, daß das Recht auf Arbeit für alle, auch für Frauen, umgesetzt wird. Die soziale Gerechtigkeit verlangt vordringlich eine gerechte Verteilung des vorhandenen Arbeitsangebots.

Diese gerechte Verteilung ist über die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit möglich.

Neben dem Anspruch auf einen Arbeitsplatz tritt zunehmend die Forderung nach befriedigenden Arbeitsbedingungen, einer menschengerechten Arbeitswelt in den Vordergrund. Eine tägliche Arbeitszeitverkürzung, die dazu führen würde, daß mehr Menschen sich Arbeitsvorgänge verantwortlich teilen, könnte unter anderem dazu beitragen, daß die Bedingungen am Arbeitsplatz erträglich werden. Unbestritten ist die Teilzeitarbeit zur Zeit fast die einzige Möglichkeit für Frauen, Arbeitswelt und Familie miteinander zu vereinbaren. Teilzeitarbeit ist jedoch eine Notlösung. Sie bietet keine Perspektiven:

● Sie wird in der Regel spezifisch für Frauen angeboten und genutzt,
● sie vertieft Chancenungleichheit durch
– ungleiche Arbeitschancen und dadurch geringere Bezahlung,
– ungleiche Aufstiegschancen,
– ungleiche Arbeitsbedingungen,
– ungleiche Information und Kommunikation,
– ungleiche Pausenregelungen.

Teilzeitarbeit ist eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, in der die Arbeitskraft der Frau inhuman ausgenutzt wird. Die teilzeitarbeitende Frau hat eine Lückenbüßer- und Verdrängungsfunktion. Die Einrichtung Teilzeitarbeit kann dazu beitragen, daß die Arbeitnehmerschaft in Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte gespalten und gegeneinander ausgespielt wird.

Der Sechsstundentag ist eine familiengerechte Arbeitszeit. Er würde die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben für Frauen und Männer erweitern. Ein Wandel der Einstellung ist bei Männern und Frauen ein langfristiger Prozeß, der durch derartige Anstöße gefördert werden könnte. Erst wenn Männer ihre Aufgaben in der Familie in ausreichendem Maße erfüllen werden, wird eine Veränderung der traditionell gesellschaftlich fixierten Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau erfolgen können. Sie ist die Vorbedingung für eine tatsächliche Überwindung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen in der Arbeitswelt. Dabei muß allerdings der Sechsstundentag von Männern und Frauen gleichermaßen genutzt werden.

Der Sechsstundentag muß für alle erwerbstätigen Frauen und Männer eingeführt werden. Sonderregelungen für Eltern mit kleinen Kindern oder Frauen mit Familienaufgaben, wie zum Beispiel in Schweden, können negative Auswirkungen haben und damit wieder diskrimierend wirken.

Zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung täglich können nicht mehr durch Mehrbelastung vorhandener Arbeitskräfte ausgeglichen werden. Mit zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auf diese Weise können Firmen mit Subventionen oder Investitionshilfen motiviert werden, auch Frauen so zu fördern, daß sie verantwortliche Erwerbstätigkeit anstreben können. Zudem sind nur zwei Stunden Arbeitszeit weniger täglich erforderlich, damit der Zeitgewinn für die Familie deutlich spürbar ausfällt und keiner sich um Familienaufgaben herumdrücken kann.

Im Gegensatz zur täglichen Arbeitszeitverkürzung ist die verkürzte Lebensarbeitszeit eine Lösung, die nicht vorrangig Familien zugute kommt. Auch längerer Jahresurlaub bringt der Familie nichts, weil nicht alle Eltern gleichzeitig ihren Urlaub zur Ferienzeit nehmen können. Auch die Viertagewoche erleichtert die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben nicht. Sie würde zum einen mit der Schulpflicht der Kinder kollidieren. Zum anderen würde sich an der Vereinbarkeit während der anderen drei Tage in der Woche nichts ändern. Im Gegenteil könnte ein geballter Freizeitblock Frauen einen verstärkten Service abfordern. Die tägliche Arbeitszeitverkürzung als familiengerechte Arbeitszeit würde auch nicht über Schichtdienst dazu führen, daß sich Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Der Sechsstundentag wäre kein Schichtdienst im üblichen Sinne, weil die Arbeitsproduktivität sich bei einem Sechsstundentag wahrscheinlich wie bei den früheren Arbeitszeitverkürzungen nur noch steigern würde. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit darf nicht dazu führen, daß die Schichtarbeit ausgeweitet wird. Zudem ist das Problem der Schichtarbeit kein spezifisches Problem der Arbeitszeitverkürzung, sondern ein Problem der Arbeitsorganisation, die vermenschlicht werden muß.

Die AsF fordert:

● Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, Fragen der Arbeitszeitverkürzung in den einzelnen Wirtschaftszweigen oder Betrieben anzugehen. Dabei muß das Schwergewicht auf der täglichen Arbeitszeitverkürzung liegen.
● Die Arbeitszeitordnung ist durch ein Arbeitszeitgesetz abzulösen, das die bisherigen Spielräume zur Einführung von Überstunden beschneidet und bestimmte Anreize zur täglichen Arbeitszeitverkürzung formuliert.
● Modellversuche zur Einführung der täglichen Arbeitszeitverkürzung sind zu initiieren.
● Die tägliche Arbeitszeitverkürzung ist vordringlich in Arbeitsbereichen einzuführen, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesundheitsbeeinträchtigende und/oder körperliche Schwersttätigkeit verrichten.

Thesen: ,,SPD und Jugendprotest''

Ein neuer Konflikt ist entdeckt – Alt gegen Jung

Wie die SPD-Vorstands-Kommission die Jugendbewegung sieht / Michael Ackermann

Die Parteien haben ,,die Jugend'' wiederentdeckt. Es wird von der gesellschaftlichen Zukunft gesprochen und daß es ohne die Jugend nicht gehe. Allgemein wird ,,Dialogbereitschaft'' signalisiert – aber dazu gehören halt zwei – und die Parteien stellen, in unterschiedlichen Worten, fest, daß der ,,Dialogpartner'' sich zu großen Teilen weniger des Dialogs als des Kampfes *gegen* bestimmte Maßnahmen des Staates und der gesellschaftlichen Lage und *für* positive Forderungen der Bewegung bedient. Nach einigen gescheiterten Fernsehversuchen mit abgeblitzten Politikern, nach recht trivialen Versuchen, zwischen ,,Minderheit'' und ,,Mehrheit'' der Jugend einen Interessensgegensatz hinzufummeln, ist in den letzten Monaten ein Klima der Unsicherheit bei den bürgerlichen Parteien entstanden, wo das Klopfen an die eigene Brust immer penetranter wird und die Einsichten sich zu überschlagen scheinen. Nach Schweizer Vorbild wurde erstmalig eine Enquete-Kommission eingesetzt. Die Parteien selbst haben Kommissionen beim jeweiligen Parteivorstand gebildet und sind zu Thesenformulierungen gekommen. Es sind Versuche, entwickelten Zersetzungserscheinungen gegenüber dem herrschenden Parteiensystem und damit einhergehenden politischen und ideologischen Einflußverlusten Vorstellungen und Forderungen entgegenzustellen, um auf deren Grundlage die Parteiorganisationen auszurichten und den Zugriff auf die Entwicklung der Lage innerhalb der Jugend und darüber hinaus wieder zu erhöhen.

Die jüngst veröffentlichen Thesen ,,SPD und Jugendprotest'' vom SPD-Parteivorstand stellen einen solchen Versuch dar. Im weiteren sollen die wesentlichen Merkmale dieses Thesenpapiers behandelt werden (der vollständige Text befindet sich im Materialheft ,,Wirtschaft und Politik'', 7/81).

Grundsätzlich gliedern sich die Thesen in Analyse der Lage aus der Sicht der Kommission und den daraus folgenden Konsequenzen für die Partei.

Am Beginn der Ausführungen steht das Eingeständnis, auch die SPD habe erst reagiert, als der Krach schon im Gange gewesen sei, und hier wird auf die Behandlung der Jugendlichen unter dem Gesichtspunkt des Jungwählers bezuggenommen. Das sei zu wenig. Es wird davon ausgegangen, daß es eine ,,Jugend als eine für sich existierende Teilgesellschaft'' nicht gibt, und ,,das, was die Jungen denken, fühlen und tun, stets zugleich auch Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Vorgänge'' ist. ,,Sie stellen Fragen an diese Gesellschaft und sie geben ihre Antworten auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen''. Auf die höhere Sensibilität der Jungen wird verwiesen.

Unter Punkt drei wird entwickelt: ,,Viele Ältere reagieren auf den Protest eines Teils der Jungen aggressiv. Sie haben erfolgreich verstanden, sich in ihren beruflichen und privaten Bereichen zu arrangieren und etwaige Frustationen zu verdrängen''. Jetzt würden sie mit Unmut reagieren, wenn die Jungen ihnen vormachen, was sie selbst schon alles verdrängt hätten. Die ältere Generation würde unter Legitimationsdruck gegenüber den Jüngeren kommen.

,,Sie (die Alten, d. Verf.) messen diese Gesellschaft an dem, was in der Vergangenheit war und schätzen daher das Erreichte höher ein als die Jungen. Für diese, die Diktatur, wirtschaftliche Not, Krieg nicht miterlebt haben, ist Maßstab für ihre Einstellung zu diesem Gesellschaftssystem nicht das, was war, sondern das, was sein könnte ... So kreiden sie (die Älteren) im Augenblick den unwilligen Jungen an, daß sie diese Gesellschaft im Stich ließen. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, daß vielleicht sie selbst es sind, welche die Gesellschaft auf einen Abweg führen. Dies würde nämlich heißen, daß sie sich den kritischen Jungen annähern müssen, um gemeinsam Unheil zu verhüten. Aber viele haben Angst vor den sich aus dieser Einsicht ergebenden Aufgaben des Umdenkens und der Veränderung.''

Hier zeigt sich der erste grundlegende Fehler in der Analyse der Lage. Zwar wird grundsätzlich auf ,,Fehlentwicklungen'' hingewiesen, die Natur dieser ,,Fehlentwicklungen'' bleibt aber unenthüllt und dies liegt darin, daß diese ,,Fehlentwicklungen'' nicht als grundlegende, als gesetzmäßig durch den Kapitalismus hervorgetriebene erscheinen, sondern sozusagen als Regierungsverirrungen. Gerade der Verlauf der kapitalistischen Krise zeigt jedoch unerbittlich, daß die Politik ihre Basis in der Ökonomie hat. Die Ökonomie bleibt jedoch im Papier im wesentlichen unerwähnt, und somit kann nicht erklärt werden, wer, wie oder was diese ,,Fehlentwicklungen'' hervorgetrieben hat – außer – ,,die Älteren'' haben diese Entwicklung hervorgetrieben. Die ,,Fehlentwicklungen'' sind der ,,älteren Generation'' geschuldet, die ,,frustiert und konservativ'' schlechte Politik gemacht habe.

Was zu stechen scheint, ist, was im Zitat als Widerspruch zwischen Alt und Jung im Verhältnis zum *heutigen* und zum *möglichen* dargestellt wird. Natürlich ist dieser Vorgang eine Tatsache. Eine Generation, die Krieg und Elend in verschiedensten Formen erlebt hat, die Phasen der Stagnation des Kapitalismus einerseits, aber darauf folgende Blüte der kapitalistischen Produktion und auch der Konsumtion in bestimmten Umfange andererseits erfahren hat, entwickelt ein anderes Verhältnis zum bestehenden, als eine Generation, die wiederum in der Entwicklung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus heranwächst und dabei die Auswirkungen in verschiedensten Formen spürt, ob sie nun die materielle Basis berühren oder gerade auch die natürliche und geistige Basis der gesellschaftlichen Entwicklung. Natürlich werden für ,,die Jungen'' die gesellschaftlichen Schranken der Entwicklung viel deutlicher, weswegen sie häufig der führende Kern in den Volksbewegungen sind und zumeist deren kämpferischster Teil.

Aber dieses Zitat erhält eben nur dann seine Richtigkeit, nur dann sein richtiges Verständnis, wenn man es auf der entwickelten Grundlage betrachtet. Lösgelöst von der Erkenntnis eines schreienden Widerspruchs zwischen Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zwischen gesellschaftlicher Tätigkeit und privater, bürokratischer und administrativer Verwaltung und Bestimmung, ermöglicht es willkürliche Spaltung zwischen ,,Generationen'', die in der absoluten Form nicht besteht, sondern mehr als Erscheinung glitzert. Und die Verdeckung dieser objektiven Grundlagen zieht sich wie ein roter Faden durch die weiter folgende Analyse.

Falsch wird es wieder dann, wenn im Gegensatz zu den Alten bei den ,,Jungen'' ,,große Visionen für die ferne Zukunft nicht mehr gefragt (sind), sondern man möchte seine Zukunft möglichst jetzt und heute erleben. Die Jugendlichen orientieren sich stärker an dem, was heute möglich ist und aus ihrer Sicht sinnvoll wäre, und sie fragen, warum es nicht ist''. Hier wird vergessen, daß gerade die Bewegung unter den Jugendlichen an den Erscheinungen der Vernichtung von Natur und Umwelt, den Lebensbedingungen, schon wieder gesellschaftliche Utopien entwickelt. Daß diese Utopien heute oftmals abgehoben von der ökonomischen Basis sich bilden, macht zwar Schwächen im Erkenntnisprozeß einer sich entwickelnden Bewegung deutlich, was aber nichts Tödliches ist, wenn man an ihrer Überwindung arbeitet. Jedenfalls kann man einen Mangel an Utopiebewußtsein im Gegensatz zu Zweckrationalität nicht feststellen, wie übrigens der Wunsch, gesellschaftliche Jetztsituationen zu gestalten, keineswegs gegen den Gedanken der gesellschaftlichen Utopie gerichtet ist, vielmehr eine sich ergänzende Bewegung aufzeigt.

Auch in der weiteren Analyse werden die Widersprüche entlang von staatlicher Unterdrückung, verfehlter Wohnungsbaupolitik, erstarrten Gesellschaftsstrukturen, Aufrüstungspolitik, mangelnder Selbstbestimmung und ökonomischer Einschränkung immer wieder als Widerspruch zwischen den Wünschen ,,der Jungen'' und der Haltung ,,der Älteren'' behandelt. Zunehmend verschwinden dahinter die Verantwortlichen für diese Entwicklungen, werden die ,,Mißstände'' abstrakt. Was am Ende des Analyseteils bleibt, ist die Feststellung, daß die Jugend den Politikern kein Stück über den Weg traut, und daß deren Beschwichtigungs- und Laberpolitik nicht mehr für voll genommen wird.

,,Diese Pose der Allwissenheit und Unfehlbarkeit wird als verlogen empfunden und wirkt abstoßend. Glaubwürdigkeit genießt im Zweifelsfall nicht jener Politiker, der naßforsch die Richtigkeit seiner Position verkündet, sondern derjenige, der auch noch die Bereitschaft erkennen läßt, sich durch Argumente Andersdenkender verunsichern zu lassen.''

Dieser vorletzte Absatz bildet denn auch den Übergang zu den Forderungen und Konsequenzen für die Partei: Eine Diskussionsebene müsse wieder geschaffen werden. Dabei dürfe es keine Dialogstrategie geben, weil sowieso jeder merke, daß das Bauernfängerei sei. Alsdann müsse die Selbstdarstellung verbessert werden. Weg von Massenveranstaltungen zu kleinen Diskussionsforen. Die Parteikader müßten persönlich integer sein und zu ihrem Wort stehen. Beschlüsse dürften nicht zu gummihaft sein. Einsteigen in die Bewegung, Mieterinitiativen usw. sei nötig, und vor allem müsse beachtet werden, daß in den Kommunen mit den reformpolitischen Ansätzen grundlegend die Veränderung der Arbeit begonnen werden könne. Ob man an der Regierung oder in der Opposition sei, alternative Projekte (Wohngemeinschaften, Jugendzentren, Selbstorganisation- und hilfe) müßten unterstützt werden unter dem Motto: ,,neue Werte und Formen des Zusammenlebens schaffen''. Außerdem müsse zwischen dem ,,Anspruch an den Sozialstaat'' und den Befürchtungen vor einem ,,immer dichter werdenden Netz staatlicher Kontrollen'' eine Synthese geschaffen werden. Die markigen Schlußabsätze bilden nochmal ein Zeichen:

,,Und Sozialdemokraten werden diesen Jungen auch deutlich machen müssen, daß das, was im Einzelfall machbar ist, nicht zugleich auch generell machbar ist. Die Differenz zwischen dem Akt des hier und heute Machens und der strategischen Durchsetzung eines politischen Ziels darf nicht verwischt werden.

Und Sozialdemokraten müssen diesen Jungen auch sagen, daß die Hinwendung auf den eigenen Erlebnisbereich nicht zu Ignoranz und Apathie gegenüber jenen Politikbereichen führen darf, die man zwar nicht unmittelbar beeinflussen kann, die aber gleichwohl für die Sicherung der eigenen Existenz entscheidend sind. Um es anders zu sagen: wenn es nicht gelingt, den Frieden zwischen den Völkern zu sichern, wird man sich über die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen keine Gedanken mehr machen müssen.''

Das, was vorher an *Form*veränderungen in der Politik gepredigt wird, und im Kern nichts anderes bedeutet, als in stattfindenden Bewegungen den Einfluß der Sozialdemokratie zu erhöhen, wird zum Abschluß auf zwei *strategische Formeln* gebracht, die eben gerade nicht aus einer *strategischen* Analyse entspringen, sondern mehr Erscheinungen und Wesen durcheinanderwerfen, oder gar nicht erst untersuchen.

Und in diesem Zusammenhang wirkt es auch durchaus lächerlich, wenn Glotz, Bahr und andere Mitglieder des Parteivorstandes die Jusos schelten, daß sie ,,nicht mehr die Jugend in der SPD repräsentieren'' sondern zum ,,Theoretisierclub'' verkommen seien. Dies offenbart nur die weitgehende Krise der Sozialdemokratie in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung und ihr Unvermögen, eine *reformpolitische Alternative* zu bilden. Es dürfte so nicht gelingen, einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Jugendbewegung zu bekommen. Es ist selbst fraglich, ob mit dieser Ausrichtung eine Abstumpfung der Widersprüche der Bewegungen gegenüber dem bürgerlichen Staat erreicht werden kann und die Parteibasis zu mehr übergeht, als in den Thesen ihr zugemutet wird. Denn ein Großteil der Widersprüche in den Jugendbewegungen geht weniger gegen die ,,Alten'' im allgemeinen, als gegen die ,,alten Auffassungen'' von Reformierbarkeit der Gesellschaft durch die bürgerlichen Parteien. Dies bedeutet nicht einfach eine linear positive Entwicklung der Bewegungen in Richtung revolutionärer Veränderung. Aber die Ansatzpunkte sind in dieser Hinsicht ganz andere als für die heutige Reformpolitik der Sozialdemokratie.



rew. Bochum. Rund 2500 Demonstranten forderten am letzten Samstag in Bochum ein autonomes Kulturzentrum, die Rücknahme aller Strafanträge aus den vorangegangenen Auseinandersetzungen und Rücktritt des Polizeipräsidenten Berndt. Die Stadt hat schlechte Karten bei allen Spaltungsversuchen gehabt und die Knüppeleinsätze haben die Einheit der Bewegung eher noch gestärkt. Auf einer Pressekonferenz vor einer Woche in der besetzten Fabrik durfte der OB Eichelbeck zehn Minuten reden. Er gab die Niederlage der Stadt bekannt: Die Strafanträge der Stadt sollen zurückgezogen und eine Fabrik als neues autonomes Zentrum soll angeboten werden, weil die jetzige Fabrik auf Sanierungsgebiet steht.

Vorbild wurde erstmalig eine Enquete-Kommission eingesetzt. Die Parteien selbst haben Kommissionen beim jeweiligen Parteivorstand gebildet und sind zu Thesenformulierungen gekommen. Es sind Versuche, entwickelten Zersetzungserscheinungen gegenüber dem herrschenden Parteiensystem und damit einhergehenden politischen und ideologischen Einflußverlusten Vorstellungen und Forderungen entgegenzustellen, um auf deren Grundlage die Parteiorganisationen auszurichten und den Zugriff auf die Entwicklung der Lage innerhalb der Jugend und darüber hinaus wieder zu erhöhen.
Die jüngst veröffentlichen Thesen ,,SPD und Jugendprotest'' vom SPD-Parteivorstand stellen einen solchen Versuch dar. Im weiteren sollen die wesentlichen Merkmale dieses Thesenpapiers behandelt werden (der vollständige Text befindet sich im Materialheft ,,Wirtschaft und Politik'', 7/81).
Grundsätzlich gliedern sich die Thesen in Analyse der Lage aus der Sicht der Kommission und den daraus folgenden Konsequenzen für die Partei.
den sie mit Unmut reagieren, wenn die Jungen ihnen vormachen, was sie selbst schon alles verdrängt hätten. Die ältere Generation würde unter Legitimationsdruck gegenüber den Jüngeren kommen.
,,Sie (die Alten, d. Verf.) messen diese Gesellschaft an dem, was in der Vergangenheit war und schätzen daher das Erreichte höher ein als die Jungen. Für diese, die Diktatur, wirtschaftliche Not, Krieg nicht miterlebt haben, ist Maßstab für ihre Einstellung zu diesem Gesellschaftssystem nicht das, was war, sondern das, was sein könnte ... So kreiden sie (die Älteren) im Augenblick den unwilligen Jungen an, daß sie diese Gesellschaft im Stich ließen. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, daß vielleicht sie selbst es sind, welche die Gesellschaft auf einen Abweg führen. Dies würde nämlich heißen, daß sie sich den kritischen Jungen annähern müssen, um gemeinsam Unheil zu verhüten. Aber viele haben Angst vor den sich aus dieser Einsicht ergebenden Aufgaben des Umdenkens und der Veränderung.''
Hier zeigt sich der erste grundlegende Fehler in der Analyse der Lage. Zwar wird grundsätzlich auf ,,Fehlentwicklungen'' hingewiesen, die Natur dieser ,,Fehlentwicklungen'' bleibt
Spaltungsversuchen gehabt und die Knüppeleinsätze haben die Einheit der Bewegung eher noch gestärkt. Auf einer Pressekonferenz vor einer Woche in der besetzten Fabrik durfte der OB Eichelbeck zehn Minuten reden. Er gab die Niederlage der Stadt bekannt: Die Strafanträge der Stadt sollen zurückgezogen und eine Fabrik als neues autonomes Zentrum soll angeboten werden, weil die jetzige Fabrik auf Sanierungsgebiet steht.
folgende Blüte der kapitalistischen Produktion und auch der Konsumtion in bestimmten Umfange andererseits erfahren hat, entwickelt ein anderes Verhältnis zum bestehenden, als eine Generation, die wiederum in der Entwicklung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus heranwächst und dabei die Auswirkungen in verschiedensten Formen spürt, ob sie nun die materielle Basis berühren oder gerade auch die natürliche und geistige Basis der gesellschaftlichen Entwicklung. Natürlich werden für ,,die Jungen'' die gesell-
sondern man möchte seine Zukunft möglichst jetzt und heute erleben. Die Jugendlichen orientieren sich stärker an dem, was heute möglich ist und aus ihrer Sicht sinnvoll wäre, und sie fragen, warum es nicht ist''. Hier wird vergessen, daß gerade die Bewegung unter den Jugendlichen an den Erscheinungen der Vernichtung von Natur und Umwelt, den Lebensbedingungen, schon wieder gesellschaftliche Utopien entwickelt. Daß diese Utopien heute oftmals abgehoben von der ökonomischen Basis sich bilden, macht zwar Schwächen im Erkenntnisprozeß einer sich entwickelnden Bewegung deutlich, was aber nichts Tödliches ist, wenn man an ihrer Überwindung arbeitet. Jedenfalls kann man einen Mangel an Utopiebewußtsein im Gegensatz zu Zweckrationalität nicht
zugleich auch generell machbar ist. Die Differenz zwischen dem Akt des hier und heute Machens und der strategischen Durchsetzung eines politischen Ziels darf nicht verwischt werden.
Und Sozialdemokraten müssen diesen Jungen auch sagen, daß die Hinwendung auf den eigenen Erlebnisbereich nicht zu Ignoranz und Apathie gegenüber jenen Politikbereichen führen darf, die man zwar nicht unmittelbar beeinflussen kann, die aber gleichwohl für die Sicherung der eigenen Existenz entscheidend sind. Um es anders zu sagen: wenn es nicht gelingt, den Frieden zwischen den Völkern zu sichern, wird man sich über die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen keine Gedanken mehr machen müssen.''
Das, was vorher an *Form*veränderungen in der Politik gepredigt wird, und im Kern nichts anderes bedeutet, als in stattfindenden Bewegungen den



,,Wir sind der fleischgewordene Traum jedes Scheiß Sozialarbeiters''

,,Wir sind der fleischgewordene Traum jedes Scheiß Sozialarbeiters''

,,Klassen Feind'' in der Westberliner ,,Schaubühne''

wun. Westberlin. Peter Stein hat ,,Class Enemy'' von Nigel Williams aus einem Londoner Slum in das Westberliner Ausländer- und Sanierungsviertel Kreuzberg übertragen. Seit zwei Monaten wird es in seiner Inszenierung in der ,,Schaubühne'' gespielt.

Sechs Schüler in einer 10. Klasse. Nachmittag. Lehrer kommt nicht. Kein Wunder: ,,*Matsch, sag ich dir ... Wir haben die auseinander genommen. Echt! Total!*'' Fetzer, der seine Mitschüler beherrscht, hat einen Einfall:

,,*Jeder gibt ne Stunde. Aus Gag.*'' Einer nach dem anderen muß ,,nach vorne'' und wenn sie erst angefangen haben, geht es mit ihnen meist durch und sie kehren ihr Innerstes nach außen. Angel, hautenge Lederhosen, hat sich das Thema ,,Sex'' gewählt und wird von Fetzer bis hart an den Zusammenbruch damit gequält, immer weiter reden zu müssen. Angel: ,,*Schifft euch bloß nicht ins Hemd, wegen mir und Fotzen. Ich reiß auf. Jede Menge. Ich komm klar. Klar?*'' Fetzer: *Privatprobleme sind nicht angesagt ... Und solange du uns nicht mit was anderm kommst als dämlichen Witzen und nem Haufen nervöser Kinderscheiße, gehst du schön wieder an die Tafel, mein Junge.*'' Pickel, der Abgeschlaffte, schwärmt in seiner Lektion über ,,Gartenbau'' von der mickrigen Balkongeranie seines Alten. Koloß, der schmächtige kleine Punk, wird an die Tafel geprügelt und steigert sich schließlich in eine faschistische Ausländerhetze. Kebab, Türke, gerade aus dem Jugendknast Plötze zurück, offenbart seine Haßliebe auf Schaufensterscheiben. Vollmond führt vor, wie er für seine blinden Eltern Bouletten macht. Schließlich erledigt Fetzer, der ,,Selbstverteidigung'' lehrt, per Schatten-Karate alle seine Feinde, ,,*die Scheiß Pauker und Scheiß Richter und Scheiß Mütter und Scheiß Väter und Scheiß Typen aus dem TV, Scheiß Ärzte und Scheiß Abgeordnete und Scheiß Parkwächter.*''

Wie die Schüler miteinander umgehen, wie sie reden; ihr Witz, ihre Ängste, ihre Brutalität, das ist, soweit ich es beurteilen kann, sorgfältigst beobachtet und es ist virtuos in Szene gesetzt. Es ist, bei aller dramatischen Verdichtung, so realistisch, daß – wie ich es miterlebt habe – Lehrer aus der Aufführung weglaufen, weil sie es nicht mehr aushalten. Eine solch breite Darstellung dieser Erscheinungen auf dem Theater, ist derzeit äußerst nützlich, angesichts der vielen allzu schnellen Aussagen aus allen Richtungen darüber, was die Probleme der Jugend heute seien und was ihr guttue. Die Schwäche des Stückes ist nicht, daß es sich bei den Erscheinungen so lange aufhält, sondern, daß es bewußt oder unbewußt einen Teil der Realität unterschlägt. Der ganze Lokalkolorit täuscht leicht darüber hinweg. Z.B. kommen Eltern, die irgendwo arbeiten gehen, in keiner Äußerung des ganzen Stückes vor. Und daß Schüler*innen* nicht vorkommen, ist auch keine Nebensächlichkeit. Vor allem aber hat man das Gefühl, daß das Stück von der demokratischen Bewegung in Westberlin überholt worden ist. Ohne leugnen zu wollen, daß z.B. Hausbesetzungen nur für eine kleine Minderheit der Westberliner Jugendlichen eine praktische Perspektive sind, muß man doch sehen, daß jede Hauptschulklasse derzeit von dieser Bewegung aufgewühlt wird und sich irgendwie mit ihr auseinandersetzt. Nichts davon hier. Wenn Fetzer auf dem Ku-Damm Steine schmeißen gehen will, dann deswegen, weil ,,*irgendwer ... uns dazu verknackt (hat), hier auf der Welt zu sein.*''

Im zweiten Teil des Stückes traut man seinen Ohren nicht: plötzlich weicht die parodistische Verfremdung der Nummern, die die Schüler sich gegenseitig vorführen, plattem Weltanschauungsklartext. Fetzers Widersacher, Vollmond, verbreitet die schwülstige Botschaft, daß es sich zu leben lohnt, trotz alledem. Und am Schluß blicken alle sehnsüchtig ergriffen nach der Tür, als Klassenclown Angel wieder mal vom nahenden Lehrer phantasiert: ,,*Bist du edel. Bist du edel.*'' Da predigt das Stück von Vorhölle und Heilserwartung und erinnert gleichzeitig an existenzialistische Konstruktionen wie Becketts ,,Warten auf Godot''. Da verdient es das unfreiwillige Lob des ,,Tagesspiegel'' nicht mehr, der – angeregt durch den etwas witzelnden Titel ,,Klassen Feind'' – schrieb: ,,Was sich hier abzeichnet, ist eindeutig Klassenkampf.''

Immerhin: die für nach den Ferien geplante Aufführung des Stückes vor Kreuzberger Schülern und Lehrern auf Einladung der GEW wird spannend.

,,Der Betrachter blickt von einem etwas erhöhten Standpunkt in die Werkhalle der Königs- und Laurahütte, in dem Eisenbahnschienen hergestellt werden. Die Arbeiter in der Bildmitte haben einen weißglühenden Eisenblock auf einem Plattenwagen an die Walze herangeschoben, deren Rillen aus dem Eisenblock die Schienenform herauspressen. Mit Zangen und Hebeleisen, nur durch Lederschürze, Hüte und Galoschen gegen Hitze und Funkenflug geschützt, bewegen die Walzwerker den mehrere Zentner schweren Block. Die Arbeiter hinter der Walze schieben das vorgeformte Werkstück wieder zurück, wie man es an der zweiten, dahinterliegenden Walze sieht. ... Ganz in der Ferne erscheinen die Konturen der Gießerei. Während die Produktion im Bildmittelpunkt steht, werden an den Bildrändern die Arbeitsverhältnisse angedeutet“



Adolph Menzel: Eine widersprüchliche Entwicklung

uls. VrV Bremen/Unterweser. Seit dem 5. April läuft eine Wanderausstellung über Adolph v. Menzel (1815 – 1905). Die thematische Vielfalt der Arbeiten Menzels hat es immer wieder erlaubt, daß er als Maler der Hohenzollern, des Bürgertums und der Arbeiterklasse bezeichnet werden konnte. Er war wohl keines von alledem. Menzel selbst bezeichnete sich 1848 nach den Revolutionskämpfen als ,,plebejisch-gesinnt“, er kritisierte die ,,fahrlässige“ Regierung ebenso, wie die „habgierige“ Bourgoiesie und das zu großen ,,Nichtswürdigkeiten fähige“ Lumpenproletariat.

1848 beginnt Menzel die Ölskizze über die ,,Aufbahrung der Märzgefallenen“. Seine Hoffnung war, daß die Erfahrungen der Revolutionskämpfe und die Achtung vor den Toten der ,,Vernunft“ zum Durchbruch verhelfen würden. ,,Doch die Fortsetzung der politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe machten Menzels Illusion zunichte. Im September 1848 schreibt er: ,,Wir hielten damals beide nicht den Ausbruch für so nahe, und die Vernunft für so fern! Man hat wiedereinmal der Menschheit zuviel zugetraut; zur (gerechten) Indignation (Entrüstung, d.V.) über Oben ist nun nur die Indignation über Unten gekommen. Nichts als der Schwung von einer Schulbank auf eine Andere.“ Menzel brach enttäuscht die Arbeit an dem Ölbild ,,Aufbahrung der Märzgefallenen“ ab und wandte sich seinem alten Plan zu, dem Zyklus großer Gemälde aus dem Leben Friedrichs. Es fällt auf, daß er die national-liberalen Vorstellungen des Vormärz von einer Harmonie zwischen Königtum und Volk wieder aufgreift. Die Berufung auf den aufgeklärten Absolutismus Friedrichs des Großen erschien Menzel noch am ehesten den Fortschritt zu garantieren.“ (Katalog, S. 14)

Adolph Menzel mag von daher als Vertreter jener Künstler gesehen werden, die über die politischen Verhältnisse resignierten. ,,Die bürgerliche Klasse konnte nach dem Klassenbündnis mit dem preußischen Junkertum nicht mehr als Wegbereiter des gesellschaftlichen Fortschritts auftreten. Die Arbeiterklasse als die Klasse, die die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend umwälzen kann, bildete sich in dieser Phase erst heraus und konnte erst in geringen Ansätzen als Träger des gesellschaftlichen Fortschritts erkannt und damit zum Bezugspunkt für eine fortschrittliche Literatur (Kunst, d.V.) werden. Der bürgerliche Realismus ... war die Reaktion auf die Hoffnungslosigkeit und die Niedergeschlagenheit der Bourgeoisie. Diese resignative Haltung resultierte aus dem Verzicht, als selbständige politische Macht aufzutreten. Verharmlosung und Harmonisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Resignation und Rückzug in die Innerlichkeit einer klassenunspezifischen, in jedem einzelnen wurzelnden Humanität kennzeichneten die Werke dieser Dichter (Künstler).“ (KuK 4/81, S. 84/85)

Im Gegensatz zu vielen anderen Künstlern geht die ,,Verpreußung“ bei Menzel nicht bruchlos vonstatten, und so ist er immer wieder in der Lage, Bilder zu schaffen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse objektiv darstellen.

1875 stellt er das Bild ,,Das Eisenwalzwerk (Moderne Cyklopen)“ fertig. Es ist das erste Mal, daß in der europäischen Malerei Industriearbeit in den Ausmaßen eines Historienbildes dargestellt wurde. ,,Neuartig ist auch die Darstellung des Arbeiters in der Masse, zu der die winzige Rückenfigur im Hintergrund links, in Hut und Paletot, die ständige Präsenz der Betriebsleitung dokumentierend, in auffälligem Kontrast steht.“ (Katalog, S. 91)

,,Die Vorarbeiten zum Eisenwalzwerk lassen sich in drei Stufen gliedern:

1. Beobachten und Skizzieren im Werk, Sammeln von Eindrücken.
2. Schon während der 1. Phase studierte Menzel die Produktionsvorgänge und -verhältnisse. Jetzt ordnet er die Eindrücke und Erkenntnisse und entwickelt eine Bildkonzeption, die die besonders charakteristischen Momente der Eisenproduktion zur Geltung kommen läßt.
3. Er überprüft die Bildkonzeption an der Realität, d.h. er geht wieder ins Werk, macht genaue Einzelstudien, wobei er jeweils den Bewegungsmoment zu erfassen versucht, der die Tätigkeit am deutlichsten erkennen läßt“ (revolutionäre volksbildung, S. 16/17, Nr. 6/81).

In der Vorbemerkung zur Ausstellung heißt es : ,,Die Widersprüchlichkeit in Menzels Malerei ist Thema unserer Ausstellung. Dabei sehen wir dieses Spannungsfeld nicht allein unter den Aspekten ‚bürgerlich‘ und ‚hohenzollernhörig‘, sondern allgemeiner und zugleich schärfer: Wir möchten die Polarität zwischen freiem künstlerischen Handeln und unfreiem Dienst für Auftraggeber am Beispiel Menzels aufzeigen ...“ (Katalog, S. 9)

Eben dieser Ansatz ist falsch. Die qualitativen Unterschiede zwischen z.B. dem ,,Eisenwalzwerk“ und dem ,,Krönungsbild Wilhelms I.“ lassen sich nicht als einerseits freies künstlerisches Handeln und andererseits unfreien Dienst für den Auftraggeber erklären, denn beides waren Auftragsarbeiten. Auch gibt es erhebliche Unterschiede in den Hofbildern, die sich so gleichfalls nicht erklären lassen. Franz Mehring hat darauf hingewiesen, daß ,,Die Tafelrunde von Sanssouci“ (1850) und ,,Das Flötenkonzert“ (1852) gegenüber der herrschenden Konterrevolution einen voltairianischen Friedrich II. propagieren, der Aufklärung, Kultur und politische Macht zu vereinigen wußte. Das Krönungsbild Wilhelms I. (1861 – 65) bleibt dagegen in hofmäßiger Korrektheit stecken, die späteren Hofbilder wie ,,Hofballszene“ (1884) oder ,,Im weißen Saal“ (1888) tragen stark karikierende Züge.

Diese Polarität, die sich aus Menzels Stellung zu den sich verändernden politischen Verhältnissen ergibt, wird in der Ausstellung nur wenig beleuchtet. Stattdessen ist diese Ausstellung entlang von Motiven geordnet. Historische Darstellungen und Illustrationen haben dadurch einen Raum erhalten, der in keinem Verhältnis zum Interesse an diesen Arbeiten steht. Andererseits wird auf wichtige Arbeiten wie ,,Aufbahrung der Märzgefallenen“ gänzlich verzichtet, andere werden nur wenig dokumentiert, wie ,,Das Eisenwalzwerk“, von dem nur zwei Studien ausgestellt sind. Alles in allem zeigt die Ausstellung wenig von dem, was eine Auseinandersetzung mit Menzel heute noch wichtig macht.

Bremer Kunsthalle: bis 2. August 1981
Museum für Kunst und Kulturgeschichte Lübeck: 15. Aug. – 4. Okt.
Altes Rathaus Schweinfurt: 23. Okt. – 29. Nov. 1981
Städtische Kunstsammlungen Augsburg: 12. Dez. – 31. Jan. 1982

Die thematische Vielfalt der Arbeiten Menzels hat es immer wieder erlaubt, daß er als Maler der Hohenzollern, des Bürgertums und der Arbeiterklasse bezeichnet werden konnte. Er war wohl keines von alledem. Menzel selbst bezeichnete sich 1848 nach den Revolutionskämpfen als ,,plebejisch-gesinnt“, er kritisierte die ,,fahrlässige“ Regierung ebenso, wie die „habgierige“ Bourgoiesie und das zu großen ,,Nichtswürdigkeiten fähige“ Lumpenproletariat.
1848 beginnt Menzel die Ölskizze über die ,,Aufbahrung der Märzgefallenen“. Seine Hoffnung war, daß die Erfahrungen der Revolutionskämpfe und die Achtung vor den Toten der ,,Vernunft“ zum Durchbruch verhelfen würden. ,,Doch die Fortsetzung der politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe machten Menzels Illusion zunichte. Im September 1848 schreibt er: ,,Wir hielten damals beide nicht den Ausbruch für so nahe, und die Vernunft für so fern! Man hat wiedereinmal der Menschheit zuviel zugetraut; zur (gerechten) Indignation (Entrüstung, d.V.) über Oben ist nun nur die Indignation über Unten gekommen. Nichts als der Schwung von einer Schulbank auf eine Andere.“ Menzel brach enttäuscht die Arbeit an dem Ölbild ,,Aufbahrung der Märzgefallenen“ ab und wandte sich seinem
Adolph Menzel mag von daher als Vertreter jener Künstler gesehen werden, die über die politischen Verhältnisse resignierten. ,,Die bürgerliche Klasse konnte nach dem Klassenbündnis mit dem preußischen Junkertum nicht mehr als Wegbereiter des gesellschaftlichen Fortschritts auftreten. Die Arbeiterklasse als die Klasse, die die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend umwälzen kann, bildete sich in dieser Phase erst heraus und konnte erst in geringen Ansätzen als Träger des gesellschaftlichen Fortschritts erkannt und damit zum Bezugspunkt für eine fortschrittliche Literatur (Kunst, d.V.) werden. Der bürgerliche Realismus ... war die Reaktion auf die Hoffnungslosigkeit und die Niedergeschlagenheit der Bourgeoisie. Diese resignative Haltung resultierte aus dem Verzicht, als selbständige politische Macht aufzutreten. Verharmlosung und Harmonisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Resignation und Rückzug in die Innerlichkeit einer klassenunspezifischen, in jedem einzelnen wurzelnden Humanität kennzeichneten die Werke dieser Dichter (Künstler).“ (KuK 4/81, S. 84/85)
Im Gegensatz zu vielen anderen Künstlern geht die ,,Verpreußung“ bei Menzel nicht bruchlos vonstatten, und so ist er immer wieder in der Lage, Bilder zu schaffen, die die gesellschaftli-
tot, die ständige Präsenz der Betriebsleitung dokumentierend, in auffälligem Kontrast steht.“ (Katalog, S. 91)
,,Die Vorarbeiten zum Eisenwalzwerk lassen sich in drei Stufen gliedern:
1. Beobachten und Skizzieren im Werk, Sammeln von Eindrücken.
2. Schon während der 1. Phase studierte Menzel die Produktionsvorgänge und -verhältnisse. Jetzt ordnet er die Eindrücke und Erkenntnisse und entwickelt eine Bildkonzeption, die die besonders charakteristischen Momente der Eisenproduktion zur Geltung kommen läßt.
3. Er überprüft die Bildkonzeption an der Realität, d.h. er geht wieder ins Werk, macht genaue Einzelstudien, wobei er jeweils den Bewegungsmoment zu erfassen versucht, der die Tätigkeit am deutlichsten erkennen läßt“ (revolutionäre volksbildung, S. 16/17, Nr. 6/81).
In der Vorbemerkung zur Ausstellung heißt es : ,,Die Widersprüchlichkeit in Menzels Malerei ist Thema unserer Ausstellung. Dabei sehen wir dieses Spannungsfeld nicht allein unter den Aspekten ‚bürgerlich‘ und ‚hohenzollernhörig‘, sondern allgemeiner und zugleich schärfer: Wir möchten die Polarität zwischen freiem künstlerischen Handeln und unfreiem Dienst für Auftraggeber am Beispiel Menzels
schiede in den Hofbildern, die sich so gleichfalls nicht erklären lassen. Franz Mehring hat darauf hingewiesen, daß ,,Die Tafelrunde von Sanssouci“ (1850) und ,,Das Flötenkonzert“ (1852) gegenüber der herrschenden Konterrevolution einen voltairianischen Friedrich II. propagieren, der Aufklärung, Kultur und politische Macht zu vereinigen wußte. Das Krönungsbild Wilhelms I. (1861 – 65) bleibt dagegen in hofmäßiger Korrektheit stecken, die späteren Hofbilder wie ,,Hofballszene“ (1884) oder ,,Im weißen Saal“ (1888) tragen stark karikierende Züge.
Diese Polarität, die sich aus Menzels Stellung zu den sich verändernden politischen Verhältnissen ergibt, wird in der Ausstellung nur wenig beleuchtet. Stattdessen ist diese Ausstellung entlang von Motiven geordnet. Historische Darstellungen und Illustrationen haben dadurch einen Raum erhalten, der in keinem Verhältnis zum Interesse an diesen Arbeiten steht. Andererseits wird auf wichtige Arbeiten wie ,,Aufbahrung der Märzgefallenen“ gänzlich verzichtet, andere werden nur wenig dokumentiert, wie ,,Das Eisenwalzwerk“, von dem nur zwei Studien ausgestellt sind. Alles in allem zeigt die Ausstellung wenig von dem, was eine Auseinandersetzung mit Menzel heute noch wichtig macht.

Alles auf Linie?

bew. Gegenwärtig findet in Moskau der 7. Kongreß des sowjetischen Schriftstellerverbandes statt. Nach verschiedenen ,,Tauwetterperioden“ wird ab Ende der 60er Jahre wieder ein harter Kurs gegen die vom offiziellen Literaturkurs abweichenden Schriftsteller eingeschlagen. Von verschärfter Zensur und Druckverboten über Haft- und Lagerstrafen bis zur Einweisung in psychiatrische Kliniken und Ausbürgerungen reichen die Zwangsmaßnahmen, um den ,,Sozialistischen Realismus“ unter den Schriftstellern und Künstlern durchusetzen. ,,Produktions- und Memoarienliteratur“ sprich Geschichten über den ,,sozialistischen Aufbau“ und ,,Erinnerungen an den Großen Vaterländischen Krieg“, sollen Hauptgegenstand der euphorischen Beschönigungsliteratur sein.

Die Regierungszeitung ,,Iswestja“ hat zur Eröffnung des Kongresses den Kurs vorgezeichnet, indem sie schrieb, daß die Schriftsteller ,,die getreuen Hilfen der Partei“ bei der Erziehung der Massen in einem ,,patriotischen und internationalistischen Geist“ sind, bzw. zu sein haben. Diese Reduzierung der Schriftsteller auf die Oberlehrer des Volkes und Erfüllungsgehilfen der Partei war in den 70er Jahren weitgehend wieder durchgesetzt und auf den beiden vorangegangenen Schriftstellerkongressen und dem XXV. Parteitag der KPdSU besiegelt worden.

Breshnew hatte in seinem Rechenschaftsbericht zum XXV. Parteitag unmißverständlich festgestellt: ,,Hauptkriterium bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Bedeutung eines jeden Werkes war und bleibt selbstverständlich seine ideologische Orientierung.“ Auf dem vor wenigen Monaten stattgefundenen XXVI. Parteitag ging er nur kurz und mit nichts sagenden Floskeln auf die Literatur ein und drohte mit ,,Unversöhnlichkeit“ und ,,Prinzipienfestigkeit“ gegen alle Werke, ,,die unsere sowjetische Wirklichkeit verleumden“.

Von dem Schriftstellerkongreß wird also nicht viel Neues zu erwarten sein, sicher aber von der sowjetischen Literatur, auch wenn sie z.T. nur über Untergrundpublikationen veröffentlicht und bekannt wird. Als die Zeit des ,,verstärkten ideologischen Kampfes“ begann, veröffentlichte die sowjetische Literaturzeitschrift ,,Novyi mir“ (1/1970) den Satz des russischen Revolutionärs A. Herzen: ,,Die Literatur ist für ein Volk, das keine politische Freiheit besitzt, die einzige Tribüne, von deren Höhen herab es den Schrei seines Unwillens und seines Gewissens deutlich zu Gehör bringen kann.“

Eine zum Teil erfreuliche Berichtigung

bew. Der bekannte iranische Schriftsteller Bozorg-e-Alawi ist nicht, wie u.a. in der KVZ 27 berichtet, hingerichtet worden. Alawi hatte Teheran verlassen und lebt zur Zeit wieder in Ostberlin. Die Nachricht von seiner Ermordung war verschiedenen Tageszeitungen entnommen und beruhte auf einer Namensverwechselung.

schaftsbericht zum XXV. Parteitag unmißverständlich festgestellt: ,,Hauptkriterium bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Bedeutung eines jeden Werkes war und bleibt selbstverständlich seine ideologische Orientierung.“ Auf dem vor wenigen Monaten stattgefundenen XXVI. Parteitag ging er nur kurz und mit nichts sagenden Floskeln auf die Literatur ein und drohte mit ,,Unversöhnlichkeit“ und ,,Prinzipienfestigkeit“ gegen alle Werke, ,,die unsere sowjetische Wirklichkeit verleumden“.
Von dem Schriftstellerkongreß wird also nicht viel Neues zu erwarten sein, sicher aber von der sowjetischen Literatur, auch wenn sie z.T. nur über Untergrundpublikationen veröffentlicht und bekannt wird. Als die Zeit des ,,verstärkten ideologischen Kampfes“ begann, veröffentlichte die sowjetische Literaturzeitschrift ,,Novyi mir“ (1/1970) den Satz des russischen Revolutionärs A. Herzen: ,,Die Literatur ist für ein Volk, das keine politische Freiheit besitzt, die einzige Tribüne, von deren Höhen herab es den Schrei seines Unwillens und seines Gewissens deutlich zu Gehör bringen kann.“
Eine zum Teil erfreuliche Berichtigung
bew. Der bekannte iranische Schriftsteller Bozorg-e-Alawi ist nicht, wie

Fernsehvorschau

,,Der subjektive Faktor“

Dieser neue Film von Helke Sander – der im Rahmen ,,Das kleine Fernsehspiel gebracht wird – setzt sich mit der Entstehung der ,,Neuen Frauenbewegung“ in dem Zeitraum von Ende 1967 bis Anfang 1980 auseinander und wirft sodann einen Blick auf die beteiligten Frauen im Jahre 1980. Entlang der Biographie einer Frau, Anni, wird der Beginn der Frauenbewegung *innerhalb* der Studentenbewegung selber gesehen, nicht als ihr Ausläufer – so Helke Sander.

In einem Interview hat sie jüngst dargelegt, warum der Film nicht Geburt und Entwicklung der ,,Neuen Frauenbewegung“ umfaßt, sondern mehr die subjektiven Empfindungen einzelner Frauen und das Erwachen ihres Bewußtseins *als Frau* herausarbeitet. Hier ein Ausschnitt, in dem sie auf die Frage von Frau und Macht eingeht, die zu wenig diskutiert sei.

,,Das ist aber das Entscheidende. Die Einmischung und nicht die Verweigerung. Du kannst doch heute nicht mehr so tun, als könntest du dich vornehm aus allem heraushalten und dich nicht angesprochen fühlen. ... Und eine Form (etwas) nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist die Verweigerungstheorie. Frauenbewegung messe ich daran, wieweit sie sich diese Fragen wenigstens stellt. Die Anni in diesem Film mischt sich beispielsweise ein. Auf mehreren Ebenen. In der Frage Vietnam, die für alle damals auf eine sehr direkte Weise wichtig war. ... Wenn die Frauen in dem Film das – übrigens orginale – Flugblatt zum Vietnamkongreß schreiben: ,,Genossen, eure Veranstaltungen sind unerträglich“, so hat sie das nicht davon abgehalten, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Sie haben sich nicht als Opfer, sondern als eigenverantwortliche Menschen empfunden. Das Wichtige bestand in der Einmischung, die heute wieder Boden gewinnt mit der Frauen-Friedensbewegung.“

Auf die Fortschritte der Frauenbewegung angesprochen: ,,Ich sehe da keine großen Fortschritte. Nach wie vor haben die jungen Mädchen die gleichen Probleme, wie wir sie damals hatten, oft sogar schlimmer, weil früher. Die Veränderung sehe ich ungefähr so, wie wenn du am Anfang des Jahrhunderts das Schnürkorsett gegen ein Reformkleid eintauschtest. Du konntest zwar freier atmen, aber das ist doch nicht mit Befreiung zu verwechseln.“

Donnerstag, 16.6., 22.05 Uhr im ZDF